

13 AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Institut für
Internationale
Zusammenarbeit

Susanne Luther (Hrsg.)

GRENZEN

In Stein gemeißelt oder in Auflösung begriffen?



Demian Regehr: Azawad und die Mali-Krise

Benjamin Bobbe: Das kolumbianisch-venezolanische Grenzgebiet als rechtsfreier Raum

Bernhard Seliger: Die letzte Grenze des Kalten Krieges zwischen Eskalation und Friedensparkvisionen

Susanne Luther (Hrsg.)

GRENZEN

In Stein gemeißelt oder in Auflösung begriffen?

Impressum

ISBN	978-3-88795-483-3
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit	Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Stefan Burkhardt Karin Vohla Kontakt zur Redaktion: ijz@hss.de
Redaktionsschluss	15.11.2014
Druck	Hausdruckerei der Hanns-Seidel-Stiftung
Titelbild	Christian Fischer, Wikimedia Commons, Creative Commons [Fotografierter Leucht- globus, Anpassung durch HSS)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Diese Ausgabe finden Sie unter folgendem QR-Code auch im Internet zum Lesen und Bestellen.



GELEITWORT

SUSANNE LUTHER ||

Der Duden definiert das Wort „Grenze“ als einen durch entsprechende Markierungen klar gekennzeichneten Geländestreifen, der politische Gebilde (Länder, Staaten) voneinander trennt. Eine Grenze gemäß Duden ist aber auch eine nur gedachte Trennlinie unterschiedlicher oder gegensätzlicher Bereiche und Erscheinungen. Grenzen erfinden sich ständig neu und sind doch immer wieder in Auflösung begriffen.

Am 9. November 1989 fiel die Grenze des Kalten Krieges. Die Berliner Mauer, die 38 Jahre lang eine Stadt geteilt hatte, die von heute auf morgen Familien getrennt und Träume zerstört hatte, war ein Todeskorridor inmitten einer lebendigen Stadt gewesen. Sie war auch das Sinnbild für den „Eisernen Vorhang“, der nicht nur Deutschland, sondern Ost- und Westeuropa viele Jahrzehnte voneinander getrennt hat. Der Fall der Berliner Mauer wäre ohne die Solidarność Bewegung in Polen oder die Freiheitsbestrebungen in Ungarn oder Tschechien nicht möglich gewesen. Die Öffnung der Schlagbäume und die Aktionen der deutschen „Mauerspechte“ stehen somit nicht nur symbolisch für den Anfang vom Ende der DDR und der Teilung Deutschlands. Hier vollzog sich eine gesamt-europäische Befreiung.

25 Jahre nach diesen historischen Ereignissen, scheinen Grenzen in Auflösung begriffen – symbolische ebenso wie real fassbare: So feierte die Hauptstadt Berlin vor kurzem den 25. Jahrestag des Mauerfalls mit der künstlerischen Aktion einer „Lichtgrenze“, die während der Feierlichkeiten nach und nach aufgelöst wurde. In Deutschland und innerhalb der Europäischen Union (EU) hat ein neues Verständnis von Grenzen, jenseits des alten „Schlagbaum“-Denkens, Einzug gehalten. Mit der Einführung des Schengen-Raums wurden Personenkontrollen an den

Staatsgrenzen zahlreicher EU-Mitgliedsstaaten Geschichte. Die EU erlaubt uns Freizügigkeit in der Frage, wo wir leben und arbeiten möchten. Unsere gemeinsame Währung ist ein ständiger Begleiter und erinnert uns täglich an die Integrationskraft der europäischen Idee, die Grenzen überwunden hat und überwindet.

Berichte über Grenzen in Auflösung kennzeichnen auch die aktuelle Weltpolitik. Allerdings fällt dieses Schlagwort heute zumeist in einem deutlich negativeren Kontext als vor 25 Jahren. Der Bürgerkrieg in der Ukraine mit der völkerrechtswidrigen Loslösung der Krim und der Sezessionsbestrebung im Osten hat den Begriff des „Kalten Krieges“ wieder in die Schlagzeilen gebracht. In einem Land, welches vor zwei Jahren Gastgeber der Fußball-Europameisterschaft war, fällt das Wort Grenze wieder im Kontext von Einflussphären zwischen Ost und West.

In dieser Publikation kommen Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) zu Wort, die sich aus der Perspektive ihres Einsatzlandes Gedanken zu unserem aktuellen Verständnis von Grenzen machen. So antwortet unser Auslandsmitarbeiter für Rumänien und Moldau auf die kritische Frage, ob Transnistrien nicht die Blaupause für die aktuellen Entwicklungen in der Ostukraine ist.

Terrormilizen, ob sogenannter „Islamischer Staat“, Boko Haram oder Al-Kaida-Ableger, aber auch Bürgerkriege wie in Syrien vertreiben Menschen zu Tausenden, Hunderttausenden teilweise sogar Millionen. Menschen werden zu Vertriebenen im eigenen Land oder zu Vertriebenen aus ihrem Heimatland, teilweise weit über die Grenzen der Nachbarstaaten hinaus. Viele Grenzen können diesem bisweilen unvorstellbaren Druck der

Menschenmassen nicht mehr standhalten. In riesigen Zeltlagern, die Tausende von Flüchtlingen auffangen, entstehen völlig neue soziale Dynamik und nicht selten hochexplosive Konflikte. Die negativen Folgen eines Bürgerkrieges sind noch heute in der hochbewaffneten und militarisierten Grenzregion Kolumbien/Venezuela sichtbar. Einen Artikel hierzu finden Sie in diesem Heft, ebenso eine inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen und Entwicklungen wie dem transnationalen Jihadismus, dem nicht existenten Grenzmanagement zwischen Somalia und Kenia oder der Ausrufung des Azawad in Mali.

Die einzelnen Beiträge dieser Publikation widmen sich nicht nur realen Grenzen zwischen Staaten. Es geht auch um soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren, die labile Staaten, aber auch Grenzregime bedingen. Oft sind die Kontrolle von Drogen- und Waffenhandel, aber auch von Ölfeldern oder Bergbau wichtige Einnahmequellen. Oft generieren diese Quellen auch Sezessionsbestrebungen und Grenzkonflikte.

Sezessionsbestrebungen gibt es überall auf der Welt – negative wie positive. Sie unterscheiden sich vehement, insbesondere im Bezug auf die Wahl der Mittel zur Durchsetzung von Interessen. So reicht die Skala von einer auf Terror und Gewalt basierenden temporären Ausrufung des Azawad im Norden Malis auf der negativen Seite bis zu den europäischen Referenden in Schottland oder Katalonien, die auf einer demokratischen Basis erfolgen. Auch Afrika besitzt mit dem Unabhängigkeitsreferendum des Südsudans im Jahr 2011 ein positives Beispiel. Neue Grenzen müssen also nicht zwangsläufig negativ gesehen werden. Sie können auch dabei helfen, unüberbrückbare politische und gesellschaftliche Spannungen abzubauen. Bedingung für eine neue Grenzziehung ist jedoch immer ein Dialog, der auf Respekt und gegenseitigem Vertrauen beruht. Oft kann ein föderales System Spannungen lösen, ohne gleich neue Staaten entstehen zu lassen. Mit zahlreichen Projekten in vielen Staaten der Welt versucht die HSS, eine positive Veränderung tatkräftig zu

unterstützen. Und auch bei vermeintlich unüberwindbaren Grenzen tun sich völlig unerwartete Perspektiven auf: So stellt die Grenze zwischen Nord- und Südkorea heute ein weltweit einzigartiges Biotop dar – ein möglicherweise interessanter Ansatzpunkt für eine Kooperation zwischen den Staaten, wie unserer Auslandsmitarbeiter in Seoul schreibt.

Grenzen und ihre Konflikte existieren nicht nur auf dem Land, sondern auch auf den Meeren. Die Frage nach den Besitzrechten und Einflusszonen im Südchinesischen Meer sind für dessen Anrainer von elementarer Bedeutung. Größe und Stärke zu zeigen, steht neben den neuen Explorationsmöglichkeiten, die die technische Entwicklung erlaubt. Die chinesische und vietnamesische Perspektive finden in dieser Publikation Erwähnung.

Über fünf Monate schwebte der Astronaut Alexander Gerst in der Internationalen Raumstation ISS in 400 Kilometern Höhe über unsere Erde. Er sah die Erde aus einer ganz anderen Perspektive und kam zu der Erkenntnis: „Aus dem Weltraum kann man keine Grenzen erkennen.“

Dass die Realität eine andere ist, zeigt Ihnen diese Ausgabe der AMEZ. Dieses Heft kann nicht alle Grenzen ansprechen, nicht die im Kopf, und nicht die aus Stahl und Steinen gebauten – ob eine Mauer in Jerusalem, die Grenze zwischen den USA und Mexiko oder auch die (un-)sichtbare Grenze zwischen Europa und Afrika, das Mittelmeer. Wir hoffen aber, mit dieser Ausgabe einen Beitrag zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit der Thematik zu leisten.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen eine anregende „grenzenlose“ Lektüre wünschen,



|| DR. SUSANNE LUTHER

Leiterin Institut für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

INHALT

- 03 Geleitwort**
Susanne Luther
- 07 Azawad und die Mali-Krise – Ursachen und Folgen islamistischer Sezessionsbewegungen in Westafrika**
Demian Regehr
- 19 Die Republik Moldau zwischen Vergangenheit und Zukunft – Grenze zwischen Ost und West**
Daniel Seiberling
- 29 Von der Ubiquität des Feindes – Zur transnationalen Strategie des Jihadismus und dem Kampf um einen grenzenlosen Gottesstaat**
Jochen Lobah
- 47 Unsichtbare Grenzen – der Konflikt um das Südchinesische Meer**
- 49 Zwischen Konfrontation und Kooperation: Chinas Außenpolitik im Südchinesischen Meer**
Katja Drinhausen
- 55 Vietnam und China – Zwei ungleiche Brüder im Streit**
Axel Neubert
- 59 Das kolumbianisch-venezolanische Grenzgebiet als rechtsfreier Raum – Wahrheiten und Mythen**
Benjamin Bobbe
- 73 Gefahr für Kenia durch die durchlässige Grenze zu Somalia**
Markus Baldus
- 83 Die letzte Grenze des Kalten Krieges zwischen Eskalation und Friedensparkvisionen**
Bernhard Seliger

AZAWAD UND DIE MALI-KRISE – URSACHEN UND FOLGEN ISLAMISTISCHER SEZESSIONSBEWEGUNGEN IN WESTAFRIKA

DEMIAN REGEHR||

Im Frühjahr 2012 brachten islamistische Gruppierungen den Norden Malis gewaltsam unter ihre Kontrolle, terrorisierten die Bevölkerung, zerstörten historische Kulturschätze und proklamierten den „Gottesstaat Azawad“. Erneut wurde die fragile Stabilität der krisengeplagten Region Westafrika aufs Heftigste erschüttert. Gleichzeitig sah sich die internationale Gemeinschaft mit einer erstarkenden terroristischen Bedrohung durch weitere islamistische Kräfte in Nord- und Westafrika konfrontiert. Die Ereignisse des „Arabische Frühlings“ im Maghreb hatten die Machtverhältnisse im nördlichen Afrika grundlegend verändert und dabei Entwicklungen angestoßen, deren Folgen bis tief in den Sahel und in Westafrika zu spüren sind. Hierbei zeichnet sich ab, dass die Machtzunahme islamistischer Fundamentalisten inzwischen eine Gefahr für das demokratische Staatsmodell in einigen afrikanischen Staaten darstellt. Außerdem fordern islamistische Rebellen in Mali – aber auch in Nigeria – bestehende Staatsgebilde zunehmend in ihrer territorialen Integrität heraus.

Wie am Beispiel der Mali-Krise deutlich wird, sind die Gründe hierfür vielschichtiger Natur. Zum einen spielt die Qualität von Grenzregimen eine Rolle (unter „Grenzre-

gime“ wird grundsätzlich die Gesamtheit aller institutionellen, administrativen, legislativen und technischen Maßnahmen bzw. Einrichtungen der Grenzsicherung und -kontrolle verstanden¹). Nicht minder von Bedeutung sind die durch arbiträre Grenzziehungen geographisch definierten Machtverhältnisse innerhalb eines Staates; die in der jüngsten Vergangenheit häufig diskutierte Mali-Krise ist in vielerlei Hinsicht grenzbedingten Ursprungs. Dabei ist sie beispielhaft für eine Entwicklung, deren Grundbedingungen sich auch in anderen Ländern der Region abzeichnen.

Die folgenden Ausführungen widmen sich der Frage, welche Umstände die Entstehung von Sezessionsbewegungen und islamistischem Extremismus in Mali – gekrönt durch die temporäre Abspaltung des Azawad – Realität werden ließen. Dabei erscheint es hilfreich, zunächst die wesentlichen Ereignisse der Mali-Krise zu rekonstruieren.

Die Mali-Krise: Altbekannter Ursprung – neue Risiken

Als „Azawad“ wird der nördliche Teil Malis bezeichnet, bestehend aus den Regionen Timbuktu, Gao und Kidal. Die Sezessionsbestrebungen im Norden des Landes intensi-

vierten sich mit der Erstarkung der „Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (*Mouvement National pour la Libération de l’Azawad* - MNLA) gegen Ende des libyschen Bürgerkrieges im Oktober 2011. Die MNLA rekrutierte sich größtenteils aus dem Nomadenvolk der Tuareg. Viele aus Mali und Niger stammende Tuareg befanden sich im Dienst der libyschen Streitkräfte und kämpften im Bürgerkrieg aufseiten Muammar al-Gaddafi; als sich seine Niederlage abzeichnete, strömten sie zu Tausenden zurück in ihre Herkunftsländer. In Mali führte dies zur Unterstützung der MNLA durch militärisch geschulte und ausgerüstete Tuareg. Diese vertrieben wenig später malische Regierungstruppen aus den nördlichen Regionen des Landes und beanspruchten die Kontrolle über das Gebiet, das sie als Azawad bezeichnen. Primäres Ziel der Rebellen war die Unabhängigkeit der nördlichen Regionen und die Etablierung des Staates Azawad auf deren Territorium. Dabei lehnte die säkular orientierte Bewegung einen Scharia-Staat strikt ab.

Malis Regierung gelang es nicht, dieser Lage Herr zu werden; sie musste den Entwicklungen im Norden des Landes weitgehend ohnmächtig zusehen. Dies schürte die Kritik im Lager der politischen Opposition, wo ohnehin Unmut über den Führungsstil von Präsident Amadou Toumani Touré herrschte. Seine augenscheinliche Unfähigkeit, den Separatistenaufstand zu bekämpfen, brachte das Fass zum Überlaufen. Der zunehmende Druck auf die Regierung führte im März 2012 zur Entmachtung des Präsidenten durch das Militär, nur einen Monat vor den geplanten Präsidentschaftswahlen. Für die in über zwei stabilen Jahrzehnten gewachsene Vorzeigedemokratie Malis bedeutete dies eine Zäsur.

Während die Putschisten unter der neu gebildeten Militärregierung von Hauptmann Amadou Sanogo den Rebellen nun Einhalt zu gebieten suchten, hatten sich im Lager der MNLA entscheidende Veränderungen vollzogen: die aufständischen Tuareg hatten sich

mit einer breiten Allianz von Separatisten und diversen islamistischen Gruppierungen verbrüdet; darunter die Organisationen „Al-Qaida im islamischen Maghreb“, „Ansar Dine“ und die „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“, alle drei höchst gewaltbereite Proklamateure eines fundamentalistischen und extremistischen Islam in der Region. Diesem schlagfertigen Bündnis waren die malischen Streitkräfte nicht gewachsen. Innerhalb kürzester Zeit eroberte die neu gebildete Allianz die wichtigsten Städte im Norden des Landes und hatte bald das gesamte Territorium des Azawad unter ihre Kontrolle gebracht. Am 6. April 2012 rief die MNLA einseitig die Unabhängigkeit des Azawad aus.²

Das Bündnis aus Separatisten und Islamisten war allerdings nur von kurzer Dauer: bald kam es zum Bruch zwischen den Verbündeten, ausgelöst durch die Frage nach der Einführung der Scharia, des islamischen Rechts, im Azawad. Während die fundamentalistischen Kräfte dessen Implementierung und damit die Errichtung eines islamischen Staates in den eroberten Gebieten forderten, setzte sich die säkulare MNLA für einen religiös neutralen Nationalstaat ein. In der Folge erklärte die „Ansar Dine“, dass sie die Unabhängigkeitserklärung der MNLA nicht anerkenne: „Wir sind gegen Revolutionen, die nicht im Namen des Islam sind.“³ Bald kam es zu ersten Gefechten zwischen beiden Gruppen, wobei es den zahlenmäßig überlegenen Islamisten gelang, die MNLA aus den Städten zu vertreiben. Die einstigen Initiatoren der Abspaltung sahen sich gezwungen, den Azawad zu verlassen und sich nach Südmali zurückzuziehen. Die triumphierenden Islamisten proklamierten daraufhin die Einführung des Scharia-Rechts im Azawad und die Etablierung eines Gottesstaates auf malischem Territorium. Gleichzeitig bekundeten sie ihre Absicht, auch in den Süden des Landes vorzurücken und ihn unter das Banner des Islams zu bringen, eine Drohung, die sie mit ersten Angriffen außerhalb des Azawad untermauerten.⁴

Territorium des Azawad



Quelle: Eigene Darstellung, HSS Ghana.

Ein Schreckensszenario der internationalen Staatengemeinschaft – die Existenz eines neuen fundamentalistischen Scharia-Staates vor Europas Haustür – schien Realität zu werden. Die Staatengemeinschaft wollte nicht länger tatenlos zusehen, wie Machtvakuen und Instabilität einer womöglich fortschreitenden Expansion des islamistischen Extremismus in Westafrika Tür und Tor öffneten. Im Januar 2013 begannen internationale Streitkräfte daher unter der Führung der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich die sog. „Operation Serval“; der militärisch überlegenen Einsatztruppe gelang es innerhalb kürzester Zeit, die Islamisten in die Flucht zu schlagen, besetzte Städte und Regionen in Nordmali zu befreien und die formale Staatsgewalt der Republik Mali wiederherzustellen. Bereits im August 2013 konnten landesweit Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden.

Trotz des rasch eingetretenen Erfolgs der Intervention und der daraufhin eingesetzten „Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“ bleibt die Situation im Land jedoch angespannt. Die vertriebenen Islamisten haben sich in unkontrollierte Gebiete der Sahara zurückgezogen, wo sie sich seitdem erneut konsolidieren. Die malische Gesellschaft ist tief verunsichert und gespalten ob der Ereignisse; der ideologische Graben

zwischen Volksgruppen im Süden und Norden des Landes klappt tief. Die Volksstämme der Tuareg indes bleiben unbefriedigt in ihrem Wunsch nach stärkerer Autonomie und politischer bzw. sozioökonomischer Teilhabe. Der neu gewählte Präsident Ibrahim Boubacar Keïta steht vor der herausfordernden Aufgabe, bei Förderung des nationalen Dialogs und innerstaatlicher Aussöhnung gezielte Reformen einzuleiten, ohne dabei die Fehler seiner Vorgänger zu wiederholen.⁵

Was bleibt, ist die Frage, wie die Situation in Nordmali in dieser Weise eskalieren konnte. Durch welche Umstände befördert, konnte die Unabhängigkeitsbewegung der Tuareg derart an Kraft gewinnen? Welche Einflussfaktoren machten es möglich, dass islamistische Fundamentalisten sich als maßgebliche Akteure in diesem Konflikt profilierten und am Ende gar den Separatistenaufstand der Tuareg als das kleinere Übel erscheinen ließen? Und wie lässt sich einer Wiederholung solcher Ereignisse in der Sahelregion wirksam vorbeugen?

Unabhängig von der Perspektive des Betrachters kommt man nicht umhin, die Frage nach den Landesgrenzen im Sahel als einen Dreh- und Angelpunkt des Konflikts zu identifizieren. Diese umfasst zum einen deren qualitative Beschaffenheit: poröse Grenzen und schwache Grenzregime ermöglichen separatistischen Kräften Mobilität, den Aufbau von Netzwerken mit Gleichgesinnten und lukrative Verdienstmöglichkeiten durch den illegalen Handel mit Waffen und Drogen. Zum anderen spielt die eigentliche Konstitution westafrikanischer Territorialstaaten eine maßgebliche Rolle, also die Existenz bzw. Definition von Landesgrenzen und deren Implikationen für Machtverhältnisse und sozioökonomische Entwicklungstrends innerhalb eines Staatsgebiets. Während das Problem durchlässiger Grenzen akuter Natur ist und durch entsprechende Bemühungen zur Stärkung von Grenzregimen adressiert werden könnte, sind die aus der historischen Definition westafrikanischer Territorialstaaten resultierenden Her-

ausforderungen weitaus komplizierter angelegt. Um ihre Hintergründe zu begreifen, lohnt sich ein Blick auf die Entstehungsgeschichte afrikanischer Nationen im Zuge der Entkolonialisierung und das damit verbundene Schicksal der Tuareg in Mali. Dabei kann jede Bemühung einer Analyse dieser Situation immer nur ein Versuch sein, das Thema in seiner vollen Komplexität zu erfassen.

Arbiträre Grenzen und ethnische Minderheiten: Die Tuareg in Mali

Als afrikanische Staaten sich im Zuge ihrer Unabhängigkeit dem Leitsatz „*uti possidetis*“ (lat. „wie ihr besitzt“) verpflichteten, akzeptierten sie damit auch die während der europäischen Fremdherrschaft arbiträr festgelegten Landesgrenzen.⁶ Die hieraus entstandenen postkolonialen Staatsgebilde wurden aber kaum den demographischen und machtpolitischen Realitäten afrikanischer Gesellschaften gerecht, sondern waren meist ein Abbild der einst willkürlich vorgenommenen geographischen Aufteilung des Kontinents durch die Kolonialmächte. So widersprachen die künstlich errichteten Landesgrenzen in vielerlei Hinsicht dem genuinen afrikanischen Verständnis von Territorialität, politischer Autorität und Staatlichkeit.⁷

Im Gegensatz zum europäisch geprägten Modell des Territorialstaates, das sich primär durch die Herrschaft über ein kontrolliertes Gebiet definiert, dominierte im vorkolonialen Afrika ein Gesellschaftskonzept, das oft als „Personenverbandsstaat“ bezeichnet wird. Während der homogenisierend wirkende europäische Nationalstaat im Sinne einer „imaginierten Gesellschaft“ seine Bevölkerung durch ein Band von Kultur, Religion und Herkunft in einem gemeinsamen Territorium vereint⁸, stellt der afrikanische „Personenverbandsstaat“ die soziale Herrschaft innerhalb diverser ethnischer Gruppen und deren politische Organisation in den Mittelpunkt und misst einer territorial definierten Staatshoheit nur wenig Bedeutung zu.⁹

Die willkürliche Implementierung des nationalstaatlichen Prinzips in Afrika – und damit die territoriale Abgrenzung politischer Herrschaft in (säkularen) Nationalstaaten entlang fremdbestimmter, arbiträrer Landesgrenzen – verrückte vielerorts über Jahrhunderte gewachsene gesellschaftliche Gleichgewichte und schuf einen Nährboden für zahlreiche Konflikte. Nicht zuletzt begründete sie die besorgniserregende und entwicklungshinderliche Distanz zwischen Staat und Gesellschaft, die bis heute in vielen afrikanischen Ländern vorherrscht. Besonders nomadische Völker litten unter den veränderten politischen Verhältnissen. Die neu entstandenen Nationalstaaten zersückerelten ihr angestammtes Territorium und machten sie zu ethnischen Minderheiten, vielerorts einhergehend mit einer massiven sozioökonomischen Marginalisierung. Folglich waren diese Gruppen wenig gewillt, die Legitimität neu entstandener Staatsregierungen zu akzeptieren.¹⁰

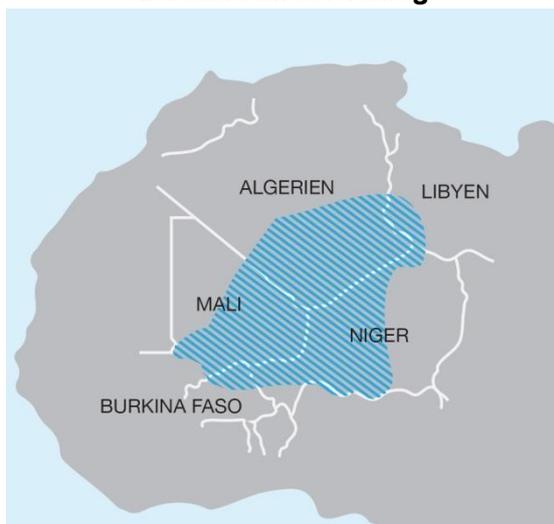
Bereits kurz nach der ersten Unabhängigkeitswelle kam es mancherorts zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die auf eine Neuausgestaltung der kolonialen Grenzen abzielten. Zu nennen sind etwa der nigerianische Biafra-Krieg (1967-70) und die Sezession Katangas im Kontext der Kongo-Krise (1960-65), die weltweit für Aufsehen sorgten. Daneben existieren zahlreiche weitere, von der internationalen Presse weniger prominent aufgegriffene Grenzkonflikte, in denen sich Teilregionen auf dem Kontinent für ihre Unabhängigkeit oder stärkere Autonomie einsetzen, wie z.B. das Wüstenvolk der Sahrauis in der von Marokko okkupierten Westsahara oder die Diola im senegalesischen Casamance.

Die im postkolonialen Afrika vielerorts an die Macht gelangten Militärregime reagierten auf Autonomieforderungen innerhalb ihrer Länder mit einer Politik strikter Repression. So ist es kein Zufall, dass ernstzunehmende Unabhängigkeitsbewegungen bis in die 1990er-Jahre eher die Ausnahme bildeten (hierzu gehört Eritrea). Dies änderte

sich erst mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Demokratisierungswelle, die auch secessionistischen Bestrebungen wieder Auftrieb verlieh. Spätestens seit der international anerkannten Unabhängigkeit des Südsudan im Jahr 2011 scheint „uti possidetis“ kein unumstößlicher politischer Grundsatz mehr zu sein.¹¹

Auch kurz nach der Unabhängigkeit Malis im Jahr 1960 kam es zu ersten Autonomiebestrebungen seitens des Nomadenvolkes der Tuareg, das seine selbstbestimmte Lebensweise durch die neuen territorialen Realitäten massiv bedroht sah. Die Aufstände wurden von der zunehmend autokratisch agierenden Regierung gewaltsam unterdrückt. Die „Tuareg-Frage“ jedoch blieb ungelöst, während eine fortschreitende Marginalisierung der Volksgruppe auf politischer und sozioökonomischer Ebene ihren Unmut weiter schürte. Die Ereignisse in Nordmali 2012 und die Abspaltung des Azawad sind daher direkte Konsequenzen arbiträrer Grenzsetzung in der Sahelzone und politischer Versäumnisse im Zuge der Postkolonialisierung, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Lebensraum der Tuareg



Quelle: Eigene Darstellung, HSS Ghana.

Das Volk der Tuareg zählt zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Menschen, die seit Jahrhunderten in der Sahelzone leben und ihr Territorium gemeinhin als „Azawad“ be-

zeichnen.¹² Im heutigen Mali hielten sie vor Ankunft der Franzosen eine privilegierte Stellung im Handelsnetzwerk der Sahara inne (Erhebung von Zöllen, Schutz von Karawanen und Sklavenhandel). Im Zuge der Kolonialherrschaft und anschließenden Gründung der Republik Mali wurden die malischen Tuareg jedoch gezwungen, sich der politischen Hoheit der im Süden des Landes sesshaften Gruppen unterzuordnen. Diese unterschieden sich von den Nomaden nicht nur in kultur-anthropologischer Hinsicht (z.B. hinsichtlich Sprache, Lebensart und Herkunft), sondern standen ihnen aufgrund historischer Konflikte äußerst kritisch gegenüber – so hatten die Tuareg z.B. eine wichtige Rolle im Sklavenhandel gespielt und sich dabei oft Gefangener aus den süd-malischen Regionen bedient.¹³

Seit der Unabhängigkeit Malis im Jahr 1960 wurde der Lebensraum der Tuareg stark eingeschränkt und das Volk zunehmend in die unfruchtbaren Regionen des Nordens verdrängt. Zugleich stigmatisierte die Zentralregierung Malis, unterstützt durch breite Teile der Bevölkerung, dessen nomadische Lebensweise als unmodern. So wurden die Tuareg gezwungen, ihre „traditionelle, soziale, wirtschaftliche und politische Lebensweise auf[zu]geben, ohne die Möglichkeit zu erhalten, neue Überlebensformen zu entwickeln.“ Innerhalb der Gruppe wuchsen daher ein „Gefühl der Marginalisierung [...] und ihr Wille zum Widerstand.“¹⁴ Als die MNLA 2011 Unterstützung durch militarisierte Tuareg-Rückkehrer aus Libyen erhielt und den Azawad eroberte, stellte dies somit nur den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung dar, die in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Ausdruck in verschiedenen Tuareg-Rebellionen gefunden hatte (1962-64, 1990-95, 2007-09) und sich gegen die systematische Benachteiligung der Volksgruppe in Mali richtete.

Der 2012 unternommene Versuch der Abspaltung des Azawad durch die Tuareg ist folglich ein Resultat zweierlei Entwicklungen: zum einen zog die willkürliche territo-

riale Bestimmung der Republik Mali einen Marginalisierungsprozess der Volksgruppe im Norden des Landes nach sich; zum anderen zeigte die Zentralregierung keinerlei Bestreben, dieser Situation entgegenzuwirken und die Tuareg stärker an den politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen in Mali teilhaben zu lassen. Dies wird insbesondere deutlich, betrachtet man die Politikführung in den nördlichen Grenzregionen im Vorfeld der Krise.

Schlechte Regierungsführung, schwache Grenzregime und Sezessionsbestrebungen – ein Teufelskreis

Während ihres Jahrzehnte andauernden Widerstands gelang es den Tuareg in Mali, der Zentralregierung einige Zugeständnisse abzurufen. So wurden in verschiedenen Verträgen, wie etwa dem „Abkommen von Tamanrasset“ (1991), dem „Nationalen Abkommen“ (1992) und dem „Friedensvertrag von Algier“ (2006) die Autonomierechte der Volksgruppe stetig erweitert. Dies umfasste auch eine Reduktion der malischen Streitkräfte in den nördlichen Regionen des Landes. Durch diesen Kompromiss jedoch gab Bamako seine militärische Kontrolle im Norden weitgehend auf; gleichzeitig sahen sich andere ethnische Gruppen gezwungen, eigene Milizen zu gründen, um sich gegen Übergriffe durch die Tuareg zu wappnen. In der Summe war eine Situation geschaffen, in der die staatliche Souveränität im Norden des Landes massiv eingeschränkt wurde, während anarchistische Elemente zunehmend an Raum gewannen.¹⁵

Ein weiterer Verhandlungspunkt zwischen Regierung und Tuareg betraf staatliche Programme zur Wirtschaftsförderung und Modernisierung des Nordens sowie Reformen des Bildungs- und Wahlsystems. Bamako hatte auch hier vielversprechende Zusicherungen gemacht; sie wurden allerdings nie in die Tat umgesetzt. Präsident Touré zeigte wenig ernsthaftes Interesse an einer Entwicklung der unzugänglichen Wüstenregionen Nordmalis. Die politische De-

zentralisierung des Landes – einst zentraler Bestandteil für eine Lösung der „Tuareg-Frage“ – kam während seiner Amtszeit fast vollständig zum Erliegen. Gleichzeitig nahm die Vernachlässigung der nördlichen Regionen in allen politischen Kernbereichen (Wirtschaft, Bildung, Sicherheit, etc.) weiter zu, was regionalpolitische Zentren bald zu Schauplätzen der Korruption verkommen ließ. Im Vorfeld des Separatisten-Aufstands von 2012 befand sich das Verhältnis zwischen Regierung und Tuareg auf einem neuen Tiefpunkt. Und als Touré durch die Puttschisten seines Amtes enthoben wurde, stand es allgemein schlecht um den malischen Staat: die Opposition war verstummt, die Interessen der Bevölkerung wurden von der Politik ignoriert, während die politischen Eliten des Landes von einer Kultur der Korruption und Straffreiheit profitierten.¹⁶

Die schlechte Regierungsführung im Norden Malis im Vorfeld der Krise ist bezeichnend für einen in Westafrika weit verbreiteten Zustand: die systematische Vernachlässigung peripherer Regionen durch ihre Zentralregierungen.¹⁷ Vielerorts stellt sie eine Fortführung der Kolonialpolitik dar, deren Hauptaugenmerk leicht zugänglichen, wirtschaftlich vielversprechenden und ressourcenreichen Gegenden galt. Der aus dieser Politik resultierende Autoritätsverlust staatlicher Institutionen an den Landesgrenzen wird im Falle Malis durch die geographische Isolation der nördlichen Saharagebiete zusätzlich verstärkt. Führen derartige Entwicklungen in der Folge zum völligen Verlust staatlicher Legitimität, so ist oftmals von „rechtsfreien Räumen“ oder „gescheiterten Staaten“ die Rede.¹⁸

Para-Staatlichkeit und illegale Handelsnetzwerke

Diese verallgemeinernden Begriffe jedoch werden den kulturellen und politischen Komplexitäten in Malis Grenzgebieten nicht gerecht. Vielmehr kann hier von einer Art informellem Kompromiss zwischen der malischen Regierung und den Tuareg-Führern

des Nordens ausgegangen werden: während die Zentralregierung den Tuareg weitreichende Kompetenzen überließ (u.a. Gewaltmonopol und Verwaltung) und ihnen damit quasi-staatliche Souveränität übertrug, garantierte diese im Gegenzug die Durchsetzung von Regierungsinteressen in ihren Regionen (im Sinne einer „vermittelnden Herrschaft“). Nicht eine gescheiterte Staatlichkeit, sondern ein System der „Para-Staatlichkeit“ war die Folge.¹⁹ Bamako aber büßte auf diesem Weg einen Großteil seines Einflusses im Norden des Landes ein; auch die Qualität der Grenzregime nahm stetig ab. Bald hatten sich Verhältnisse etabliert, die para-staatlichen Organisationsformen die Möglichkeit gaben, fernab von der Kontrolle durch Zentralregierung oder internationale Instanzen zu agieren.

Besonders dramatisch äußert sich dies im illegalen Handel mit Waffen und Drogen, der inzwischen in der gesamten Sahelzone blüht. So hat sich Westafrika im Laufe des letzten Jahrzehnts zu einer neuen globalen Drehscheibe des Rauschgifthandels entwickelt: die in Südamerika hergestellten Drogen erreichen auf dem Seeweg Guinea-Bissau, Mauretanien und Nigeria; sodann werden sie über schwer kontrollierbare Gebiete der Sahara via Mali und Niger nach Libyen transportiert; von dort gelangen sie anschließend auf den europäischen Markt. Parallel dazu ist auch der illegale Handel mit Hand- und Kleinfeuerwaffen in Westafrika zuletzt exponentiell angestiegen. Viele davon stammen aus Krisenregionen: so hat der Untergang des Gaddafi-Regimes in Libyen und die Plünderung seiner Waffenarsenale geradezu ein Überschussangebot an Waffen auf dem Kontinent erzeugt. Schätzungen zufolge zirkulieren zwischen acht und zehn Millionen Kleinfeuerwaffen illegal im westafrikanischen Raum.²⁰

Im Sahel sind die Tuareg maßgeblich in diesen Handel involviert. Der wirtschaftlich benachteiligten Volksgruppe eröffnet er lukrative Einnahmequellen: so erhalten sie beispielsweise für einen Kokaintransport

durch die Wüste mindestens 14.000 USD.²¹ Aber selbst staatliche Akteure der Transitländer sind aktiver Teil der logistischen Kette, die Waffen in der Subregion distribuiert und südamerikanische Drogen von Westafrikas Küsten bis nach Nordafrika transportiert. Unter dem System der Para-Staatlichkeit entstanden gefährliche Verbindungen zwischen korrupten politischen Eliten und der organisierten Kriminalität. Paradoxerweise sind die Regierungen der vom illegalen Handel betroffenen Länder dabei sowohl Opfer als auch Täter: während die kriminellen Aktivitäten die Autorität des Staates untergraben und seine territoriale Integrität herausfordern, sind es oftmals hohe Regierungsbeamte, die von einer Duldung bzw. Unterstützung dieses Handels direkt profitieren und dessen Bekämpfung – z.B. durch eine Stärkung der Grenzregime – deshalb boykottieren.²²

Diese Kombination aus korrupten Politikern, organisierter Kriminalität, schwacher Rechtsstaatlichkeit und der Erstarkung separatistischer Elemente in Malis peripheren nördlichen Regionen kam einer Zeitbombe gleich. Sie schuf einen idealen Nährboden für das Aktivwerden von Rebellen und islamistischen Fundamentalisten, die jenseits staatlicher Kontrolle und bei Duldung durch eine benachteiligte lokale Bevölkerung im Azawad ihre Geschäfte tätigen, sich mit Waffen versorgen und neue Mitglieder rekrutieren konnten. In der Entstehung von MNLA und „Ansar Dine“ offenbart sich das Risikopotential, das Para-Staatlichkeit und schwache Grenzregime in Nordmali geschaffen hatten.

Das schwere Erbe des Arabischen Frühlings

Die Entstehungsgeschichte der MNLA steht in engem Zusammenhang mit den Ereignissen des „Arabischen Frühlings“ im Maghreb. Mit Blick auf Mali war vor allem der als Folge der „Arabellion“ ausgebrochene Bürgerkrieg in Libyen von Bedeutung. Der Sturz des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi hatte für die Tuareg des Maghreb

und der Sahelzone weitreichende Konsequenzen. Gaddafi war Zeit seines Lebens als eine Art Schutzherr der Tuareg-Stämme aufgetreten. In Zeiten schwerer Hungersnöte im Sahel (1970er und -80er-Jahre) gewährte er ihnen Asyl und eröffnete ihnen berufliche Perspektiven in den libyschen Streitkräften und in seiner Leibgarde.²³ Später wirkte er auch als Vermittler während der Tuareg-Rebellionen in den Sahelstaaten. Stets proklamierte Gaddafi die Vision eines „Einheitsstaates der Nomaden im Sahel“ und unterstützte die Tuareg in ihrem Streben nach territorialer Autonomie. Libyens Tuareg-Diaspora wurde damit Gegenstand einer politischen Ideologisierung und solidarisierte sich mit dem Gaddafi-Regime; im libyschen Bürgerkrieg kämpften viele Tuareg aufseiten der Regierungstruppen. Gleichzeitig radikalisierten sie sich zunehmend gegenüber ihren Herkunftsländern, was sich auch in den Tuareg-Rebellionen der 1990er-Jahre widerspiegelt.²⁴ Nach Gaddafis Untergang 2011 strömten die in Libyen ansässigen Tuareg in ihre Heimatstaaten zurück; besonders Nordmali erfuhr einen starken Zufluss. Die Rückkehrer waren militärisch erfahren, verfügten über Waffen und besaßen den festen Willen, den politischen Status Quo in Mali zu verändern.²⁵

Aufgrund ihres Machtverlusts in den nördlichen Grenzregionen war Malis Regierung nicht imstande, die Rückkehrströme der Tuareg, geschweige denn den gleichzeitig stattfindenden Waffenzufluss aus Libyen effektiv zu kontrollieren. Der ernsthafte politische Wille, rückkehrende Tuareg im Rahmen spezieller Programme zu resozialisieren und in die Gesellschaft zu integrieren, hätte einer Zuspitzung der Situation wohl vorbeugen können. So aber führte die Auflösung der Tuareg-Diaspora als Folge des libyschen Bürgerkriegs in Nordmali zur Formierung der MNLA im November 2011 und wenig später zur Gründung islamistischer Gruppierungen. Bemerkenswert ist dabei, dass sich die MNLA fast ausschließlich aus ehemaligen Gaddafi-Kämpfern rekrutierte. Diese wiederum waren mit den gesellschaft-

lichen Realitäten in Nordmali und den sozialen Strukturen der dort ansässigen Tuareg nur wenig vertraut. In der lokalen Bevölkerung verfügten sie daher über wenig Rückhalt und wurden teilweise mit Argwohn betrachtet.²⁶

Bald kam es zu Differenzen und Machtkämpfen zwischen malischen und ehemals libyschen Tuareg. So weigerte sich die mehrheitlich libysch geprägte MNLA, dem malischen Tuareg-Kämpfer Iyad Ag Ghali eine Führungsrolle in der Sezessionsbewegung des Azawad zuzugestehen. Dieser distanzierte sich daraufhin von der MNLA und gründete die islamistische Organisation „Ansar Dine“. Seine Gruppierung sprach sich gegen die säkulare Orientierung der MNLA aus und forderte die Errichtung eines islamischen Gottesstaates in ganz Mali. Diese Spaltung innerhalb der Separatisten ist nur ein Beispiel unter vielen im Kontext der komplexen und geradezu konfuse Landschaft rebellischer und islamistischer Elemente, die nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes in Nordmali zu wuchern begann. Dabei haben die internen Machtkämpfe der Tuareg wesentlich dazu beigetragen, dass sich islamistische Kräfte im Azawad etablieren konnten und in der Folge den Konflikt zur Eskalation brachten. Lokale Initiativen wie „Ansar Dine“ profitierten oft von einem größeren Rückhalt in der Bevölkerung als die von libyschen Tuareg-Rückkehrern gegründete MNLA.²⁷

Aber auch islamistische Organisationen mit supra-nationalem Charakter wurden erfolgreich in Nordmali aktiv. Dazu gehören etwa „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQIM) und die „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (MUJAO), die von den chaotischen Verhältnissen des Arabischen Frühlings profitierten und sich über Landesgrenzen hinweg in der ganzen Sahelzone ausbreiteten. Die para-staatlich organisierten Grenzregionen im Norden Malis ermöglichten ihnen dabei eine ungehinderte Einreise und den baldigen Aufbau lokaler Machtzentren. Besonders AQIM verstand es,

durch das Auftreten als „islamische Wohlfahrt“ die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen, etwa mittels der Verteilung von Medikamenten und Naturalien an Bedürftige (die finanziellen Ressourcen dafür stammten meist aus den Lösegeldern ihrer Geiselnahmen). Gleichzeitig verfolgte sie eine Integrationsstrategie, indem sie durch das Einheiten in lokale Familien aus unterprivilegierten Schichten ihre soziale Verwurzelung festigte. Über die finanzielle Unterstützung von Moscheen und Imamen wurde zudem ein vermehrter Einfluss auf religiöse Autoritäten ausgeübt, um damit radikale Auslegungen des Islams gesellschaftsfähig zu machen. In der Summe ergibt sich ein vielschichtiges und wohlgedachtes Konzept, das darauf abzielte, in Malis peripheren nördlichen Regionen Fuß zu fassen. Das Phänomen des islamistischen Separatismus in Mali ist demnach mitnichten ein extern aufgedrängter Konflikt, sondern eine hausgemachte, vielerorts gesellschaftlich akzeptierte Entwicklung. Möglich wurde diese nicht zuletzt durch die beschriebene Vernachlässigung malischer Grenzregionen durch Bamako, die Marginalisierung einzelner Volksgruppen und den Aufbau einer Para-Staatlichkeit im Azawad.²⁸



Eröffnungszereemonie des Seminars mit Repräsentanten von CEN-SAD, CENI, AU und HSS, sowie Ministern aus Benin, Niger und Tschad. Quelle: HSS Ghana.

Die dargestellte Bedrohung staatlicher Souveränität durch Separatismus und islamistischen Terror beschränkt sich nicht auf die Republik Mali. Zahlreiche weitere Länder der Region sehen sich derzeit mit ähnlichen Entwicklungen konfrontiert. Zu nennen wären etwa Niger und Algerien – ebenfalls

Projekte der HSS

Der im Juni 2013 zwischen Malis Interimsregierung und den Tuareg-Rebellen geschlossene vorläufige Friedensvertrag machte den Weg frei für eine landesweite Durchführung von Präsidentschaftswahlen und damit die Rückkehr der Republik Mali in demokratische Strukturen. Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Souveränität ihres Staates wiederherzustellen und erneute Spannungen während des Wahlprozesses zu verhindern, war dabei von essentieller Bedeutung, den Wahlprozess in seiner technischen und materiellen Organisation so professionell wie möglich zu gestalten. Zur Unterstützung dieses Ziels wurde in Bamako vom 17. bis 20. Juni 2013 die malische Wahlkommission ausgebildet. Die Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten (CEN-SAD) und die malische Regierung veranstalteten in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung Westafrika hierzu das „Séminaire de Renforcement en Capacités de la Commission Electorale Nationale Indépendante (CENI) du Mali en Matière Electorale“. Zielgruppe waren hochrangige Vertreter der malischen Wahlkommission (CENI) aus allen Teilen des Landes. Die Kommission stellt das wichtigste logistische Organ im Wahlprozess dar und trägt daher eine hohe Verantwortung für die Durchführung freier, transparenter und glaubhafter Wahlen. Inhalte des Trainings umfassten Themen wie gesetzgeberische Grundlagen, Durchführungsbestimmungen, Kommunikationsinstrumente und Wahlbetrugsmechanismen. Die landesweite Durchführung der Wahlen war von ausschlaggebender Bedeutung für die territoriale und institutionelle Wiederherstellung des malischen Staates. Die Wahlkommission CENI – durch das HSS-Seminar in ihren Kapazitäten gestärkt – hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Wahlvorgang im Juli und August 2013 weitgehend reibungslos stattfinden konnte und international als ein Erfolg gefeiert wurde.

Mehr zu unserer Arbeit unter:

www.hss.de/mali

Staaten mit einem signifikanten Bevölkerungsanteil an Tuareg, deren Zahl sich nach dem libyschen Bürgerkrieg vervielfacht hat und die ähnlich wie in Mali eine von der

Politik vernachlässigte und marginalisierte Minderheit darstellen.²⁹ In Westafrika ist außerdem Nigeria durch den Terror der islamistischen Sekte Boko Haram zu einem akuten Krisenherd geworden. Die extremistische Gruppierung strebt die Errichtung eines islamistischen Kalifats im Norden des Landes an. Sie kontrolliert inzwischen weitgehend die Grenzgebiete im Nordosten Nigerias und schlägt auch immer öfter in den Nachbarstaaten Kamerun und Tschad zu (- Medienberichten zufolge war Boko Haram sogar bereits in Mali aktiv³⁰). Westafrikas poröse Grenzregime sind auch hier ein Dreh- und Angelpunkt des Problems. Gleichzeitig weisen die Hintergründe der Sekte in einigen Punkten durchaus Gemeinsamkeiten mit der Entstehung der MNLA auf. Auch die „Kanuri“, die dominante ethnische Gruppe innerhalb der Boko Haram, wurden als Resultat postkolonialer Staatenbildung zu einer ethnischen Minderheit in ihrem Land. Auch in Nigeria wurden die nördlichen Regionen jahrzehntelang durch die Zentralregierung vernachlässigt.³¹ Und auch hier manifestierte sich ein Trend, der derzeit in verschiedensten Teilen des afrikanischen Kontinents zu beobachten ist: die Herausforderung staatlicher Souveränität als ein Resultat der aus arbiträren Grenzziehungen erwachsenen Marginalisierung einzelner Volksgruppen.

Die Zukunft von Afrikas Staatsgrenzen

Die beschriebenen Entwicklungen werfen die Frage auf, ob Afrikas willkürlich gezogene Staatsgrenzen langfristig Bestand haben können. Hier sollte erwähnt werden, dass kriegerische Unabhängigkeitsbewegungen wie im Fall des Azawad auf dem afrikanischen Kontinent eher eine Ausnahme darstellen. Die meisten gewaltsamen Auseinandersetzungen in Afrikas konfliktreicher Geschichte entbehren seziessionsbedingter Hintergründe. Auch ist ein Trend erkennbar, nach welchem „klassische“ Sezessionsbestrebungen zuletzt – über fünfzig Jahre nach Ende der Kolonialzeit – zunehmend an Kraft verlieren. Hierfür könnte die systematisch

betriebene Unterdrückung von Aufständen durch autokratische Regierungen verantwortlich sein, ebenso wie ein allgemeines Desinteresse afrikanischer Zivilgesellschaften an politischem Aktivismus, ausgelöst durch ihre zunehmende Entfremdung von Politik und Staat. Auch die Tatsache, dass einseitig ausgerufenen neuen Staaten im Normalfall nur sehr geringe Chancen auf internationale Anerkennung haben, mag eine Rolle spielen.

Gleichzeitig aber besteht das Konfliktpotential fort, das der dargestellte Problemkontext marginalisierter Bevölkerungsgruppen und vernachlässigter peripherer Regionen in vielen afrikanischen Ländern generiert. Erkennbar ist hierbei, dass die betroffenen Akteure vermehrt dazu neigen, sich auch für fundamentalistische Ideologien zu öffnen. Islamistischen Gruppierungen gelingt es zunehmend, in marginalisierten Gesellschaften Lücken zu füllen, die durch die Absenz einer verlässlichen staatlichen Organisation geschaffen wurden. Im Gegensatz zum säkularen Separatismus fordern diese religiösen Fundamentalisten nicht eine Neugestaltung politischer Strukturen oder die Gründung klassischer Staatsgebilde. Aufgrund ihrer vehementen Ablehnung westlicher Gesellschaftswerte kämpfen sie vielmehr für eine Abschaffung säkularer Staaten per se und für die Errichtung von „Gottesstaaten“ auf Grundlage der Scharia.

Wie das Beispiel Malis zeigt, wäre es jedoch zu einfach, Staatskrisen lediglich auf das um sich greifende Phänomen des islamistischen Extremismus zu reduzieren. Dieser kann nur als Erscheinungsform eines viel tiefer begründeten Problemkontextes interpretiert werden. Die durch arbiträre Grenzen geschaffenen Ungleichverhältnisse innerhalb afrikanischer Staaten, schlechte Regierungsführung, grassierende Korruption und der fehlende politische Wille zu Reformen sind die treibenden Faktoren, die Gesellschaftsgruppen für fundamentalistische Ideologien empfänglich machen und sie Terror als Form des Widerstands in Betracht

ziehen lassen. Sollen staatliche Souveränität und territoriale Integrität in Westafrika und in anderen Subregionen des Kontinents langfristig garantiert werden, so führt für die betroffenen Regierungen daher kein Weg daran vorbei, diese Fehlentwicklungen nachhaltig zu korrigieren.

|| Demian Regehr

Projektleiter Ghana

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa, Berlin: Assoziation A.
- 2 Vgl. Wing, Susanna D. (2013): Mali: Politics of a Crisis, in: *African Affairs* 112/448, S. 479 ff.
- 3 Rebellen rufen Scharia aus, in: Spiegel Online, 03.04.2012, URL <http://www.spiegel.de/politik/ausland/islamistische-fundamentalisten-rufen-scharia-im-norden-malis-aus-a-825612.html> [13.10.2014].
- 4 Vgl. Cristiani, Dario / Fabiani, Riccardo (2013): The Malian Crisis and its Actors, in: *The International Spectator: Italian Journal of International Affairs*, 48/3, S. 78.
- 5 Vgl. International Crisis Group (2014): Mali: Reform or Relapse?, S. 1 f.
- 6 Vgl. Bryne, Heather / Englebert, Pierre (2014): Shifting Grounds for African Secessionism?, in: *Secessionism in Africa*, hrsg. von Jordi Tomas und Wolfgang Zeller, London: Palgrave, S. 2 ff.
- 7 Vgl. Englebert, Pierre (2002): Dismemberment and Suffocation. A Contribution to the Debate on African Boundaries, in: *Comparative Political Studies*, 35/10, S. 1095 f.
- 8 Vgl. Anderson, Benedict (2006 [1983]): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London / New York: Verso.
- 9 Vgl. Marx, Christoph (2010): Grenzen in Afrika als Last und Herausforderung, in: *Die Freiheit im Kopf. Ein Rückblick auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika*, hrsg. von Heinrich Böll Stiftung, Berlin, S. 1.
- 10 Vgl. Englebert (2002): S. 1095-1101.
- 11 Vgl. Bryne / Englebert (2014): S. 2 ff.
- 12 Vgl. Wegemund, Regina (2000): Die Tuareg in Mali und Niger. Rebellion einer Ethnie, vergleichbare Konfliktursachen, unterschiedlicher Verlauf, in: *Internationales Afrikaforum* Nr. 4, S. 379.
- 13 Vgl. Bøås, Morten / Torheim, Liv Elin (2013): The Trouble in Mali - Corruption, Collusion, Resistance, in: *Third World Quarterly* 34/7, 1280 f.
- 14 Vgl. Wegemund (2000): S. 380.
- 15 Vgl. Zounmenou, David (2013): The National Movement of the Liberation of Azawad Factor in the Mali Crisis, in: *African Security Review* 22/3, S. 169 f.
- 16 Vgl. Wing (2013): S. 478 ff.
- 17 Vgl. Zounmenou (2013): S. 168.
- 18 Vgl. Preuß, Hans Joachim (2013): Fragile Staatlichkeit in Afrika. Was kann Entwicklungszusammenarbeit leisten?, in: *Außen- und Sicherheitspolitik* 6.
- 19 Vgl. Hüsken, Thomas / Klute, Georg (2010): Emerging Forms of Power in two African Borderlands: A Theoretical and Empirical Research Outline, in: *Journal of Borderlands Studies* 25/2, S. 107-109.
- 20 Vgl. Darkwa, Linda (2011): The Challenge of Sub-regional Security in West Africa. The Case of the 2006 ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons. Discussion Paper 69, Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, S. 13 ff.
- 21 Vgl. Institute for Security Studies (2014): People's Perspective of Organized Crime in West Africa and the Sahel, S. 5, URL: <http://www.issafrica.org/uploads/Paper254.pdf> [13.10.2014].
- 22 Vgl. Darkwa (2011): S. 7 f.
- 23 Vgl. Bøås / Torheim (2013): S. 1282.
- 24 Vgl. International Crisis Group (2013): Niger: Another Weak Link in the Sahel. Africa Report 208, S. 9, 35 f.

- 25 Vgl. Cristiani / Fabiani (2013): S. 83.
- 26 Vgl. Zounmenou (2013): S. 170 f.
- 27 Vgl. Bøås / Torheim (2013): S. 1282 ff.
- 28 Vgl. Oullet, Eric / Lacroix-Leclair, Jérôme / Pahlavi, Pierre (2014): The Institutionalization of Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM), in: *Terrorism and Political Violence* 0, S. 14.
- 29 Vgl. International Crisis Group (2013): S. 9-13; 27 ff.
- 30 Vgl. Scheen, Tobias (2013): Unheilige Allianz, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung Online*, 11.01.2013, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/mali-unheilige-allianz-12022027.html> [13.10.2014].
- 31 Vgl. Ogbonnaya, Ufiem Maurice / Ogujiuba, Kanayo / Stiegler, Nancy (2014): Terrorism in Nigeria, in: *African Security Review* 23/2.

DIE REPUBLIK MOLDAU ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT – GRENZE ZWISCHEN OST UND WEST

DANIEL SEIBERLING||

„Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern ihnen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.“

Richard von Weizsäcker

Ländergrenzen sind historisch selten stabil. Geographische Barrieren helfen, manchmal sollen auch menschengemachte Hindernisse stabile Verhältnisse schaffen – wie die große Chinesische Mauer oder der römische Limes. Wie fruchtlos solche Versuche sind, hat die Geschichte wiederholt gezeigt. Verlässliche Vertragspartner, gute nachbarschaftliche Beziehungen, gemeinsame Interessenlagen und stabile geopolitische Rahmenbedingungen helfen da schon weiter. Wie sieht es in dieser Hinsicht an der Ostgrenze der Europäischen Union aus, genauer gesagt an den Grenzen der Republik Moldau?

Die osteuropäischen Freiheitsbestrebungen der späten 80er und frühen 90er Jahre sind beinahe schon Geschichte. Der zum Teil blutige Kampf um elementare Freiheitsrechte politischer und bürgerlicher Selbstbestimmung ist gewonnen, und die Normalität politischer Auseinandersetzungen ist eingeleitet. UdSSR und GUS haben sich überlebt, den Warschauer Pakt gibt es nicht mehr, die

NATO suchte bis vor kurzem noch nach neuen Aufgaben und einer Daseinsberechtigung in der neuen politischen Weltordnung. Anfang der 90er Jahre hatte Europa zwölf Mitgliedsländer, Rumänien und Bulgarien wurden 2007 Mitglieder Nr. 26 und 27. Die Republik Moldau und die Ukraine unterschreiben 2014 ein politisches Assoziierungsabkommen sowie das Handelsabkommen DCFTA (*Deep and Comprehensive Free Trade Area*) mit der Europäischen Union.

Bis vor kurzem war die Ostgrenze Europas in Medien und Stammtischen durch uninformierte Klischees definiert: Rumänien, vor allem bekannt für Hunderudel in Bukarest und den Export von Kleinkriminalität nach Europa, billige Arbeitskräfte sowie für zu wenig Engagement für Sinti und Roma. Moldau, bekannt für billigen Wein und den Export von gutem Kognak und noch billigeren Arbeitskräften, befindet sich auf dem Weg von einer unbedeutenden Sowjetrepublik zu einem unbedeutenden europäischen Nachbarland. Beide gemeinsam würden, so die Annahme, den europäischen Markt mit billigen Prostituierten überschwemmen, die denen aus der Ukraine das Geschäft verdürben. Die Ukraine ihrerseits wird, so oftmals die öffentliche Wahrnehmung, von immer seltsameren Präsidenten regiert, die sich gegenseitig vergiften oder verhaften. Trans-

nistrien kannte man, wenn überhaupt, als stalinistisches Freilichtmuseum, in dem mit dem Ende der Sowjetunion die Zeit stehen geblieben war.

Tatsächlich haben Rumänien und die Republik Moldau, ebenso wie die benachbarte Ukraine, aber enorme Erfolge in der Initiierung und zum Teil dem erfolgreichen Abschluss politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozesse erzielt. Selbst Transnistrien ist zumindest wirtschaftlich im 21. Jahrhundert angekommen, was der private Fahrzeugbestand sowie die schicken Supermärkte und Tankstellen des Quasi-Regierungskonzerns „Sheriff“ belegt.

Karte der Pridnjestrowischen Moldawischen Republik



Quelle: Infokart, URL <http://www.infokart.ru/karta-pridnestrovskoj-moldavskoj-respubliki/> [25.10.2014], Eigene Ergänzungen.

Eine Befreiung wird zum Konflikt

Die Republik Moldau ist ein kleines Land auf der politischen Karte – knapp größer als Belgien, es leben dort nur 3,5 Mio. Einwohner. Das Gebiet der heutigen Republik Moldau war jahrhundertlang intensiven sprachlichen, geographischen und kulturel-

len Entwicklungen ausgesetzt und lag häufig im Grenzbereich zwischen slawischen und lateinischen, europäischen und russischen und schließlich sowjetischen Einflüssen. Auch heute sieht sich die Republik Moldau mehrdimensionalen Herausforderungen gegenüber – der Frage nach Transnistrien im Inneren, der Frage nach der moldawisch-rumänischen Beziehung sowie der übergelagerten Frage nach einer Balance zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation nach außen. Zusätzlich erschwert die unsichere Zukunft der weiteren Entwicklung in der Ukraine die Lage im Land. Eine westlich orientierte und pro-europäische Ukraine kommt der Republik Moldau zugute, birgt aber Probleme für das Regime in Tiraspol – ein starker russischer Einfluss in der Ukraine fördert Transnistrien, erschwert der Republik Moldau aber die Regelung des Konfliktes mit der Regierung in Tiraspol.

Dabei zeigt ein kurzer Gang in die Geschichte dieser Region auch mögliche Gründe für die aktuellen Konfliktlinien auf.

Die heutige Republik Moldau liegt in einer geschichtlich und territorial überdurchschnittlich aktiven Region, die allerdings seit rund 100 Jahren im Schlagschatten der europäisch-russischen Beziehungen häufig übersehen wurde. Revolutionswirren, Besetzungen und Kriegstreiben führten seit Jahrhunderten zu ständigen Rückschlägen bei der Entwicklung einer souveränen moldawischen Staatlichkeit. Und auch in den 40 Jahren seit dem 2. Weltkrieg erlebte die Moldauer SSR das Schicksal vieler anderer Sowjetrepubliken: Terror, Deportationen, eine gezielte Marginalisierung der Titularnation und gesteuerte Zuwanderung von Russen und Ukrainern.

Wie in vielen anderen Bereichen zum unrühmlichen Ende der Sowjetunion gelang es der Regierung in Moskau nicht, den Druck, der sich in Jahrzehnten einseitiger und unausgeglichener Minderheiten- und Nationalitätenpolitik aufgestaut hatte, durch „Glasnost“ und „Perestroika“ auch nur annähernd

abzubauen. Noch als Moldauer SSR wurde in Kischinau im August 1989 das Gesetz über Moldauisch, i.e. Rumänisch, als offizielle Landessprache angenommen, was augenblicklich eine dramatische Verschärfung der seit Jahren schwelenden ethnischen Spannungen zwischen Russen, Moldauern und Ukrainern mit sich brachte. Insbesondere in Transnistrien und Gagausien machten ihrerseits nationalistische Bewegungen mobil, um den ihrer Meinung nach überzogenen moldawischen-rumänischen-lateinischen Tendenzen entgegenzuwirken. Nachdem ihnen die Forderung nach Autonomierechten versagt blieb, erklärten sich die Gebiete Gagausien und Transnistrien zu jeweils unabhängigen Einheiten.

Im sog. Transnistrien bestand die dortige Bevölkerung 1989 zu über 50 Prozent aus Russen und Ukrainern und zu knapp 40 Prozent aus Moldauern. Neben der hohen Konzentration von Industrieansiedlungen stellte sich vor allem die in Tiraspol stationierte 14. Russische Armee als entscheidender Faktor der weiteren Entwicklung heraus.¹

Es gibt aber auch Stimmen, die – vermutlich zu Recht – davon ausgehen, dass ethnische Spannungen in Transnistrien nicht alleine die Ursache für die Dynamik des Konfliktes sein können. Die kulturellen und nationalen Unterschiede von Moldauern und Russen/Ukrainern sind nicht derart tiefgreifend, dass hierin *alleine* der Grund für die Spannungen liegen könnte. Unter anderem gibt es keinen religiösen Konflikt, der – in anderen Fällen – die Konfrontation deutlich verschärft hatte. Trevor Waters weist nach, dass auf beiden Konfliktseiten Moldauer und Transnistrier gemeinsam gekämpft hatten, und sieht einen sehr viel stärker ausgeprägten politischen und wirtschaftlichen Hintergrund in der Transnistrienkrise.²

Die treibende Kraft hinter den Separationsbestrebungen waren demnach die Vertreter der sowjetischen Funktionseliten, die leitende Positionen in Politik und Wirtschaft innehatten und diese Privilegien nicht ohne

Weiteres aufgeben wollten. Wie in zahlreichen anderen Gebieten der Sowjetunion waren in Transnistrien im Umfeld der strategisch bedeutenden Schwer- und Rüstungsindustrie mächtige Seilschaften entstanden. Die Aussicht, die Kontrolle über die industriellen Ressourcen sowie die damit verbundene politische Macht und die materiellen Privilegien zu verlieren, veranlasste diese regionale Funktionselite zur Sezession. Die weitere Dynamik des Prozesses war allerdings nur möglich aufgrund ähnlich gelagerter Interessen der ansässigen russischsprachigen Stadtbevölkerung. Die permanente Mobilisierung der transnistrischen Bevölkerung durch organisierte Dauerstreiks und regelmäßige Referenden verlieh dem Konfrontationskurs einen demokratisch-legitimen Anschein, der die Sezession nach innen und gegenüber Moskau absicherte.³

Auch in der übrigen Moldau leben zahlreiche russischsprachige und russophile Bevölkerungsgruppen. Im Gegensatz zu der zentral gesteuerten Sezessionsbewegung in Transnistrien beschränkten sich diese Gruppen im weiteren Verlauf aber auf die Nutzung demokratischer und parlamentarischer Ansätze, um ihre Minderheitenrechte in der Republik Moldau einzufordern. Da die Fragestellung in Transnistrien aber weit über diese Minderheitenrechte hinausging, war die Führung dort zu wesentlich radikaleren Schritten bereit. Ebenso lebten zahlreiche Moldauer im Gebiet von Transnistrien – und die überwiegende Mehrheit blieb in diesem Gebiet, selbst als die Situation in intensive Kampfhandlungen umschlug. Denn auch diese moldawische Bevölkerung Transnistriens war primär an ihren Privilegien und dem materiellen Status interessiert, den ihnen das industrialisierte und sowjetisch geführte Gebiet jenseits des Nistru bislang gesichert hatte.⁴

Transnistrienkrieg und Waffenstillstand

Am 2. September 1990 wurde in der Volksdeputiertenkammer in Tiraspol die Pridnestrowische Moldawische Sowjetre-

publik PMR ausgerufen. Am 22. Dezember erklärte Moskau diese Entscheidung für nichtig. Nun war die Regierung in Kischinau gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die abtrünnigen Volksdeputierten in Tiraspol wieder „einzufangen“. Zwei Monate geschah aber nichts, was Transnistrien zu einer „nichtanerkannten Republik“ werden ließ, wie auch Abchasien, Süd-Ossetien, Nagorni-Karabach.

Am 27. August 1991 erklärte sich die Republik Moldau zum unabhängigen Staat. In der Unabhängigkeitserklärung wurde explizit auf den Molotow-Ribbentrop-Vertrag Bezug genommen, der für nichtig erklärt wurde und die daraufhin gegründete Moldauer Sozialistische Sowjetrepublik ebenfalls aufgelöst sei. Dies wurde aber von der transnistrischen Seite so interpretiert, dass die Vereinigung von Transnistrien, dem Gebiet zwischen dem linken Nistru-Ufer und der Ukraine, mit der Moldau SSR aus dem Jahre 1940 ebenfalls wieder aufgehoben sei. Die Republik Moldau konnte dieser Sichtweise allerdings nur wenig abgewinnen.⁵

Generell muss festgestellt werden, dass es von politischer Seite nur wenige Versuche gab, zu einer Deeskalation der Situation beizutragen und auch aus Kischinau der Dialog mit Tiraspol nur zögerlich gesucht wurde. Die Verhaftung des damaligen Staatschefs Transnistriens in Kiew durch moldawische Geheimpolizisten trug kaum zur Entspannung der Situation bei.

In dieser Situation – energische Aufrüstung auf beiden Seiten, eine politische Eskalation der gegenseitigen Beschuldigungen und dem Fehlen von erkennbarem Krisenmanagement oder vertrauensbildenden Maßnahmen – ist es nicht verwunderlich, dass die Auseinandersetzung letztlich mit Waffengewalt geführt wurde.

Der moldawische Präsident Mircea Snegur autorisierte Anfang März 1992 eine Militäraktion gegen PMR Milizen. Die lokalen Scharmützel entwickelten sich rasch zu um-

fangreichen Kampfhandlungen. Vor der Gefahr stehend, dass die stationierte 14. Russische Armee in einen lokalen Bürgerkrieg verwickelt werden könnte, dessen Konsequenzen militärisch und politisch verheerend sein könnten, schickte Moskau General Alexander Lebed nach Tiraspol. Nach wenigen Tagen gezielter Militäraktionen der russischen Armee wurde der militärische Konflikt am 3. Juli de facto beendet und ein Waffenstillstand am 21. Juni 1992 unterzeichnet. Geschätzt 1.000 Menschenleben und 3.000 Verwundete hat der Konflikt gefordert.⁶

Der Transnistrienkonflikt wurde mit dem Waffenstillstand zu einem „frozen conflict“ und ist es in seinem Kern bis heute geblieben. Die Vereinbarung sieht Friedenstruppen in einer gemeinsamen Kontrollkommission (Joint Control Commission JCC) vor, bestehend aus russischen, moldawischen und transnistrischen Truppen. Ebenso wurde die sog. „Sicherheitszone“ eingerichtet, ein demilitarisierter Landstreifen entlang dem rechten Nistru-Ufer, also eigentlich auf moldawischem Gebiet, der ebenfalls von der JCC überwacht wird.

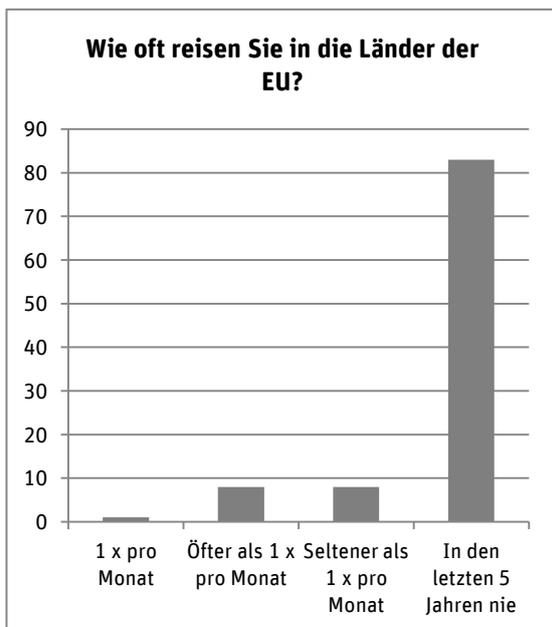
Die generelle demokratische Entwicklung der Republik Moldau, überzeugende Ansätze einer inklusiven Minderheitenpolitik sowie die weitgehend erfolgreiche Regelung des zweiten gageausischen Autonomiekonflikts, ließen Tiraspoler Vorwürfe einer drohenden „Romanisierung“ der Nicht-Moldauer seitdem zunehmend unglaubwürdig erscheinen.⁷

Demgegenüber entwickelte sich die „PMR“ immer mehr zu einem autoritären Regime, dessen Führer Igor Smirnow während seiner gesamten Amtszeit bis 2011 eine Einigung mit der moldawischen Regierung prinzipiell ablehnte. Die ursprünglich vielschichtigen Interessenslagen der Autonomiebewegung erstarrten zu einer Doktrin, die die Separation legitimieren und die autoritäre politische Ordnung stabilisieren sollte. Die Politik Tiraspols stützte sich auf Manipulationen im politischen Entschei-

dungsprozess sowie auf eine Verbindung von Medienkontrolle und gezielter Propaganda, die Assoziationen und Ängste, insbesondere der politisch mobilisierten älteren Bevölkerungsschichten, instrumentalisierte. Im Zentrum der Agitation stand dabei die angebliche Bedrohung der slawischen bzw. transnistrischen Bevölkerung durch Kischinau, Rumänien oder andere westliche Mächte.⁸

Moldau im Jahr 2014 – Gefangen im Spannungsfeld zwischen Russland und der EU

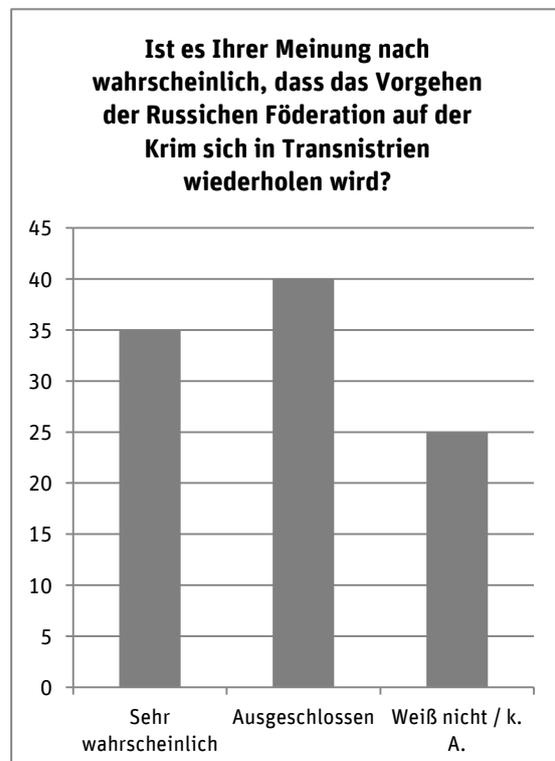
2014 hat die russische Annexion der Krim zu einer dramatisch verschlechterten sicherheitspolitischen Lage der gesamten östlichen Nachbarschaftsregion geführt. Die Republik Moldau sieht sich mit Grenzen zur Ukraine und der Region Transnistrien, die in die geopolitische Auseinandersetzung zwischen Russland und Europa einbezogen ist, unmittelbar hiervon betroffen. Diese Entwicklung überschattet sogar die Strahlkraft der Vereinbarung der Visaerleichterungen im Reiseverkehr mit der EU vom April 2014 und der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und des DCFTA mit der Europäischen Union.



Quelle: IPP Kischinau (2014): Barometer of Public Opinion, 03/04 2014.

Wie diese Statistik zeigt, ist der tatsächliche Nutzen der Visaerleichterung für die moldawische Bevölkerung überschaubar.⁹ Positiv verstanden wird aber die politische Geste, die dahinter steht. Moldau ist ein Thema und ein Partner für die EU, die in diesem Falle sogar deutlich auf Moldau zugeht.

Die Republik Moldau findet sich in einer vielschichtigen und komplexen politischen Situation wieder, die intern und extern, wirtschaftlich und geopolitisch, höchste Anforderungen an die Regierung in Kischinau stellt. Vor allem ist die Republik Moldau auch weiterhin darauf angewiesen, ihre Position zwischen Europa und Russland in einem immer wieder neu auszutarierenden Gleichgewicht zu halten. Bei den für den November 2014 geplanten Parlamentswahlen wird sich hierbei wiederum eine erneute Veränderung ergeben, auf die es für die Verantwortlichen zu reagieren gilt – gleichgültig, ob die derzeitige Regierungskoalition ihren begonnenen Reformweg weitergehen kann oder nicht.



Quelle: IPP Kischinau (2014): Barometer of Public Opinion, 03/04 2014.

Schon vor der Ukrainekrise war die politische Situation in der Republik Moldau angespannt. Russischer Druck, vor allem bei Wirtschaftssanktionen wie dem Importverbot von Wein und anderen Agrarprodukten spürbar, nahm zu. Die völkerrechtlich fragwürdige Vereinnahmung der Krim – und die wenig konsistente Reaktion des Westens hierauf – hat das Bedrohungsgefühl der moldawischen Bevölkerung weiter ansteigen lassen.

Im Februar 2014 führte die autonome Region Gagausien ein verfassungswidriges Referendum durch, bei dem die große Mehrzahl der Bevölkerung des Gebietes für den Anschluss an die russisch dominierte Eurasische Freihandelszone stimmte, und somit gegen den von der moldawischen Regierung vorgesehenen Beitritt in die Europäische Freihandelszone. Im April wandte sich die Regierung des de-facto-Regimes in Transnistrien mit der formalen Anfrage an Präsident Putin, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. Beide Angelegenheiten fanden in der russischen Presse großes Echo und wurden in den Medien und putinfreundlichen gesellschaftspolitischen Kreisen ausführlich diskutiert. Beide Initiativen blieben bislang ohne konkrete Folgen, sie unterstreichen aber die Existenz tiefgreifender ethnisch, sprachlich und weltanschaulich definierter Bruchlinien im moldawischen Staatsgefüge.

Diese setzten sich bis in die grundlegende Polarität der Republik Moldau in eine rumänischsprachige, tendenziell pro-europäische Bevölkerungsmehrheit (ca. 70 Prozent) und eine russischsprachige und ausgeprägt russischfreundliche Bevölkerungsgruppe um. Selbst ohne konkreten Anlass sind diese divergierenden Interessen für die moldawische Regierung nur schwer auszugleichen und verlangen eine sensible und ausgeglichene Politik der politischen Inklusion der nationalen Minderheiten. Nach dem geopolitischen Sündenfall der Neuzeit, der Annexion der Krim durch Russland, ist dieses Verhältnis aber auch zu einer Glau-

bensfrage über das weitere Schicksal des Landes geworden.

Die politischen Parteien der Republik Moldau müssen einerseits auf diese Tendenzen reagieren, setzen die Emotionen der Bevölkerung aber auch gezielt für ihre politischen Kampagnen für die kommenden Parlamentswahlen im Wahlkampf ein.

Während die derzeitige pro-europäische Regierungskoalition um Premierminister Leanca aus Liberaldemokratischer Partei, Demokratischer Partei und der Liberalen Partei zu Recht auf die Erfolge bei der Annäherung an Europa verweisen – insbesondere Visaerleichterung und DCFTA – und darauf drängen, den eingeschlagenen Weg beizubehalten, verweist der Führer der Kommunistischen Partei Voronin ebenso begründet auf die Notwendigkeit hin, die Beziehungen zu Russland zu pflegen und wirtschaftlichen und regionalen Realitäten Rechnung zu tragen.



Quelle: IPP Kischinau (2014): Barometer of Public Opinion, 03/04 2014.

Die Herausforderung für Moldau besteht nun insbesondere darin, diese beiden – inhaltlich berechtigten – Argumentationsli-

nien in ein Gleichgewicht zu bringen – und ein apodiktisches Entweder - Oder zu vermeiden.

Russland hat mit der Annexion der Krim hier wenig dazu beigetragen, einen Ausgleich zu suchen oder Räume zum Dialog zu schaffen. Zwar scheint die Annexion der Krim durch Russland den Kommunisten im Land Umfrageergebnissen zufolge tendenziell geschadet zu haben, dafür scheinen die verbleibenden kommunistischen Hardliner umso energischer ihre Überzeugung zu vertreten, dass die Zukunft des Landes bei Russland liege (und Russland möglicherweise auch in Moldau, über Transnistrien, entscheidenden Einfluss ausüben könne).

Die Republik Moldau hat im Rahmen der europäischen Nachbarschaftsprojekte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich hohe Unterstützungszahlungen erhalten. Die EU betont hier aber, dass wir uns nicht in einem geopolitischen Kräfterennen mit Russland befinden, und sieht die stärkere Bindung an Europa nicht im Widerspruch zu den moldawisch-russischen Beziehungen.¹⁰ Moderate Kräfte, wie der Parlamentspräsident Igor Korman, unterstreichen diese Position. Tatsächlich steht es der Republik Moldau weiterhin frei, im Rahmen der Welthandelsorganisation Handelsverträge mit Russland bzw. dem Eurasischen Zollverband auszuhandeln.

Eine entscheidende Frage des DCFTA ist die Position, die Transnistrien zu diesem Abkommen einnehmen wird. Bis Ende 2015 muss geklärt werden, ob Transnistrien dem Abkommen ebenfalls beitrifft – andernfalls wird es seine privilegierten Handelspräferenzen mit der EU verlieren, oder zumindest neu aushandeln müssen. Hierbei wird der Widerspruch zwischen den politischen und wirtschaftlichen Interessen in Transnistrien deutlich: rund 40 Prozent der Exporte aus Transnistrien gehen in die EU, ca. 30 Prozent in die Republik Moldau und nur rund 20 Prozent nach Russland.¹¹ Die Wirtschaftseli-

te des Landes sieht daher klar die Vorteile einer wirtschaftlichen Anbindung an Europa. Die politische Führung des Landes ist aber offenbar nicht in der Lage, den wirtschaftlichen Realitäten zu begegnen – daher die Anfrage an Russland, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. In der undurchsichtigen Führungsstruktur des Landes kann dies nur weitere Spannungen und Konflikte bedeuten.

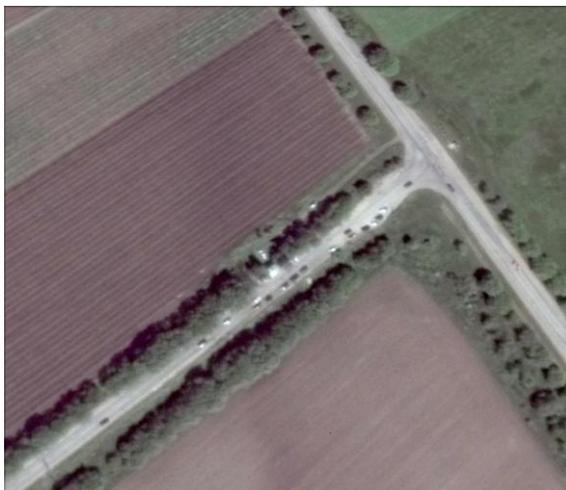
Nicht ohne Weiteres ist zu erklären, weshalb Russland an Transnistrien festhält, und mit einem enormen wirtschaftlichen Aufwand das Regime dort unterstützt. Ideologisch ist keine tiefe Verbundenheit zwischen Tiraspol und Moskau zu erkennen. Allerdings stellt die PMR bislang den einzigen erfolgreichen Sezessionsfall eines außerhalb Russlands gelegenen russisch geprägten Gebietes dar - möglicherweise ist das der Regierung in Moskau die langanhaltende und kostenintensive Unterstützung wert. Ob Transnistrien für Russland ein Experiment darstellt, wie eine isolierte Sowjetstruktur das 21. Jahrhundert erlebt hätte, ob es ein Verhandlungspfad für etwaige internationale Konflikte darstellt, oder einen Hebel für wirtschaftliche und politische Einflussnahme in der Region darstellen soll, kann nicht abschließend geklärt werden. Sicher ist aber, dass Moskau mit dem Verlauf und Status Quo Transnistriens im Reinen zu sein scheint – denn mit der Annexion der Krim, und vor allem der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, wiederholt sich eine Entwicklung, wie sie am Modell Moldau/Transnistrien durchlaufen wurde in größerem Maßstab mit dem Ukraine/Donetsk-Konflikt erneut.

Die innermoldawische Grenze

Die Grenze zwischen der Republik Moldau und Transnistrien (PMR) ist gleichzeitig eine reale Grenze und ein virtuelles Konstrukt. Real ist sie insbesondere für Bewohner der Republik Moldau, die Sie in Richtung Nistru passieren wollen – und für Ausländer, die sich nach Auftreten und Gebaren der

transnistrischen Grenzer unweigerlich an DDR Grenzübergänge erinnert fühlen. Die Republik Moldau sieht Bewohner des Gebietes als moldawische Staatsbürger an, und hat daher keine Veranlassung, auf kleineren Landstraßen gerade an dieser Kreuzung eine Polizeikontrolle zu errichten, nur weil dort zufällig ein transnistrischer Schlagbaum steht. Transnistrischen Grenzsoldaten, Wachhäuschen und Schreibstube steht also höchstens ein moldawischer Streifenwagen gegenüber, der wie zufällig hier patrouilliert.

Innermoldawischer Grenzübergang bei Cosnita



Die Grenze verläuft in der Bilddiagonalen – links liegt die Republik Moldau, rechts Transnistrien. In der Bildmitte liegt das Wachhäuschen und der Schlagbaum Transnistriens (PMR). Es gibt keinerlei Grenzmarkierungen oder –befestigungen auf den umliegenden Feldern. Quelle: Google Earth 2014.

Alle Bewohner Transnistriens können problemlos einen Pass der Republik Moldau beantragen, ebenso wie sie EU-konforme Nummernschilder der Republik Moldau an ihre Wagen schrauben. Damit können Sie unbehelligt durch die Republik Moldau fahren und im Genuss der moldawischen Visaerleichterung in die EU einreisen. Es gibt natürlich Pässe Transnistriens, und Nummernschilder und Fahrzeugpapiere – nur sind sie nirgendwo jenseits des Nistru anerkannt, in der Republik Moldau aber geduldet. Diese fast schon idyllische Absurdität trägt aber immer auch eine reale Bedrohung in sich. Mindestens ein Mensch ist an der

innermoldawischen Grenze bislang ums Leben gekommen und die Soldaten der Joint Control Commission sind schwer bewaffnet und ausgerüstet.

An diesen Kontrollpunkten, den Übergängen aus einer der innermoldawischen Grenze vorgelagerten Sicherheitszone in die Republik Moldau, wird möglicherweise am 01. Januar 2015 ein neues Kapitel im Transnistrienkonflikt eröffnet. Mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU und dem DCFTA wurde das labile Gleichgewicht zwischen der Republik Moldau und Transnistrien erneut in Bewegung gebracht. Transnistrien muss sich entscheiden, ob es bis zum Ende der Übergangszeit dem Handelsabkommen beitreten wird oder nicht. Wenn in Tiraspol die Entscheidung zugunsten der wirtschaftlichen Interessen des Landes getroffen wird, und man dem Abkommen beitrifft, verlagert sich das Problem in die tiraspoler–russischen Handelsbeziehungen. Wenn Transnistrien dem DCFTA aber nicht beitrifft, und damit auch seine alten Handelspräferenzen mit der EU verliere, wäre ein Handel mit Moldau und der EU selbstverständlich immer noch möglich. Dieser müsste aber eine Zollaußengrenze überqueren, und die innermoldawische Grenze würde von einer sicherheitspolitischen Absurdität zu einer durch die Republik Moldau qua europäischen Vertragswerks zu sichernden und kontrollierenden Grenze. Dadurch würde Transnistrien das erreichen, was bislang in 25 Jahren intensiven Anstrengungen nicht erreicht werden konnte: die Anerkennung als eine faktisch von der Republik Moldau unterscheidbaren und unterschiedlichen Region. Es ist durchaus möglich, dass diese verquere Logik den Machthabern in Tiraspol mehr Wert sein könnte als die Handelsbeziehungen mit Europa.

Transnistrien und Ukraine

In der vorherrschenden angespannten geopolitischen Lage wird die kleine Nachbarregion Transnistrien aus Kiew aufmerk-

sam beobachtet. Die notorisch durchlässige Grenze zu Transnistrien – de jure die Grenze zur Republik Moldau, aber in diesem Bereich de facto diejenige zu Transnistrien – könnte russischen Spezialeinheiten als Zugang in die Ukraine dienen. Der Schmuggel von Menschen und Waren würde an dieser Grenze kaum jemanden überraschen.

Der Grenzverkehr über und durch die Ukraine war der zentrale Versorgungsweg für Transnistrien. Angesichts der politischen Veränderungen in der Ukraine und den Spannungen mit Russland hat die Ukraine auch ihre „laissez-faire“ Position Transnistrien gegenüber revidiert. Vermutlich war und ist der Handel mit Transnistrien, und der Transit von Russland über die Ukraine nach Transnistrien, auch für den einen oder anderen ukrainischen Geschäftsmann in den vergangenen 25 Jahren ein gutes Geschäft gewesen.

Allerdings ist Transnistrien immer dann in den Blickpunkt ukrainischer Politik, und somit der Grenzschränker, geraten, wenn die ukrainische Position sich weg von Russland und stärker hin zu Europa orientiert hat.

Daher überrascht es wenig, dass die ukrainisch-transnistrischen Beziehungen derzeit unterkühlt sind. Transnistrien ist auf gutnachbarschaftliche Beziehungen mit der Ukraine angewiesen, aber die Handelsbeziehungen sind auch hier erschwert. Ebenso wie Moldau hat die Ukraine ein DCFTA mit der Europäischen Union unterzeichnet, was die Grenzkontrollen mit Transnistrien verschärfen wird, falls Tiraspol dem Abkommen nicht ebenfalls beitrifft. Ähnlich wie Moldauer Bewohner Transnistriens in der Regel auch rumänische Pässe haben, besitzen viele ukrainischstämmige Bewohner Transnistriens auch einen ukrainischen Pass.

Transnistrien sieht sich zunehmend isoliert – ob allerdings tatsächlich, wie von russischen Medien gemeldet wurde, seit dem 12. März ständigen Bewohnern von Transnistrien zwischen 17 und 65 Jahren die

Einreise in die Ukraine verweigert wird, scheint unwahrscheinlich.¹²

Falls sich die Situation zwischen der Ukraine und Russland weiter verschlechtert, wird Transnistrien stark darunter zu leiden haben. Der isolierte Insel-Status, auf dem Landweg weder von Russland noch den separatistischen Gebieten der Ostukraine zu erreichen, verbietet es Transnistrien de facto, allzu deutliche pro-russische Positionen zu beziehen, oder gar durch militärische oder geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Ukraine sich direkt an den Auseinandersetzungen zu beteiligen. Bei einer weiteren Eskalierung des Ukraine-Russland Konfliktes wäre theoretisch die Mobilisierung der Russischen 14. Armee in Tiraspol zur Unterstützung der Separatisten der Volksrepublik Donezk oder der Volksrepublik Lugansk gegen die Ukraine möglich – aber auch gegen diese Option spricht die Weite der ukrainischen Räume. Ohne geeignete Transport- oder Luftlandeeinrichtungen käme der Großteil der 14. Armee auf dem Landweg durch die Ukraine vermutlich nicht im „Föderativen Staat Neurußland“ an.

In all diesen hitzig geführten politischen Debatten ist es für Moldau wirtschaftlich und politisch überlebenswichtig, einen Ausgleich zwischen seinen EU- und russischen Beziehungen zu schaffen. In einem seltenen Versuch beruhigend zu wirken, sicherte der russische Außenminister Sergei Lawrow zu, Transnistrien nicht zu einem Interventionsportal für russischen Einfluss zu machen – so lange Moldau neutral bliebe.¹³ Dies wurde aber vor allem als Drohung gegen das Assoziierungsabkommen und das DCFTA aufgefasst – und beide Dokumente sind inzwischen von moldawischer Seite unterschrieben, die Neutralität Moldaus also aus russischer Sicht zu hinterfragen.

Allerdings ist die Frage der Neutralität der Republik Moldau interpretationsfähig. Der russische Verteidigungsminister Dmitri Rogozin sieht bereits mit dem EU-Assoziierungsabkommen diese Neutralität

klar kompromittiert, während die NATO auch im Rahmen der verfassungsmäßig festgeschriebenen Neutralität der Republik Moldau eine NATO-Partnerschaft durchaus begrüßt und hierin nicht zwangsläufig einen Antagonismus mit Russland sieht.¹⁴ Hierbei ist klar ersichtlich, dass die Sicherheitsdebatte unbedingt von der Debatte der europäischen Annäherung und wirtschaftlicher und politisch-normativer Verständigung entkoppelt werden muss.

Obwohl Russland mit der Annexion der Krim die Frage nach der Integrität der Grenzen moderner Staaten neu gestellt hat, kann weder in Transnistrien, noch in Gagausien, noch in Moldau selbst davon ausgegangen werden, dass es diesen Modus Operandi auch in anderen Gebieten anwenden wird. Die europäische öffentliche Aufmerksamkeit wurde eventuell viel zu lange auf andere Schauplätze des Weltgeschehens gerichtet: 9/11, Kampf gegen Terror, Afghanistan, Atomausstieg, etc. pp. Dass Europa an seiner Ostgrenze, oder besser: in den Ländern seiner Ostgrenze, in den Ländern der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft und in seinen Beziehungen zu Russland noch viel tun muss, um die Erfolge der frühen 90er Jahre nachhaltig zu konsolidieren, hat die Annexion der Krim durch Russland unter Putin drastisch zurück ins Bewusstsein gebracht.

|| Daniel Seiberling

Auslandsmitarbeiter Rumänien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Burian, Alexander (2011): Der Pridnestrowien-Konflikt und Perspektiven seiner Lösung, URL <http://ava.md/analytics-commentary/012138-pridnestrovskii-konflikti-perspektivi-ego-razresheniya-vzglyad-iz-kishineva>.html. [25.10.2014].
- 2 Vgl. Waters, Trevor (2003): Russische Friedenstruppen in Moldau, In: MacKinlay und Cross (2003): Das Paradoxon Russischer Friedenstruppen, Vereinte Nationen Universitätspresse, S. 132 – 155.
- 3 Vgl. Hübscher, Klemens (2005): Der Transnistrienkonflikt. OWEP 3/2005(466), S. 1.
- 4 Vgl. Tröbst, Stefan (2003): Wir sind Transnistrier! *AbImperio* 2003/1.
- 5 Vgl. Samsonow, Sergeij (ohne Datum): Der Molotow-Ribbentrop Pakt und das Recht Pridnestrowiens auf Unabhängigkeit, URL www.materik.ru/problem/detail.php?ID=10556&print=Y [25.10.2014].
- 6 Vgl. Perepelschitsa, G.N. (2010): Der Pridnestrowje Konflikt: Ursachen, Probleme und Prognose der Entwicklung, Schwarzmeer Nachrichten, URL <http://www.blackseanews.net/read/614> [25.10.2014].
- 7 Vgl. Zeranu, Anatol (2010): Die Evolution staatlicher Politik und Parteienplattformen in der Republik Moldau. IPP Kishinau, URL: http://www.ipp.md/public/files/Publicatii/2010/Taranu_pdf.pdf [25.10.2014].
- 8 Vgl. Mjalo, Xenia (2011): Pridnestrowe: 20 Jahre später. In: *Unsere Zeitung*, URL: <http://eot.su/smi/kolonka/pridnestrove-20-let-spustya> [25.10.2014].
- 9 Vgl. IPP Kischinau (2014): Barometer der öffentlichen Meinung, 03/04 2014.
- 10 Vgl. Nimzic-Arambasa, Michaela (2012): Alltag am östlichen Rand der EU, *Praxis Kultur- und Sozialgeographie* 54, S. 158.
- 11 Vgl. Tibrikan, Nicolae (2013): Gehen die Grenzen der EU bis an den Dnjestr?, URL: <http://www.voxeurop.eu/de/content/article/4137181-gehen-die-grenzen-der-eu-bis-den-djestr> [25.10.2014].
- 12 Vgl. Radio Stimme Russlands (2014): http://german.ruvr.ru/news/2014_07_26/Graben-Nr-2-Ukraine-will-sich-von-Transnistrien-abgrenzen-5413/ [25.10.2014].
- 13 Vgl. ORF (2014): Moskau stellt Bedingungen an Moldau, URL <http://orf.at/stories/2230246/> [25.10.2014].
- 14 Vgl. NATO News (2014): NATO und Moldau diskutieren darüber die Kooperation und den Dialog zu intensivieren, URL: http://www.nato.int/cps/ro/natohq/news_108028.htm?selectedLocale=en [25.10.2014].

VON DER UBIQUITÄT DES FEINDES – ZUR TRANSNATIONALEN STRATEGIE DES JIHADISMUS UND DEM KAMPF UM EINEN GRENZENLOSEN GOTTESSTAAT

JOCHEN LOBAH||

Mit Beginn der US-amerikanischen Militäroperation „Enduring Freedom“ am 7. Oktober 2001 hoffte die Welt, dass angesichts der drückenden militärischen Überlegenheit amerikanischer Streitkräfte die Tage der Mujaheddin und al-Qaida-Terroristen sowie des radikal-islamischen Talibanregimes, das die Einrichtung terroristischer Trainingscamps in Afghanistan unter der Führung von Usama bin Laden gebilligt hatte, gezählt seien. Stattdessen kontrollieren gegenwärtig tausende von Anhängern der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) ein Territorium in Teilen des im Zerfall begriffenen syrischen und irakischen Staatsgebietes, das fünfmal so groß ist wie der Libanon. Es soll den Beginn eines universalen islamischen Gottesstaates unter Führung des Kalifen Abu Bakr Al Baghdadi und ein neues islamisches Zeitalter markieren. Darüber hinaus haben sich im Zuge der anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen in muslimischen Staaten zahlreiche sunnitische Terrorgruppen in unterschiedlichen Regionen der Welt etabliert. Sie machen sich insbesondere das Machtvakuum „schwacher“ oder im „Scheitern“ begriffener Staaten zu eigen. Obgleich ihr Aktionsradius lokal oder

regional begrenzt ist, zielt ihre Strategie auf die reale, virtuelle oder potenzielle Etablierung einer transnationalen Gemeinschaft von Jihadisten (Mujaheddin) und „wahren Muslimen“ ab. Ein transnationales Kalifat soll die ausschließliche Einhaltung göttlicher Gesetze (Scharia) garantieren und die Abschaffung jedweder „menschengemachter“ Ideenlehren zur Gestaltung politischer Herrschaft und Partizipation gewährleisten: auch von Grenzen. Dieser transnationale und letztlich messianische Ansatz jihadistischer Ideologie ist klar aus den politischen Manifesten jihadistischer „Intellektueller“ herauszulesen. Mit dem „rooted cosmopolitan“¹ und dem jihadistischen Denker, Kämpfer, Fundraiser und Märtyrer Yusuf al-Uyairi hat der transnationale Jihadismus eine Galionsfigur, die nicht nur die jihadistische Ideologie konsequent zu Ende gedacht hat, sondern dessen im Internet veröffentlichte Pamphlete und Manifeste heute als theoretischer und praktischer Leitfadens transnationaler Jihadisten gilt. Die Gefahr und Entschlossenheit, die von dieser Bewegung ausgeht, werden anhand der Analysen al-Uyairis Schriften und seines Wegbereiters Seyyid Qutb evident.

Das Erbe Seyyid Qutbs: die politische Ideologisierung des Jihad und der Kampf gegen „menschengemachte“ Herrschaftsmodelle

Betrachtet man das Phänomen des Jihad, so wie es sich in den achtziger Jahren, insbesondere im Rahmen des Widerstandes gegen den russischen Einmarsch in Afghanistan und ausgehend von Abdallah Azzams Theorie und Praxis entwickelt hat, bestehen keinerlei Zweifel, dass Jihadisten den militärischen Kampf für die Etablierung eines genuin muslimischen Territoriums (*Dar al Islam*) als sechste Säule des Islam verstehen. Um die in dieser Zeit stattfindende Entwicklung des Jihad zum Jihadismus und damit die Überlegalisierung und radikale Politisierung des Jihad in seiner Genealogie erfassen zu können, kann man die Radikalisierungsgeschichte politischer Ideologien der 70er und 80er Jahre nicht außer Acht lassen. Während in Europa nationalistische und sozialistische Ideen eine Radikalisierung erfuhren, die sich in einer gewalttätigen politischen Praxis (RAF, Rote Brigade, Action directe und Ordine Nuovo (Italien)) niederschlug, erfuhr das Konzept des Jihad im Zuge der postkolonialen Neubestimmung und der sozioökonomischen Rückständigkeit muslimischer Völker gegenüber der westlichen Welt ebenfalls eine politisch-ideologische Neubestimmung. Insofern ist der Jihadismus, anders als der traditionelle Jihadbegriff, der deutlich defensiver und an politische Hierarchien gebunden ist, das Resultat politischer Ideologisierung der Moderne. Es ist daher keinesfalls verwunderlich, dass das wegbereitende Manifest für den zeitgenössischen Jihadismus von einem ägyptischen Intellektuellen stammt, der die Vorzüge der Moderne während eines mehrjährigen Studienaufenthaltes in den USA in Anspruch nahm und der seine literarische Karriere opferte, um zum Vordenker des modernen Jihadismus zu werden. Ausnahmslos alle jihadistischen Theoretiker, von Abdallah Azzam bis zu Yusuf al Uyairi und dem jüngst im Jemen getöteten US-amerikanischen Jihadisten und Übersetzer Uyairis, Anwar al Awlaki, sind von Seyyid

Qutbs Werk *Ma'alim fil`Tariq* (Milestones) nachhaltig beeinflusst worden. Der ägyptische Staat sah Qutbs Theorie eines sozialrevolutionären Islam als derart gefährlich an, dass er unter Gamal Abdel Nasser im August 1966 hingerichtet wurde.

Das Werk steht im Zeichen einer Überideologisierung und Radikalisierung genuin islamischer Prinzipien, die folglich mit Wucht auf die politische Ordnung und Ideen der Moderne treffen und die im weiteren Verlauf dem bewaffneten Kampf, d.h. dem Jihad, gegen diese „falschen“ Prinzipien der Moderne nicht nur Legitimation verleihen, sondern auch zur höchsten individuellen Pflicht eines Muslims erheben (*fard`ain*). So lehnt Qutb zunächst das Prinzip der Nationalstaatlichkeit als vom hegemonialen Westen aufgedrängte menschenunwürdige Ideenlehre ab. Für eine muslimische Gemeinschaft, die aus einem Solidarzusammenschluss menschlicher Geschöpfe auf der Grundlage der ihnen von ihrem Schöpfer übermittelten Gesetze besteht, ist die Idee eines Nationalstaates mit „menschengemachten“ Grenzen nach Qutbs Auffassung unhaltbar. Als Gottes Geschöpf findet der Muslim über die Befolgung der reinen Glaubenslehre auf der Grundlage der *salaḥ* und der Hingabe an Gott (Islam), die die Befolgung seiner Gesetze (Scharia) impliziert, zu seiner einzig möglichen „wahren“ Identität. Daher hat sich auch das Prinzip des national ausgerichteten Jihad, zur Befreiung eines muslimischen Territoriums, wie man es noch aus dem Widerstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht in Afghanistan kennt, relativ schnell und beeinflusst durch die Qutbisierung in ein radikal pan-islamisches Prinzip „weiterentwickelt“, das sich fraglos am Islam der Frühzeit (*salaḥ*) und der ersten vier rechtgeleiteten Kalifen orientiert.² Im Zentrum der qutbschen Ideen stehen die Etablierung eines universalen Gottesstaates und der Widerstand gegen die westliche Hegemonie, die sich auf eine liberal-materialistische Ideologie stützt und darüber hinaus durch die Ideenlehre der Demokratie subjektive Interessen (Wettbewerbspolitik) zu Leitlinien politischer Ordnungs-

vorstellungen erhebt. Legitimation erfährt dieses kämpferische Prinzip dabei durch Qutbs Argumentationslinie, dass alle „menschengemachten“ Systeme letztlich den Menschen zu Sklaven von Menschen machen und die Unvollkommenheit des menschlichen Verstandes die Quelle allen Unrechts bleiben müsse. Der Islam könne und dürfe zwar den Menschen den Glauben nicht aufzwingen, er allein müsse aber nach Qutb die Grundlage für „Freiheit“ bzw. die Befreiung des Menschen durch Umsetzung des göttlichen Willens und die strikte Befolgung der Scharia schaffen.³ Schon bei Seyyid Qutb, wie bei dem später wichtigsten Denker des transnationalen Jihadismus, dem Saudi Yusuf al Uyairi, besteht das Hindernis für die Implementierung eines Gottesstaates weniger in einem korrupten und unislamischen Herrscher vor Ort (*taghut*), der zum nahen Feind erkoren wird, sondern es liegt in der Hegemonie eines Systems begründet, das dem Islam in allen wesentlichen Prinzipien zuwiderläuft, aber durch seine wirtschaftliche und militärische Überlegenheit die Welt als herrschende Ideologie umspannt. Dieses „menschengemachte“ System, das Qutb abwechselnd als Materialismus, Liberalismus und Demokratie (Volkswillen) bezeichnet und den Menschen in seiner wesentlichen Daseinsbestimmung bedrohe, macht den Jihad aus seiner Sicht in höchstem Maße notwendig. Qutb bietet neben all den weltlichen Ideologien als Politikentwürfe weniger den Islam als solchen an, sondern eine Jihad-Ideologie als genuin muslimischen Lebensentwurfes in einer Epoche, in der das Wirken des göttlichen Gesetzes und die Möglichkeit ein gottgefälliges Leben zu führen durch eine Hegemonial-Ideologie und die Korruption des menschlichen Bewusstseins verhindert werde. Das Heil der Welt kommt für Qutb mit dem Jihad. Diese Ideologie wird Yusuf al-Uyairi später bis zu seinem Märtyrer-Tod in rhetorisch scharfsinniger und radikaler Weise sublimieren. Bereits Qutb bezeichnet Muslime, die den Jihad nüchtern betrachten, d.h. als Recht auf Verteidigung einer muslimischen Gesellschaft verstehen, als Apologeten, die sich den be-

trügerischen Fehlinterpretationen westlicher Orientalisten unterworfen hätten. Yusuf al Uyairi wird dieses Argument später aufnehmen und gleichermaßen radikal vertiefen, indem er alle muslimischen Gelehrten als herrschertreu und Marionetten der westlichen Ideologie diskreditiert. So ist auch Qutb schon in den sechziger Jahren der Meinung, dass es keinen oberflächlichen Frieden mit Nicht-Muslimen geben kann: Das *Dar al Islam* betrachtet er als globales Haus, das dem Schöpfer allein gehöre. Aus diesem totalitären Ansatz bezieht Qutb seine Aggressivität, mit der er dem Kampf gegen alle anderen Systeme unbedingte Legitimation abnötigt. Die klassische Frage nach muslimischem oder nicht-muslimischem Territorium ist für ihn eine bloße Scheinfrage. Paradoxerweise kann für Qutb Glaubens- und Gewissensfreiheit nur durch eine gewaltsame Etablierung eines islamischen Staates gewährleistet werden; alle anderen politischen Systeme oder Modelle des gesellschaftlichen Zusammenlebens betrachtet er als Barbarei und entsprechen dem vorislamischen Stadium der Ignoranz (*jahiliyya*):

„No political system or material power should put hindrances in the way of preaching Islam. It should leave every individual free to accept or reject it, and if someone wants to accept it, it should not prevent him or fight against him. If someone does this, then it is the duty of Islam to fight him until either he is killed or until he declares his submission.“⁴

Qutbs gesamtes Werk *Milestones* ist ein einziges Plädoyer des Jihadismus als sozialrevolutionäre Ideologie und Praxis. In seiner ideologisch aber auch praktisch ausgereifen Form tritt diese Art der Interpretation des Jihads jedoch erst zu Beginn der 90er Jahre auf und bildet sich nach dem Wegfall des sowjetischen Blocks im Zuge der globalen amerikanischen bzw. westlichen Hegemonie weiter aus. Sie scheint das mittelfristige Resultat der „Vernationalstaatlichung“ muslimischer Völker zum Ausgang des Kolonialismus zu sein. Historisch betrachtet konnte nur der legitime Herrscher der muslimischen Gemeinschaft (Führer der Gläubigen und weltlicher Herrscher) die Gläubigen

zum Jihad ausrufen. Die Herrscher moderner muslimischer Nationalstaaten besitzen nach Auffassung jihadistischer Theoretiker, deren wichtigster Vordenker Seyyid Qutb ist, als „säkulare“ Herrscher und Verbündete „säkularer“ Regime wie Kommunismus und Demokratie keine Herrschaftslegitimität für Muslime. Insofern hat sich ein stark ausgeprägtes sozialrevolutionäres Element herausgebildet, das anti-autoritär und anarchisch strukturiert ist. Der Kampf gegen die arabischen repressiven Regime, d.h. der Kampf gegen den nahen Feind, spielt daher auch in den *Milestones* zunächst eine wesentliche Rolle. Dieser Kampf gegen den nahen Feind wird aufgrund des hegemonialen Anspruchs „säkularer“ Regime und insbesondere im Zuge des ersten Golfkrieges und der Stationierung amerikanischer Truppen auf der arabischen Halbinsel zum Kampf gegen den fernen Feind weiterentwickelt. Forschungen zeigen, dass der Begriff Jihadismus im wissenschaftlich-journalistischen Mainstream erstmals in den Jahren 1999 und 2000 in der *New York Times* auftaucht. Die *Washington Post* verwendet ihn dagegen im Jahr 2002 zum ersten Mal.⁵ Diese partikulare Form des Jihad, nämlich als Form des totalen Krieges gegen den nahen und fernen Feind ist für Qutb die einzige Methode (*manhaj*), die dem Muslim bleibe, um Tyrannei zu bekämpfen und den Menschen von der Unterdrückung durch Menschen zu befreien und letztlich in seinem Dasein zu emanzipieren:

„This religion is really a declaration of man from servitude to other men and from servitude to his own desires, which is also a form of human servitude; it (Islam, A.d.V.) is a declaration that sovereignty belongs to God alone.“⁶

So findet man bereits in den *Milestones* das Leitmotiv des transnationalen und zeitgenössischen Jihadismus, ganz unabhängig von unterschiedlichen Jihad-Gruppierungen oder auch einer zunächst lokalen beschränkten Ausrichtung des Kampfes:

„The establishing of the dominion of God on earth, the abolishing of the dominion of man, the taking away of sovereign-

ty from the usurper to revert it to God, and the bringing about of the enforcement of the Divine Law (*Shari'ah*) cannot be achieved only through preaching.“⁷

Der Jihadist, Fundraiser und Jihad-Theoretiker Yusuf al-Uyairi hat die qutbschen Bausteine, gestärkt durch seine persönliche Erfahrung und sein globales Engagement, entsprechend weiterentwickelt, um dem Jihadismus einen letzten entscheidenden Impuls für den messianischen Endkampf zu verleihen, der laut al Uyairi, durch die Hegemonie der USA und des Westens mit seiner „verderblichen“ Hybris des Menschen von allen Seiten ins Bewusstsein ströme und die Menschen ins Verderben führe. Al-Uyairis Definition des Jihad ist kompromisslos und radikal: Der „heilige Krieg“ ist die einzige Bestimmung im Leben eines Muslims. Ein Krieg, der alle menschlichen Ideen zur Etablierung bestimmter politischer Systeme auslöscht und bekämpft, ganz unabhängig von den zeitlichen und wirtschaftlichen Umständen.⁸

Das Krieger-Dasein als Lifestyle und letzte Bestimmung: Al-Uyairis Transnationalisierung des Jihadismus

Nachdem die russischen Truppen und damit auch der „Unglaube“ aus Afghanistan vertrieben waren, lieferte ein Rechtsgutachten des obersten wahhabitischen Muftis in Saudi-Arabien im Jahre 1990 den letztendlichen Anstoß für die Gründung der al-Qaida. Das saudische Königshaus hatte sich angesichts der außenpolitischen Bedrohung durch das irakische Baath-Regime unter Saddam Hussein amerikanische Truppen zum Schutz seines Territoriums erbeten. Kein geringerer als der Großmufti Saudi-Arabiens, der salafistische Gelehrte Ibn Baz, erließ daraufhin ein Rechtsgutachten. Es sicherte dem saudischen Königshaus auch die offizielle Unterstützung seitens des religiösen ultra-konservativen Establishments bei der Stationierung amerikanischer Truppen im Land. Der Erlass dieses Rechtsgutachtens zog einen Riss durch das saudisch-religiöse Establishment nach sich, der zur

Bildung einer Oppositionsbewegung namens *Sahwa* durch die charismatischen und inzwischen weltweit bekannten Islamgelehrten Safar al Hawali und Anwar al Awda führte. Sie lehnten die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien dezidiert ab. Für diese Gruppierung empfand Yussuf al-Uyairi viel Sympathie, die er in entsprechenden Briefwechseln mit beiden bekundete. Nachdem sie zwischen 1993 und 1999 Haftstrafen verbüßten, mäßigten sie später ihre Positionen. Für al-Uyairi lag hier der Ausgangspunkt seiner Radikalisierung, nachdem er bereits zuvor im Kreise Bin Ladin Erfahrungen in der späten Phase des Afghanistankrieges gesammelt hatte. Al-Uyairi warf den gemäßigten Haltungen al-Hawalis und Awdas intellektuelle Resignation und eine Verfälschung islamischer Lehren, insbesondere im Hinblick auf die Interpretation des Jihad vor. In der Stationierung amerikanischer Truppen sah er den Beginn einer neuen Kolonialisierung des Nahen Ostens und Ausdruck US-amerikanischer und westlicher Hegemonie. In seinem ersten analytischen Werk *Tawajud al-Amrika fi al-jazira al-`Arabiyya: haqiqawaahdaf* (*The presence of America in the Arabian Peninsula: Truth and Goals*) versucht er alle amerikanischen und im weiteren Verlauf westlichen Interessen auf eine korrupte Hegemonialstrategie zurückzuführen, indem er sorgfältig Artikel und Beiträge in westlichen Medien wie FOX News und BBC analysiert. Daraus schließt er, dass im Zuge dieser Weltordnung lediglich militärische Macht für das Verhältnis von Hegemonialmacht und untergeordneten Ländern ausschlaggebend sei.⁹ In aller Schärfe und Entschiedenheit argumentiert er bereits in dieser frühen Phase seines Denkens, dass das gesamte westliche Konzept von Gerechtigkeit und Menschenrechten eine „wertlose Propaganda“ sei, die bloß der Implementierung westlicher Herrschaft über muslimische Völker diene. Daher lehnt er bereits in diesem ersten Werk entschieden jede Form von Demokratie und Politik des Volkswillens als gottlose Ideologie der „Unwissenheit“ (*jahiliyya*) ab. Sie widerpreche nicht nur

dem Konzept des *tawhid* (Glaube an die absolute transzendente Einheit Gottes) und der absoluten Souveränität Gottes, sondern diene in ihrer ausgeklügelten Rhetorik lediglich dazu, die islamische Welt politisch, wirtschaftlich und kulturell zu dominieren. Weitaus verwerflicher als die Hegemonialabsichten und die korrupte Rhetorik des Westens seien jedoch die „muslimischen Gelehrten“ (*Ulama*), die im Namen internationaler Beziehungen und mit Billigung ihrer in den Augen al-Uyairis illegitimen Herrscher diese Form des Neo-Kolonialismus auf allen Ebenen billigten. So kristallisiert sich die spätere Radikalität, mit der al-Uyairi von Muslimen ein Krieger-Lifestyle einfordert, bereits in dieser Frühschrift durch zahlreiche politische Forderungen heraus, die bei weitem an oppositionellem Esprit alles bis daher Bekannte in der Region übertrafen und in dessen Zuge er sich auch radikal von der *Sahwa*-Bewegung und von allen arabischen Institutionen distanzierte:

„To end this situation it is necessary for the Arab states to stop deceiving their people. It is necessary to dissolve the Arab League, the Gulf Cooperation Council, the Ministry of Foreign Affairs.“¹⁰

Im weiteren Verlauf bezeichnet er alle, die im Verhältnis mit dem Westen und dessen Lebensmodell auf Toleranz (*tasamuh*), Wirtschaftsbeziehungen (*taqrib*) und gegenseitige Wertschätzung und Verständnis (*tafahum*) setzen, als Heuchler (*munafiq*). Die lokalen despotischen Regime in der arabischen Welt kennzeichnet er als Götzendienen (*taghawit*), die allein die Phantasmen „Macht“ und „Herrschaft“ anbeten und durch westliche Gnade und Bevormundung an der Macht gehalten werden. In seiner umfassenden Polemik gegen die traditionellen muslimischen Religionsgelehrten ist er bestrebt, vier Missverständnisse im Hinblick auf den Jihad aufzuklären: dass der Jihad nur defensiv und nicht offensiv geführt werden dürfe, dass er nur erlaubt sei, um ein muslimisches Territorium freizukämpfen, dass er nur von einer Herrscher- oder Lehrautorität verkündet werden dürfe und dass

er in Zeiten des globalen friedlichen Zusammenlebens nicht mehr zeitgemäß sei:

„Unfortunately our scholars are spreading some of this misinformation about jihad. We understand Jihad from the Sahaba (Salaf/ earlier forefathers. A.d.V.) who were the product of Rasoolullah (of the Prophet Muhammad. A.d.V.) instead of reinterpreting it according to the Western discourse. Our heritage teaches us what Jihad means; we don't need to consult any non-Muslim or Muslim puppet.“¹¹

Aus al-Uyairis späteren Schriften *Thawabit a`la darb al-jihad* (Principles of Jihad), *Ida`at`ala tariq al jihad* (Illuminations on the road of jihad) und *Hukm al-jihad wa anwa`uhu* (The judgement of Jihad and its forms) wird vor allem deutlich, dass der Kampf auf lokaler Ebene stets in ein Verhältnis zum Universalen und hier zur reinen Glaubenslehre (*aqida*) der *salaf* gesetzt werden müsse. Daher kann für Uyairi der Jihad unter keinen Umständen lediglich ein lokal oder regional begrenzter sein, etwa um zunächst ein bestimmtes Territorium für Muslime wieder zurückzuerobern, sondern es müsse sich beim Jihad um einen Kampf handeln, dessen universale Dimension nie aus den Augen verloren werden dürfe. Der Kampf zwischen dem „Wahren“ und dem „Korrupten“, d.h. dem gottgefälligen Wesen des Menschen und dem gegen Gott aufbegehrenden Wesen des Menschen könne nicht bloß regional oder lokal ausgefochten werden. In diesem Sinne hat sich al-Uyairi, nicht zuletzt dank seines charismatischen und radikalen Schreibstils, seiner langjährigen Erfahrung als Jihadist und Fundraiser sowie seiner Gelehrsamkeit zum Chefideologen des transnationalen Jihadismus entwickelt. Er warnt unablässig davor, dass ein rein auf lokale Gegebenheiten geführter Kampf (Absetzung eines ungerechten bzw. unislamischen Herrschers oder Regierung) ohne Berücksichtigung der universalen und reinen Glaubenslehre des Islam (*aqida*) in seiner Intentionalität „getrübt“ werde und sein Ziel letztlich verfehlen müsse. Grenzen erkennt er nicht an, er agiert transnational. Jede Praxis (*manhaj*) müsse sich unter allen Umständen mit der reinen Glaubenslehre

des Islam decken, nur dann sei das Ziel einer *universal changing reality* (tatbiq) möglich:

„Working with the client government is therefore an infringement of the universal transnationalist revolutionary spirit.“¹²

Al-Uyairis Priorität, die sich gegenwärtig in den salafistisch-jihadistischen Aufständen in Syrien und im Irak widerspiegelt, zielt auf eine vollkommene Synthese von *changing reality* und der reinen universalen Glaubenslehre des Islam ab. Daher wirft er selbst den kritischen Salafi-Denkern der saudischen *Sahwa*-Bewegung Anpassung und Opportunismus in Bezug auf die politische Realität vor. Al-Uyairi erhebt den Jihad zur eigentlichen Bestimmung des muslimischen Daseins, er müsse „Way of life“ sein und die muslimische Gemeinschaft zu einer transnationalen Solidargemeinschaft aus muslimischen Kriegerern (*mujaheddin*) machen, denn der Kampf ist nach Uyairis Auffassung radikal eschatologischer und ontologischer Natur: Es geht ihm um nichts Geringeres als um das „wahre“ und „falsche“ Dasein des Menschen:

„Jihad will continue until the Day of Judgement. We will now bring evidence that Jihad is not dependent on a particular piece of land. **Jihad is global, it is not a local phenomenon. Jihad is not stopped by borders and barriers**; they cannot stand in the way of Jihad. Jihad does not recognize the colonial borders that were made in the countries in the past that were drawn by a ruler on the map. Jihad doesn't recognize those superficial borders. **Jihad must be a part of your life.**“¹³

Dieser Auszug aus Uyairis Werk *Constants on the path of Jihad* verdeutlicht auf unmissverständliche Weise die Intentionalität des modernen Jihadismus. Darüber hinaus macht al-Uyairi klar, dass dem Mujahed in Bezug auf die reine, unverfälschte Lehre des Islam zudem die höchste Form des Wissens zukomme, denn der Jihad selbst sei die Quelle für den größtmöglichen Wissenserwerb in Sachen der Religion. So gelange der Jihadist zum Wissen um die „wahre Realität“ (*ilm al waq*), die er sich

durch seine beständige Methode (*manhaj*) der *changing reality* und der praktischen Implementierung der reinen muslimischen Glaubensgrundsätze aneignet. Lediglich der Mujahed könne moralische Vollkommenheit (*ihsan*) beanspruchen, da er sich den Versuchungen der Welt wie das Streben nach Wohlstand, Macht und fiktiven Lebenszielen widersetze. Sie verfinsterten die „menschliche Norm“ (*fitra*) und korrumpieren den von Gott rein erschaffenen Wesenskern des Menschen:

„Morally, it is the ultimate test that one has not been tempted by wealth, political power, corruption (*fasad*), bribery (*rashwa*), innovation (*bid`a*) and associationism (*shirk*), all of which stand in a way of total submission to God, acquiring a pure intention (*niyya*) and the installation of a true Muslim society.“¹⁴

Uyairi etabliert hier eine Art Ubiquität des Feindes, den es auf lokaler wie transnationaler Ebene zu bekämpfen gilt. Auf lokaler Ebene seien es die korrupten Herrscher und die politische Klasse (*taghawut*), auf globaler Ebene die „Kreuzritter“ und „Zionisten“, die diese korrupten Herrscher muslimischen Völkern willkürlich vor die Nase setzen. Al-Uyairis messianische revolutionäre Praxis ist darüber hinaus darauf ausgerichtet, alle zu bekämpfen, die nicht gewillt sind, den Akt der Reinigung (*ablution*) zu einer ebenso reinen islamischen Praxis (*ihsan*) zu vollziehen. Seine Methode (*manhaj*) der revolutionären *changing reality* sieht die komplette Ausrottung des Bösen und Korrupten mit den Mitteln der Gewalt vor, denn andere Mittel, so Uyairi, gebe es nicht, wolle man aus diesem Kampf nicht als Verlierer hervorgehen:

„Finally, by participating in jihad the mujahid wipes away the humiliation (*madhillā*) and hypocrisy of the world, the corrupt international order based on man-made law which are in the interests of a new global imperialism.“¹⁵

Die revolutionäre Praxis leitet sich bei al-Uyairi direkt von der religiösen Erkenntnis ab und bezieht darüber ihren totalitären universalen Anspruch:

„Yusuf al-Uyairi is a good example of a contemporary jihadi who combined the Salafi terminology of tawhid, purification (*tazkiya*), and pure intention (*niyya*), with a sharp and ruthless analysis of reality, geared to the implementation (*tatbiq*) of a jihadi strategy, thus producing a Salafist activist concept of praxis that is comparable to Leninism.“¹⁶

Uyairis Schriften fordern von einem Muslim die Verwirklichung seiner höchsten Bestimmung, die einzig im Jihad liege. Dafür setzt er einen kompletten Identitätswechsel des Muslims voraus, insbesondere die Abgrenzung von einem nicht-muslimischem Umfeld sowie von seiner defätistischen Einstellung, die den durchschnittlichen Muslim permanent Kompromisse mit einer korrupten Gesellschaft, einem korrupten Machtapparat oder aber mit den Hegemonialmächten auf universaler Ebene eingehen lässt (z. B. durch Konsumgewohnheiten und die Imitation westlichen Lebensstils). In seiner Schrift *al-Riyada al badaniyya qabla al jihad* (Physical exercises before participating in jihad) deutet Uyairi an, dass der Muslim eine Kampf- und Tötungsmaschine gegen alle „Ungläubige“ und „Heuchler“ zu sein hat. Grundvoraussetzungen dafür seien ungebrochener Glaube und moralische Integrität im Kampf.¹⁷ Die Gefahr, die von al-Uyairis Schriften ausgeht und die inzwischen Kultstatus in der internationalen Jihadliteratur haben, wird deutlich, wenn man sich das Loblied auf die Taliban am Ende seines Manifests *Constants on the Path of Jihad* vergegenwärtigt:

„The Taliban have prepared strength in where other Muslims have failed to do, even though the Taliban knew the strength of their enemy. Nevertheless, they decided to enter into this war because they realized that victory is not based on what weapons you have, but it's based on the blessing of Allah.“¹⁸

Die kalte Intellektualität, Rationalität und Gelehrsamkeit, mit der al-Uyairi insbesondere in den drei oben genannten Werken seine Thesen darlegt, dürften, vor allem vor dem Hintergrund der immensen sozialen Disparitäten in der muslimischen Welt und wenig verheißungsvolle Zukunftsperspektiven für die Jugend, weiterhin junge Muslime

in ihren Bann ziehen. Der Nahostexperte Roel Meijer schildert die dauerhafte Gefahr, die vom Jihadismus ausgeht, im Schlusswort seiner al-Uyairi-Analyse folgendermaßen:

„It has the universal potential of combining „objective“ knowledge, higher goals, moral purity, the joining of a virtual (mit dem IS einer real-existierenden) community and self-sacrifice that appeal to a Muslim youth who feel alienated by the corruption of local rulers, the stagnation of local societies, discrimination in the West and the disastrous Western policies in the Middle East, Chechenya, the Philippines, Afghanistan and other regions where it is possible to mobilize Muslim indignation.“¹⁹

III. Die westliche Anti-Terror-Strategie als Antriebsmotor des Jihadismus

Das Werk *Milestones* von Seyyid Qutb sowie die Werke al-Uyairis verdeutlichen den messianischen und zutiefst eschatologischen Ansatz der transnationalen Jihadstrategie. Ziel ist die Etablierung eines Gottesstaates ohne die modernen „Götzen“ (*taghawut*): Grenzen (Nationalstaat, Interessengemeinschaft), Volkswille (Demokratie) und Materialismus (Hedonismus). Dieser universalistische Ansatz mit ubiquitärem Feindbild verleiht jihadistischen Gruppen äußerste Flexibilität im Hinblick auf ihre Handlungsstrategien. Sie können abwechselnd in westlichen Staaten agieren oder aber ein politisches Regime (naher Feind) auf lokaler oder regionaler Ebene bekämpfen. Das Beispiel des jihadistischen Aufstandes gegen das syrische Assad-Regime und gegen eine schiitische Hegemonie im Gebiet des arabischen Halbmondes konfrontiert die Staatengemeinschaft mit dem Phänomen einer Jihad-Migration neuen Ausmaßes, das bisher nur ungenügend erforscht ist und die westlichen wie auch noch „intakten“ Staatsgefüge der Region vor eine neue Dimension sicherheitspolitischer Herausforderungen stellt. In dieser Hinsicht verwenden die Medien in ihrer Berichterstattung über den IS gerne den Begriff eines mittelalterlichen Islam, doch diese Rhetorik scheint nur die Hilflosigkeit westlicher wie arabischer Staaten und deren Medienberichterstattung

angesichts dieses schwer zu kontrollierenden Phänomens zu charakterisieren. Die Rekrutierungs- und Inszenierungsstrategie des IS ist dagegen alles andere als mittelalterlich. Sie korrespondiert eher mit Anwar al-Awlakis Forderungen nach einem exzellenten Know-how im Hinblick auf die Nutzung neuer Technologien und sozialen Medien, um die Jihadideologie effektiv und nachhaltig zu verbreiten und dem Feind auch in Bezug auf Propaganda nicht das Feld zu überlassen.²⁰ Hinzu kommt, dass die Strategie des IS, nämlich ein Territorium zu etablieren, das schlicht als **der** islamische Staat bezeichnet wird, mit den bisherigen Aktionsmustern des islamistischen Terrorismus bricht. Eine solche Strategie war selbst der nomadischen Struktur al-Qaidas fremd. Für al-Qaida war und ist die Implementierung eines Kalifats, d.h. eines wahren islamischen Staates etwas, das erst in fernen Zeiten und nach Befreiung muslimischer Gesellschaften von nicht-muslimischen Praktiken und einer integralen gesamtgesellschaftlichen Hinwendung zum reinen Islam erreicht werden kann. Ein islamisches Staatsgefüge erlangt im Rahmen der al-Qaida-Strategie lediglich utopischen Charakter. Der messianische Charakter befindet sich sozusagen in Suspension. Darüber hinaus bekämpft der IS den nahen Feind (Assad-Regime, Schiiten), ein in seinen Augen unislamisches Regime, und den fernen Feind (westliche Staaten, US-Hegemonie) durch inszenierte Tötung seiner entführten Staatsbürger gleichermaßen. Diese Taktik zeigt, dass der IS in seiner Radikalität den nahen und den fernen Feind simultan in den Krieg einbezieht und die Unterscheidung des Feindbildes nahezu gegenstandslos wird. Westliche Staaten reagieren auf dieses Bedrohungsszenario weiterhin mit konventioneller Kriegsführung oder der Bewaffnung lokaler Gruppen, von welchen man sich militärische Erfolge gegen den IS und die Jihadisten verspricht. Diese Strategie hat nun jüngst dazu geführt, dass die USA den IS im Grunde „stellvertretend“ für das zu schwache syrische Assad-Regime bekämpft, das durch den IS paradoxerweise wieder

einen Legitimationsschub erhalten hat. Man kann sogar soweit gehen, den IS als im Sinne Assads engsten Verbündeten im Hinblick auf dessen Herrschaftslegitimität zu betrachten. Dies sind erstaunliche Wendungen in einem vor allem für den Westen völlig unüberschaubaren Krieg. Ob diese Strategie aufgeht, kann lediglich die Zukunft zeigen. So war auch nach den Freudenfeiern um die gefallene Statue Saddam Husseins im Zentrum Bagdads der Irakkrieg noch lange nicht beendet. Das Machtvakuum, das sich nach der 2003 erfolgten militärischen Vertreibung Saddam Husseins im Irak einstellte und zu einer systematischen Ausgrenzung ehemals sunnitischer Eliten führte, bildet einer der Gründe für die Etablierung des IS in der Region des arabischen Halbmondes. Letztlich haben sich die USA und ihre westlichen Verbündeten durch ihre außenpolitische Strategie ungewollt zu einem Verbündeten des iranischen Hegemonieanspruchs in der Region gemacht, der von Baschir al Assad und der libanesischen Hisbollah mitgetragen wird. Damit hat die westliche Allianz den Kampf um die Hegemonie in wirtschaftlicher und religiöser Hinsicht in der Region durch die beiden Giganten Iran und Saudi-Arabien nachhaltig befeuert. Die Entmachtung zweier sunnitischer Regime (Taliban, Saddam Hussein) hat den radikal-sunnitischen Widerstand und den Jihadismus in der Region weiter gestärkt und aufgebläht.²¹ Heute zeigt sich, dass eine konventionelle Kriegsführung, die zur Entmachtung autoritärer Regime führt, offenbar keine effektive Strategie darstellt, um das Phänomen Jihadismus in der Region und auf globaler Ebene einzudämmen. Vielmehr scheint das Phänomen durch die nachfolgend entstehende Anarchie in den von Stammesgesellschaften und – interessen geprägten Regionen des Nahen Ostens noch gestärkt zu werden. Die Entwicklung verlagert sich eher in die Richtung „Gottesstaat anstatt schwacher oder gescheiterter Staat.“ Nachdem man zwar 2001 al-Qaida in Afghanistan durch massive Luftangriffe und den Einsatz von Bodentruppen entscheidend schwächen konnte, sind es heute Gruppen

wie *Boko Haram*, *Al Shabab*, *AQIM*, *AQIP* sowie der IS in Syrien und im Irak, die sich im Verlauf der letzten Jahre zu eigenständig operierenden Jihadgruppen herausgebildet haben. Die offizielle Abspaltung des IS von al-Qaida zeigt, dass al-Qaida kein Alleinstellungsmerkmal mehr besitzt und auf globaler Ebene gar ein Konkurrenzkampf unter jihadistischen Gruppen entbrannt ist. Verschärft sich die Krise im Nahen Osten und den angrenzenden Regionen weiter, ist zu befürchten, dass im Zuge des Wettbewerbs weitere jihadistische Gruppen entstehen. Darüber hinaus kann es auch zu unerwarteten, neuen Bündnissen dieser Gruppierungen auf lokaler oder transnationaler Ebene kommen. Die globale Sicherheitslage wird dadurch über Jahre hinweg äußerst angespannt bleiben.

|| Dr. Jochen Lobah

Auslandsmitarbeiter Marokko

|| Ingrid Heidlmayr

Wissenschaftliche Assistentin Marokko

|| Carolin Dumler

Praktikantin, Marokko

ANMERKUNGEN

- 1 Meijer, Roel (2009): *Global Salafism. Islam`s New Religious Movement*. 2009. New York Columbia Press. S. 8.
- 2 Die Schriften von Qutb waren unter den Militärregimes (Nasser, Hafiz al Assad, Saddam Hussein) streng verboten und nicht zugänglich. Qutbs Ideen wurden, nachdem sich die muslimischen Länder im Zuge der 60er Jahre aus der Kolonialisierung befreiten, erst wieder durch die neuerliche Besetzung russischer Truppen aktuell So bezog sich Abdullah Azzam, der Widerstandsorganisator in Afghanistan, trotz seiner defensiveren Interpretation des Jihads immer wieder auf Qutb. Der Golfkonflikt und die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien in der 90er Jahren haben Qutbs Denken des Widerstands gegen den Neokolonialismus jedoch erst zur Blüte gebracht.
- 3 Vgl. Qutb, Seyyid (2001 Neuauflage): *Milestones*, S. 53-76.
- 4 Ebd. S. 57.
- 5 Vgl. Heghammer (2009): *Jihadi-Salafis or Revolutionaries*, In: Meijer, Roel (2009): *Global Salafism*. S. 246.
- 6 Qutb, Seyyid (2001 Neuauflage): S. 58.
- 7 Ebd.
- 8 Den saudischen Sicherheitsbeamten Nasir Al Othmani, der Yusuf al Uyairi getötet hatte, fand man wenige Wochen danach ermordet im Garten seines Landhauses in Al Qusaiah. Dies zeigt offenbar, wie hoch die Sympathie mit Al Uyairi im puristisch-wahhabitischen Saudi-Arabien war.
- 9 "In his critique of this form of globalization Uyairi concluded that neither alliances nor treaties are important; only power, and in final analysis, military power, defines the relations between hegemonic forces and subordinates countries." Meijer, Roel (2008): *Yusuf al-Uyairi and the Transnationalisation of Saudi Jihadism*, S. 231, In: Al Rashid, Madawi (2008): *Kingdom without Borders, Saudi Arabia`s Political, Religious and Media Frontiers*, New York Columbia University Press.
- 10 Meijer, Roel (2008).
- 11 Al-Uyairi, Yusuf (keine Angabe): *Constants on the Path of Jihad*, S. 16, URL <http://www.webcitation.org/queue?url=http://www.hoor-al-ayn.com/Books/constants.pdf&date=2011-03-16> [08.10.2014].
- 12 Meijer, Roel (2008): S. 233.
- 13 Al-Uyairi, Yusuf (keine Angabe): *Constants on the path of Jihad*, S. 33, URL <http://www.webcitation.org/queue?url=http://www.hoor-al-ayn.com/Books/constants.pdf&date=2011-03-16> [08.10.2014].
- 14 Meijer, Roel (2008): S. 235.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd. S. 25.
- 17 Vgl. Ebd. S. 26.
- 18 Al-Uyairi, Yusuf (keine Angabe).
- 19 Meijer, Roel (2008): S. 241.
- 20 Vgl. Al-Awlaki, Anwar (keine Angabe): *44 Ways to Support Jihad*. URL http://www.webcitation.org/queue?url=http://islamicemirate.com/E-Books/Jihad/44_Ways_of_Supporting.pdf&date=2011-03-16 [08.10.2014].
- 21 Über die übereilte Handlungsstrategie der USA nach 9/11, die zur gewaltsamen Entmachtung zweier sunnitischen Regime führten (Taliban, Irak) und damit die schiitische Achse Iran-Syrien-Hisbollah sowie indirekt das iranische Atomprogramm gefördert zu haben, schreibt der re-

nommierte amerikanische Nahostspezialist Thomas L. Friedmann am 2. September 2014 in der New York Times in seinem Beitrag mit dem Titel Ready, Aim, Fire. Not Fire, Ready, Aim. Er zeigt im Rahmen dieser Analyse auf, dass die Entstehung des IS ein Resultat des sunnitischen Machtvakuumms und einer fehlerhaften außenpolitischen Strategie der USA im Nahen Osten ist. Thomas L. Friedman merkt selbstkritisch an, dass er zum Zeitpunkt der Militäraktion Enduring Freedom in Afghanistan und des zweiten Golfkriegs dieser Strategie zustimmte, das sie aber aus heutiger Perspektive eine außenpolitische Fehlentscheidung erheblichen Maßes darstellt. Vgl. Friedmann, Thomas L. (2014): Ready, Aim, Fire. Not Fire, Ready, Aim, NYT 02.09.2014, URL http://www.nytimes.com/2014/09/03/opinion/thomas-friedman-what-are-we-really-dealing-with-in-isis.html?_r=0 [08.10.2014].



Islamischer Staat (IS)

Seit Juni 2014, zuvor **Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIL)** oder **Islamischer Staat im Irak und in Großsyrien (ISIS)**, International auch als **Da`isch (Dawla Islamiyya fi Iraq ual Scham)** bezeichnet.

Der im Irak und in Syrien aktive IS ist aus der 2005 von **Abu Mus'ab al-Zarqawi** gegründeten al-Qaida im Irak (AQI) hervorgegangen. Ein wesentliches Charakteristikum der AQI war das antischiitische Ressentiment und brutale Vorgehen gegen die schiitische Mehrheitsbevölkerung im Zuge der Entmachtung Saddam Husseins im Jahr 2003 durch amerikanische Truppen. Die brutale Gewalt gegen Schiiten wurde selbst durch Bin Ladens Stellvertreter Aiman az-Zawahiri in einem Brief an al Zarqawi verurteilt. Das antischiitische Ressentiment hat sich bis in die gegenwärtige Strategie des IS hinein erhalten und dürfte einer der Hauptgründe für den entschlossenen und rigorosen Kampf gegen ein in IS-Augen „abtrünniges schiitisches Regime“ (alawitische Assad-Regime) sein.

Der IS hat sich die Befreiung Großsyriens (bestehend aus Syrien, Libanon, Jordanien und Palästina), die Errichtung eines islamischen Weltreiches (Kalifat), die Einführung und Durchsetzung einer rudimentären Scharia und die Wiederherstellung der Einheit der islamischen Gemeinschaft (Umma) zum Ziel gesetzt. **Abu Bakr al-Baghdadi** ist seit Mai 2010 Anführer der IS und seit der Ausrufung des Kalifats am 29. Juni 2014 **Kalif des Islamischen Staates**, der sich derzeit auf Gebiete in Syrien und im Irak beschränkt.

Die Anzahl der IS-Kämpfer wird auf **20.000 bis 50.000** geschätzt, genaue Zahlen sind nicht bekannt. Inzwischen sind viele Kämpfer ehemalige sunnitische Mitglieder und Offiziere der irakischen Armee unter dem Baath-Partei-Regime von Saddam Hussein. Der Rückhalt unter den sunnitischen Bevölkerungsgruppen in Syrien und im Irak dürfte nach den vom Baath-Regime Assads verübten Massaker deutlich größer sein als westliche Medien es darstellen. Etwa 7.000 Kämpfer sollen aus dem Ausland (Angehörige 80 verschiedener Nationalitäten) stammen, davon vorwiegend aus Ländern des Maghreb, aus Tschetschenien und aus Osteuropa. Die Zahl der aus Nord- und Mitteleuropa stammenden Kämpfer wird auf ca. 2.000 geschätzt.

Der IS finanziert sich nach der Eroberung wichtiger Ölquellen durch Rohölschmuggel und systematische Erpressungen zumeist westlicher Geiseln. Bei der Plünderung der Zentralbank in der Stadt Mosul konnte der IS 429 Mio. US-Dollar erbeuten. Zudem sollen Privatpersonen der konservativen Golfmonarchien (allen voran Saudi-Arabien, aber auch Katar, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate) den Dschihad gegen das „alawitische Regime“ in Syrien finanzieren.

Der IS übernimmt immer mehr Funktionen eines Staates, u. a. die Erhebung von Steuern und Zöllen und die Aushändigung von eigenen Pässen in der Stadt Mosul. Außerdem verfügt er über eine eigene Fahne, eine Hymne, einen Geheim- und Informationsdienst und eine eigene Ratsversammlung verschiedener Exekutivorgane. Der IS inszeniert sich mit den Mitteln modernster Medien als äußerst brutal und radikal. Aufgrund seiner exzessiv-systematischen Gewaltanwendung ist der IS auch zum Gegner anderer dschihadistischer Organisation geworden, u. a. der Al-Nusra-Front und der salafistischen Kampfgruppe Ahrar as-sham. In seiner strategischen Vorgehensweise und der globalen Rekrutierung von Anhängern dürfte der IS jedoch allen anderen Terrororganisationen in der Region überlegen sein. Durch die Proklamation eines eigenen Territoriums hat der IS einen Paradigmenwechsel in Geschichte des islamischen Terrorismus eingeleitet. Die anvisierte Gemeinschaft „wahrer und unkorrupter Muslime“ wird nunmehr nicht mehr als virtuelles Ziel, sondern als real-existierende Gemeinschaft deklariert.

Die wichtigsten Ereignisse:

9. Juni 2014: Überraschungsangriff der ISIS: Mehrere irakische Städte, darunter Mosul, und Teile der Provinzen Anbar, Ninive, Diyala, Kirkuk und Salah ad-Din werden erobert

29. Juni 2014: Ausrufung des Kalifats und Umbenennung der Organisation in „Der Islamische Staat“ (IS) ohne territoriale Beschränkung; Abu Bakr al-Baghdadi ernannt sich zum Kalifen.

4. April 2014: Erste Freitagspredigt des „Kalifen Ibrahim“ (Abu Bakr al-Baghdadi) in der Nuri-Moschee von Mosul



al-Qaida

(arabisch: *al-qā'idah*); bedeutet „Fundament, Basis“

Die Ursprünge al-Qaidas lassen sich an den Anfang der neunziger Jahre zurückverfolgen. Sie setzte sich zu Beginn aus Überbleibseln arabischstämmiger Mujahedin zusammen, die über das 1984 von Abdallah Azzam und Usama Bin Laden gegründete Dienstleistungsbüro (maktab al khidamat) den Jihad gegen die sowjetische Besatzungsmacht in Afghanistan unterstützten. Der Kern der al-Qaida befindet sich in **Afghanistan und Pakistan**, sie verfügt aber über Zellen in mehr als **100 Ländern** weltweit und unterhält enge Ableger, insbesondere in Usbekistan, Somalia, Mali, Nordafrika, Ägypten, dem Irak, dem Jemen und auf den Philippinen. Enge Kooperationen bestehen auch mit afrikanischen Terrorgruppen, u. a. al-Shabaab.

Die al-Qaida ist eine wahhabitisch-salafistische Terrorgruppe mit dem Ziel, die globale Hegemonialmacht des Westens zu brechen und die Menschheit von „menschengemachten“ Ideenlehren und politischen Systemen zu befreien. Sie möchte ein universales Kalifat und die Implementierung der Scharia als alleingültiges Gesetz für die Menschheit.

Osama bin Laden war bis zu seinem Tod in 02.05.2011 Anführer der al-Qaida. Er gilt als ihr ideologischer Gründer, der die Ziele der Organisation festlegte. Nach seinem Tod übernahm sein langjähriger Stellvertreter, der ägyptische Kinderarzt **Ayman al-Zawahiri** die Führung.

Zu Beginn finanzierte Osama bin Laden die al-Qaida aus seinem Privatvermögen. Heute sind ihre Hauptfinanzierungsquellen Drogenschmuggel (Heroin aus Afghanistan) und private Geldgeber aus Kuwait, Saudi-Arabien und anderen islamischen Staaten, die mit der salafistisch-wahhabitischen Lehre der Organisation sympathisieren und ihre Ziele teilen.

Schätzungen zufolge besteht die Kernzelle aus weniger als **1.000** Mitgliedern. Die Anzahl aller Mitglieder (al-Qaida-Ableger inbegriffen), liegt bei mehreren 10.000 bis zu 100.000 Mitgliedern. Der Großteil der Kerngruppe befindet sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Bis ins Jahr 2000 arbeitete die al-Qaida eng mit den Taliban in Afghanistan zusammen.

Die bisher verheerendsten Angriffe:

12. Oktober 2000: Anschlag auf das US-Kriegsschiff „USS Cole“ (17 Tote)

11. September 2001: Anschlag auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington (2.996 Tote, 6.000 Verletzte)

15. November 2003: Angriff auf eine jüdische Synagoge, eine Bank und das britische Konsulat in Istanbul (67 Tote)

07. Juli 2005: Angriffe auf die Londoner U-Bahn (56 Tote)



al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP)

Die AQAP ist vorwiegend im Jemen und in Saudi-Arabien aktiv, führte aber auch Anschläge im Irak sowie in Afghanistan, Nahr al-Bared (Libanon) und Palästina durch. Sie entstand 2009 aus einem Zusammenschluss der al-Qaida im Jemen und der al-Qaida in Saudi-Arabien.

Für die AQAP gilt die al-Qaida als ideologisches Fundament, sie ist von Osama bin Ladens Fatwa (90er Jahre), alle Ungläubigen von der arabischen Halbinsel zu vertreiben, inspiriert. Die Bezeichnung „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ wurde erstmals von **Yusuf al-Uyari** (2003 getötet) verwendet, der zahlreiche populäre Jihad-Manifeste im Internet veröffentlicht hat und vielen Jihadisten noch vor Usama bin Laden als ideologische Leitfigur dient.

Ziel der AQAP ist der Sturz des saudischen Königshauses, die Errichtung eines islamischen Kalifats auf der arabischen Halbinsel, die Destabilisierung der jemenitischen Regierung in Verbindung mit einer Marginalisierung von Schiiten und Houthis im Jemen und die Bekämpfung der wachsenden Präsenz der USA und des westlichen Einflusses im Nahen Osten.

Der Anführer der AQAP ist derzeit **Nasir al-Wuhayshi**, ehemaliger Leibwächter Osama Bin Ladens in Afghanistan. Die Anzahl ihrer Mitglieder wird auf 1.000 geschätzt, bestehend aus Jemeniten (56 Prozent), Saudi-Arabern (37 Prozent) und Angehörigen anderer Nationalitäten (7 Prozent)

Die AQAP wird von Spenden wohlhabender Personen aus Saudi-Arabien und durch kriminelle Aktivitäten (Entführungen, Drogenschmuggel, Bankraub) finanziert.

Die bisher verheerendsten Angriffe:

7. Dezember 2004: Angriff auf das US-Konsulat in Dscheddah, Saudi-Arabien (9 Tote)

2006: 23 Mitglieder der al-Qaida im Jemen können sich aus einem Gefängnis in Jemen befreien

17. September 2008: Angriff auf die US-Botschaft in Sanaa/Jemen (11 Tote)

12. Juni 2009: Entführung von neun Ausländern außerhalb der Stadt Saada (zwei der drei Todesopfer sind deutsche Staatsbürger)

August 2009: Fehlgeschlagenes Attentat auf den saudischen Innenminister, Prinz Mohammed bin Nayef



al-Qaida im islamischen Mahgreb (AQIM)

(arabisch: *Tanzim al-Qaida fi Bilad al-Magrib al-Islami*)

Die AQIM wurde am **25. Januar 2007** gegründet und war zuvor als „**Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf**“ (**GSPC**), die am Ende des algerischen Bürgerkrieges von Hassan Hattab gegründet wurde, aktiv. Die AQIM-Führung hat ihren Sitz in **Nord-Algerien**, verfügt über eine territoriale Basis im Norden Malis und ist vermehrt in der Sahelzone (Mali, Mauretanien, Niger) aktiv. Seit 2011 operiert sie auch in Libyen.

AQIM ist eine algerische Terrororganisation nach qutbistischer Auslegung des salafistischen Islams und unterhält enge Beziehungen zur **Libyschen Islamischen Kampfgruppe** (LIFG), Boko Haram, Ansar al-Dine und der Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO).

Ihr Ziel ist es, die nordafrikanischen Länder von westlichem Einfluss zu befreien, bestehende Regime (Algerien, Mali, Marokko, Mauretanien, Libyen, Tunesien) zu stürzen und einen islamischen Staat auf der Grundlage der Scharia zu errichten. Die AQIM verübt Anschläge vor allem auf algerische Regierungsgebäude, westliche Interessen in Algerien, Mali, Mauretanien und Niger und seit der französischen Intervention in Mali 2013 auch Anschläge auf französische Ziele.

Abdelmalek Droukdel, alias Abou Moussab Abdelwadoud, ist Anführer der AQIM, deren Mitgliederzahl auf **500 bis 800** geschätzt wird.

Die AQIM finanziert sich vorwiegend durch Lösegelder von Geiselnahmen und Waffen-, Auto-, Personen- und Zigarettenschmuggel.

Die bisher verheerendsten Angriffe:

11. April 2007: Autobombenangriffe in Algerien (33 Tote)

11. Dezember 2007: Angriffe auf den algerischen Verfassungsrat und das Büro der Vereinten Nationen in Alger (41 Tote)

28. April 2011: Attentat auf das überwiegend von westlichen Touristen frequentierte Café Argana im Zentrum Marrakeschs (16 Tote)

11. September 2012: Beteiligung an einem Angriff auf das US-Konsulat in Bengasi, bei dem der US-Botschafter in Libyen, Christopher Stevens, getötet wird

2. November 2013: Ermordung zweier französischer Journalisten (Ghislaine Dupont und Claude Verlon) in Mali



Al-Nusra-Front

(arabisch: *Jabhat al-Nusra*); bedeutet „Unterstützerfront für das syrische Volk“

Die Al-Nusra-Front ist ein Ableger der al-Qaida im Irak, der **2011 von Abu Bakr al-Baghdadi** gegründet wurde und ausschließlich in **Syrien** aktiv ist. 2013 kam es zu einem Bruch zwischen der Al-Nusra-Front und der al-Qaida im Irak, als der selbsternannte Kalif **Abu Bakr al-Baghdadi** den Zusammenschluss der Al-Nusra-Front mit der al-Qaida im Irak zur Organisation „Islamischer Staat in Irak und Syrien“ (ISIS) verkündete. Der Anführer der Al-Nusra-Front **Fatih Abu Mohammad al-Julani** lehnte einen Zusammenschluss ab und schwor dem Anführer der al-Qaida, Ayman al-Zawahiri, Treue. Einige Anhänger der al-Nusra-Front wechselten jedoch in der Folge zur ISIS.

Die Al-Nusra-Front, deren Mitgliederzahl auf **5.000 bis 6.000 Personen** geschätzt wird, wurde vor dem Bruch mit der al-Qaida im Irak vorwiegend von Geldern der al-Qaida im Irak unterhalten. Mittlerweile wird sie von ausländischen Spendengebern und der Übernahme und Verkauf von militärischer Ausrüstung der syrischen Armee finanziert. Ziel der Al-Nusra-Front ist die Bekämpfung des syrischen Regimes von Bashir al-Assad mit militärischen und terroristischen Mitteln, die Vertreibung von Schiiten und Christen aus der Region und die Errichtung eines islamischen Staates in Syrien.

Die bisher verheerendsten Angriffe:

26. Januar 2012: Anschlag auf einen Bus in Damaskus (26 Tote)

2014: Mehr als 3.000 Kämpfer der Al-Nusra-Front kommen bei Auseinandersetzungen mit der ISIS ums Leben

لا إله إلا الله



al-Shabaab

(arabisch: *harakat ash-shabaab al-mujahidin*); bedeutet „Bewegung der Mujahidin-Jugend“

Al-Shabaab ist eine **wahhabitisch beeinflusste islamistische Terrorgruppe**, die eng mit der Al-Qaida verbunden ist. Sie ist seit 2005 unter der Führung von **Ahmed Umar**, alias Abu Ubaidah, in **Somalia** aktiv. Seit 2009 bekennt sie sich offiziell zur al-Qaida. Ihr Ziel ist es, die somalische Regierung zu stürzen und in Mogadischu die Macht zu übernehmen sowie ein islamisches Emirat zu errichten.

Die Mitgliederanzahl wird auf **7.000 bis 9.000 Kämpfer** geschätzt, vorwiegend bestehend aus Somalis und Kämpfern aus ostafrikanischen Staaten (Kenia, Tansania, Uganda). Al-Shabaab wird hauptsächlich von ausländischen Geldgeber (somalische Diaspora), dem Staat Eritrea und durch Plünderungen und Raubüberfälle finanziert.

Die bisher verheerendsten Angriffe:

11. Juli 2010: Selbstmordattentat in der ugandischen Hauptstadt Kampala (74 Tote)

21. September 2013: Überfall auf ein Einkaufszentrum in der kenianischen Hauptstadt Nairobi (67 Tote)



Boko Haram

bedeutet „Westliche Bildung ist Sünde“;
(arabisch: *gamā'at ahl as-sunna li-d-da'wa wa-l-gihād*); bedeutet „Vereinigung der Sunniten für den Ruf zum Islam und den Dschihad“

Boko Haram ist eine in **Nord-Nigeria aktive salafistisch-dschihadistische Gruppierung**, die **2002** gegründet wurde. Seit 2010 ist **Abubakar Shekau** ihr Anführer.

Ihr Ziel ist es, die säkulare nigerianische Regierung zu stürzen und durch einen islamischen Staat basierend auf dem islamischen Recht zu ersetzen. Zudem versucht die Gruppierung korrupte muslimische Politiker im Norden des Landes abzusetzen, den Sicherheitsapparat und das Justizsystem zu schwächen und den westlichen Einfluss in der Region zu bekämpfen.

Die Anzahl der Mitglieder wird auf mehrere hundert bis zu wenige tausend geschätzt. Hauptsächlich werden junge Männer aus dem muslimisch geprägten Norden Nigerias rekrutiert, die sich aufgrund der wirtschaftlich schlechten Lage benachteiligt fühlen. Boko Haram wird vorwiegend von der al-Qaida im Maghreb (AQIM) finanziert und erwirtschaftet Gelder durch Entführungen, Raubüberfälle und Erpressungen.

Die bisher verheerendsten Angriffe:

26. August 2011: Anschlag auf das Büro der Vereinten Nationen in Abuja (23 Tote, 81 Verletzte)

14. April 2014: Massenentführung von 276 Schulkinder eines Internats in Chibok (Provinz Borno), Verhandlungen über die Freilassung von inhaftierten Mitgliedern der Boko Haram

UNSICHTBARE GRENZEN – DER KONFLIKT UM DAS SÜDCHINESISCHE MEER

Im Frühjahr 2014 kündigte die chinesische Regierung Probebohrungen im Südchinesischen Meer (im vietnamesischen Sprachgebrauch „Ostmeer“) an. Darauf folgte die provisorische Errichtung einer Ölbohrplattform unweit der Paracel-Inseln, die auch Vietnam zu seinem Hoheitsgebiet rechnet.

Als Reaktion entsandte Vietnam Schiffe des Küstenschutzes, die bei Annäherung an die Ölplattform von chinesischen Begleitschiffen gerammt oder mit Wasserkanonen beschossen wurden. Bei diesen paramilitärischen Zusammenstößen feuerte zwar keine Seite Schüsse ab und niemand hatte Tote zu beklagen, doch der Vorfall ist Beleg der seit 2009 zunehmenden Spannungen im Südchinesischen Meer.

Außerdem kam es nach Bekanntwerden des Zwischenfalls zu schweren anti-chinesischen Protesten in Vietnam. Dies ist an sich schon ungewöhnlich, da Demonstrationen in Vietnam eher selten vorkommen. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die vietnamesische Regierung die Proteste – zumindest anfangs – duldete. Erst nach gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen u.a. mehrere Hundert, vor allem chinesische Arbeiter ums Leben kamen, sah sich die Regierung zum Eingreifen gezwungen.¹ Dies verdeutlicht eindrucksvoll das Konfliktpotenzial, das in den derzeitigen Spannungen im Südchinesischen Meer steckt.



Quelle: APuZ 40-41/2014 (Südostasien): www.bpb.de/apuz.

Die Meeresregion ist sowohl in wirtschaftlicher als auch in geopolitischer Hinsicht von zentraler Bedeutung und damit von hohem Interesse für alle am Konflikt beteiligten Länder. Sie ist eine der wichtigsten Schifffahrts- und Handelsrouten und bietet reichhaltige Fischvorkommen, zudem werden hier umfangreiche Vorkommen an natürlichen Ressourcen wie Öl und Gas vermutet.²

Vietnam begründet seinen Gebietsanspruch für diese reiche Region neben einem historischen Anspruchsdenken vor allem mit der internationalen Regelung der 200-Meilenzone, die Teil des Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS - United Nations Convention on the Law of the Sea) ist, das sowohl Vietnam als auch China ratifizierten.³ Wie die Abbildung auf der vorhergehenden Seite verdeutlicht, liegt die chinesische Ölbohrplattform in der Nähe der Paracelsus-Inseln außerhalb der chinesischen, aber innerhalb der vietnamesischen ausschließlichen Wirtschaftszone.

Die Volksrepublik China beansprucht über 80 Prozent des Südchinesischen Meeres als nationales Territorium, wobei sich die Gebietsansprüche mit denen von Vietnam und den Philippinen sowie in geringerem Umfang von Malaysia und Brunei überschneiden. Die Grundlage Chinas ist die territoriale Ausdehnung zur Republikzeit, wie sie nach der Machtübernahme der Kommunistischen Partei 1949 kartografisch dokumentiert wurde. Dies ist auch der Grund, warum sich die Ansprüche der Volksrepublik grundsätzlich mit denen Taiwans decken.⁴ 2009 reichte China zur Untermauerung seiner Position bei den Vereinten Nationen eine entsprechende Karte ein, auf der die sogenannte Neun-Striche-Linie die chinesischen Ansprüche markiert, die teils bis in die durch das Internationale Seerechtsabkommen garantierten ausschließlichen Wirtschaftszone anderer Länder hineinreichen – im Fall der aktuellen Auseinandersetzung der von Vietnam. China hat dieses Abkommen 1996 – wie bereits erwähnt –

ratifiziert, hält aber an seinen historisch begründeten Ansprüchen fest.⁵

Doch wie kam es konkret zu dieser Konfliktsituation? Welche Historie steht dahinter, wie gestalten sich die Wahrnehmungsmuster und Rechtfertigungsmuster und welche Lösungsmöglichkeiten gibt es? Diese und weitere Fragen beantworten unsere Auslandsprojekte in China und Vietnam aus der jeweiligen Länderperspektive.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Gopalakrishnan, Raju (2014): Up to 21 dead, doctor says, as anti-China riots spread in Vietnam, URL <http://www.reuters.com/article/2014/05/15/us-vietnam-china-riots-casualties-idUSBREA4E03Y20140515> [26.09.2014].
- 2 Vgl. Will, Gerhard (2014): Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, S. 9, URL http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S10_wll.pdf [06.10.2014].
- 3 Vgl. United Nations Convention on the Law of the Sea, URL http://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/closindx.htm [26.09.2014].
- 4 Vgl. Guan, Jianqiang (2012): Zum rechtlichen Status der Neun-Striche-Linie [*Nanhai Jiudianxian de Falu Diwei Yanjiu*], in: International Review [*Guoji GuanCha*] 4/2012, S. 15-22.
- 5 Vgl. Chinas Diplomatische Note an die Vereinten Nationen (2009), URL http://www.un.org/depts/los/clcs_new/submissions_files/vnm37_09/chn_2009re_vnm.pdf [06.10.2014].

ZWISCHEN KONFRONTATION UND KOOPERATION: CHINAS AUSSENPOLITIK IM SÜDCHINESISCHEN MEER

KATJA DRINHAUSEN||

Ebenso wie die anderen Konfliktparteien hat China in den letzten Jahren seine Aktivitäten in den umstrittenen Gebieten intensiviert. Denn nach dem Völkergewohnheitsrecht ist bei widerstreitenden Gebietsansprüchen ausschlaggebend, wer die staatliche Kontrolle und zivile Nutzung des betreffenden Areals nachweisen kann. China bedient sich dabei einer Vielzahl an Maßnahmen: Die Volksrepublik stärkt einerseits ihre militärische Präsenz, baut aber auch paramilitärische Einheiten wie die Küstenwache und andere maritime Ordnungskräfte in hoher Geschwindigkeit aus. Fremde Fischerboote werden regelmäßig aufgebracht, während die eigenen immer weiter vordringen. Mit Expeditionen von Explorationsschiffen und der Platzierung von Bohrinseln werden wirtschaftliche Interessen gesichert. Zudem bringt der Tourismus eine steigende Zahl an Zivilisten in die umstrittenen Gewässer. Insgesamt ist eine Zunahme baulicher Aktivitäten zu verzeichnen, darunter militärische und zivile Außenposten. Ehemals unbewohnbare Inseln, Atolle und Riffe werden aufgeschüttet und vergrößert, sicher auch mit Blick darauf, dass ab einer bestimmten Größenordnung im Rahmen des Seerechtsübereinkommens Hoheitsrechte auf umliegende Gewässer geltend gemacht werden können. Darüber hinaus demonstriert man durch den Erlass von Gesetzen und Regulie-

rungen und der Einrichtung von Verwaltungszonen auch in legislativer Hinsicht seine Ansprüche. Dass China in den umstrittenen Gebieten meist nicht-militärische Ordnungskräfte einsetzt, festigt noch den Souveränitätsanspruch, da es sich somit formell um administrative Akte innerhalb der eigenen Grenzen handelt.¹

Das immer nachdrücklichere Verhalten Chinas sowie insbesondere die militärische Aufrüstung werden in der gesamten Region als beunruhigend empfunden. Nachdem sich China in den vergangenen Dekaden in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht als wichtigster Partner für die Länder Südostasiens etabliert hatte, vollzieht sich seit einigen Jahren wieder eine Hinwendung zu den Vereinigten Staaten, die 2011 ihre Refokussierung auf den Asien-Pazifik-Raum verkündeten und die Sicherung der Navigationsfreiheit im Südchinesischen Meer zum Anliegen von nationalem Interesse erklärten.² Die USA finden hier nicht nur alte Bündnispartner, sondern auch neue potentielle Verbündete wie beispielsweise Vietnam. Auch Japan, das ebenfalls in Gebietsstreitigkeiten mit China verwickelt ist, solidarisiert sich eher mit den Gegenspielern Pekings, hier insbesondere mit den Philippinen. Indien, neben China die größte Regionalmacht, bringt sich bislang noch nicht

politisch ein, kooperiert aber vor allem mit Vietnam bei der Erschließung von Ressourcen in umstrittenen Gewässern. So hat Chinas harsches Vorgehen seine außenpolitische Stellung geschwächt und das Land bis zu einem gewissen Grad in eine Außenseiterposition gedrängt, da es nicht mehr als gleichwertiger Partner, sondern als ambitionierte Großmacht wahrgenommen wird.

Alle Seiten betonen, keine Eskalation zu wollen, doch die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Bereits 1974 und 1988 kam es zwischen China und Vietnam, in den 1990er Jahren zwischen China und den Philippinen zu militärischen Auseinandersetzungen. Erschwerend kommt hinzu, dass hinter dem Vorgehen Chinas weniger eine Gesamtstrategie steht, sondern es sich tatsächlich um eine Vielzahl von Akteuren mit sich teils widersprechenden Interessen und Motiven handelt, die letztlich die Interaktion mit den Nachbarländern austragen. Das Militär und die anderen maritimen Ordnungskräfte streben danach, ihre Kapazitäten auszubauen und ihr Einflussgebiet zu erweitern. Hinzu kommen Lokalregierungen und staatliche Öl- und Gaskonzerne, die aus wirtschaftlichen Gründen die Erschließung der Meeresregion vorantreiben. Vor allem das Außenministerium hat innerhalb der politischen Strukturen nur begrenzte Einflussmöglichkeiten, so dass sich diplomatische Aussagen und tatsächliche Handlungen nicht immer decken. Dies hat zur Volatilität der Situation beigetragen, da das teils widersprüchliche Vorgehen die Zweifel der anderen Länder an Chinas Absichten verstärkt und aufgrund der mangelnden Koordination der Akteure immer die Gefahr eines Kontrollverlusts besteht.³

Die chinesische Wahrnehmung der Konflikte

Die Volksrepublik China wird in der internationalen Presse meist als treibende Kraft des Konflikts beschrieben, begleitet vom Vorwurf des Expansionismus. Die chinesische Sicht ist eine ganz andere. Die Situation im Südchinesischen Meer wird nicht

per se als Problematik von regionaler Tragweite wahrgenommen. Nach Ansicht der Regierung handelt es sich um einzelne Gebietsfragen, deren Klärung direkt zwischen China und den jeweiligen Ländern erfolgen sollte. Bemühungen der anderen Parteien, die Konflikte zu internationalisieren – sei es über den Verbund Südostasiatischer Staaten (ASEAN - Association of Southeast Asian Nations) oder die Vereinten Nationen – und eine multilaterale Lösung zu erzwingen, werden auf unbegründete Bedenken gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Chinas zurückgeführt. Dabei wirft man vor allem den Philippinen und Vietnam vor, die Situation durch die Einbindung der Vereinigten Staaten unnötig zu verkomplizieren. Durch ihr Vorgehen nähmen sie China und die USA gewissermaßen in Geiselhaft und drängten die Großmächte in Konfrontationen, die langfristig eine friedliche Entwicklung beeinträchtigen. China bezweifelt, dass die betreffenden Nachbarstaaten in der Überzeugung handeln, berechnete Ansprüche zu haben und einfordern zu können. Aus Sicht der Volksrepublik zielen sie vielmehr darauf ab, den Preis für die Durchsetzung der chinesischen Gebietsansprüche nach oben zu treiben und bestimmte Vorteile zu erzielen.⁴

Während insbesondere die Philippinen und Vietnam das Machtgebaren Chinas anklagen und sich ihrer Rechte gewaltsam beraubt sehen, ist die chinesische Regierung im Hinblick auf den eigenen Umgang mit den territorialen Auseinandersetzungen der Ansicht, stets Zurückhaltung und Kompromissbereitschaft an den Tag gelegt zu haben. Schließlich sei China bemüht, Gemeinsamkeiten zu finden und durch Zugeständnisse die Konflikte zu entschärfen. Man verweist hier darauf, dass China bei Anerkennung der chinesischen Ansprüche die gemeinsame Nutzung bestimmter Ressourcen anbietet. Nur werde das friedfertige Verhalten von den anderen Ländern nicht entsprechend honoriert. Die negativen Reaktionen der Nachbarstaaten werden geradezu als undankbar eingestuft, vor allem ange-

sichts der Tatsache, dass China für fast alle Länder der Region der wichtigste Investor und Handelspartner ist. Das kämpferische Vorgehen der kleinen Nachbarländer schreibt man dem Schutzmantel der USA zu, was zu der Überzeugung beiträgt, dass die Vereinigten Staaten die Konflikte instrumentalisieren, um ihre Vormachtstellung gegenüber China zu verteidigen. Kurz gesagt: Die widerstreitenden Gebietsansprüche wären durchaus lösbar, wenn sie nicht den Nachbarstaaten und anderen regionalen Mächten einen willkommenen Anlass bieten würden, eine Containment-Politik gegen China zu betreiben.⁵

Dabei rührt gerade die Annahme einer gezielten Eindämmung an alte Wunden. China sieht die Gebietsstreitigkeiten als Folge historischer Entwicklungen, wobei die Befürchtung besteht, in alte Verhaltensmuster zurückzufallen und erneut durch einen passiven, allein auf die Wahrung des Friedens ausgerichteten außenpolitischen Kurs die Stärke und Souveränität des Landes aufs Spiel zu setzen.⁶ In dieser Deutung der Situation spielt auch das Opfernarrativ hinein, das ein integraler Bestandteil der nationalen Identität des modernen China ist. Bis heute wird der westliche Imperialismus als Hauptursache für den langzeitigen Entwicklungsrückstand Chinas – vormals ein zivilisatorisch überlegenes Kaiserreich – gesehen. Dies wird mit dem Verweis darauf untermauert, dass der Volksrepublik nach dem 2. Weltkrieg selbst als eine der Siegermächte Teile des ehemals chinesischen Territoriums vorenthalten wurden. Lange Zeit habe man die eigenen Interessen nur unzureichend vertreten und damit eine Erwartungshaltung geprägt, die eine effektive Verteidigung der eigenen Ansprüche erschwert. Dies soll sich nun ändern.

Das heutige China strebt aus eigener Sicht nur danach, nach einer langen Zeit der relativen Schwäche möglichst gewaltfrei seinen angestammten Platz in der Welt zurückzuerlangen, inklusive seiner Hoheitsgebiete. Diese Eigenwahrnehmung spiegelt

sich auch in der offiziellen Rhetorik wider: Immer wieder wird staatlicherseits das Bild des friedlichen Aufstiegs Chinas beschworen. Wie auch Staatspräsident Xi Jinping mehrfach versicherte, steckt militärische Aggression nicht in den Genen der chinesischen Nation.⁷ Dies bedeutet aber nicht, dass man seine Ansprüche nicht konsequent verteidigen werde, wie an anderer Stelle betont wird. Stattdessen soll ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen dem Streben nach einer friedlicher Entwicklung und Beilegung von Konflikten sowie der Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität – zwei der sogenannten Kerninteressen Chinas, die es gegebenenfalls militärisch zu verteidigen gilt.⁸ Zunehmend wird dabei die außenpolitische Doktrin Deng Xiaopings, bei der Verfolgung seiner Ziele Zurückhaltung an den Tag zu legen, in Frage gestellt und neu interpretiert.⁹

Bei einem offensiveren Vorgehen in territorialen Konflikten kann die Regierung auf die Zustimmung der Bevölkerung zählen, für die keinerlei Zweifel besteht, dass alles Land und Wasser innerhalb der Neun-Striche-Linie Teil des chinesischen Territoriums ist. In der öffentlichen Wahrnehmung ist China der friedfertige, großzügige (und zudem überlegene) Nachbarstaat, der von den kleineren Anrainerländern unrechtmäßig angegriffen wird. Eine Unterstützung des Westens zugunsten der anderen Streitparteien wird als bewusste Eingrenzung Chinas interpretiert und löst zudem Erinnerungen an historische Demütigungen aus. Die relative Homogenität der öffentlichen Meinung ist auch der Tatsache zu verdanken, dass die Regierung den Mediendiskurs mittels der staatlichen Presse zu einem hohen Grad steuern kann. Doch der damit beschworene Nationalismus, der auch innenpolitischen Zielen der Einung und Machtlegitimation dient, ist ein zweischneidiges Schwert. Mit ihm geht ein neues Selbstbewusstsein als Großmacht einher und es herrscht wenig Verständnis dafür, dass die kleinen Nachbarländer sich nicht dem Willen Chinas fügen. Immer häufiger werden Rufe an die

Regierung laut, härtere Maßnahmen zu ergreifen und die Gebietsansprüche auch militärisch zu verteidigen. Kompromissvorschläge oder allzu diplomatische Aussagen des Außenministeriums handeln sich leicht den Vorwurf des Verrats nationaler Interessen ein.¹⁰

Somit setzt die öffentliche Meinung die Politik unter Zugzwang. Bemühungen anderer Länder, die territorialen Fragen über internationale Rechtsorgane zu klären, wie es beispielsweise die Philippinen derzeit versuchen, werden nicht nur von der Regierung, sondern insbesondere auch von der chinesischen Öffentlichkeit als nicht akzeptabel betrachtet, da diese Institutionen als westlich dominiert angesehen werden. Die chinesische Regierung erkennt deren Jurisdiktion nicht an und verweigert ihre Teilnahme an Prozessen, auch da man nicht glaubt, eine Entscheidung zuungunsten Chinas innenpolitisch durchsetzen zu können.¹¹ Dies macht nicht nur eine Klärung über internationale Gerichtsbarkeiten, sondern auch grundsätzliche Zugeständnisse Chinas quasi unmöglich.

Lösungsansätze und deren Grenzen

Die chinesische Regierung ist sich bewusst, dass die Situation im Südchinesischen Meer volatil ist. Immer wieder werden in Regierungskreisen Stimmen laut, dass mit der wachsenden Macht Chinas auch ein größerer Erklärungsbedarf hinsichtlich der eigenen Ansprüche und Handlungsabsichten einhergeht, um Bedenken bei den südostasiatischen Nachbarstaaten zu zerstreuen. Bestrebungen zur Verbesserung der politischen Beziehungen haben nur begrenzt Früchte getragen, wie sich an der Intensivierung der Spannungen in 2014 zeigt. Allerdings wurden auch praktische Schritte ergriffen. Der mangelnden Koordination der chinesischen Akteure im Südchinesischen Meer ist man teilweise begegnet, indem eine Reihe administrativer und exekutiver Handlungsträger 2013 unter der Staatlichen Seeaufsichtsbehörde (SOA) zusammengefasst

wurde.¹² Die schwache Position des Außenministeriums sowie der große Handlungsspielraum der anderen Akteure bleiben aber unverändert, was eine diplomatische Entschärfung der Konflikte weiterhin erschwert.

Angesichts der Tatsache, dass bilaterale Einigungen mit den jeweiligen Nachbarstaaten derzeit nicht wahrscheinlich sind, zeigt die Volksrepublik eine gewisse Akzeptanz für eine multilaterale Findung von Lösungsansätzen zur Entschärfung der Situation. Im Zentrum steht hier die Schaffung eines Verhaltenskodex für die Region und der Aufbau von Konfliktlösungsmechanismen im Rahmen der ASEAN – ein Projekt, das in der letzten Dekade immer wieder ins Stocken geraten war. Bedingung ist aber, dass China von Beginn an in die Ausgestaltung eingebunden wird und andere Mächte wie die USA und Japan außen vor bleiben. Die wiederholten Versicherungen, sich in Zukunft aktiver an Lösungen beteiligen zu wollen, sind Indikator dafür, dass die chinesische Regierung Handlungsbedarf sieht. Eine weitere Eskalation wäre dem Ansehen Chinas in der Region und in der Welt abträglich. Damit verbunden ist die Erkenntnis, dass die bisherige Vernachlässigung sicherheitspolitischer Zusammenarbeit sich negativ auf Chinas Chancen in einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen der Welt ausgewirkt hat.¹³

Nach wie vor steht für China die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung der Region an erster Stelle. Dies bildet auch die Grundlage des neuen Sicherheitskonzepts für Asien, welches die chinesische Regierung im Mai 2014 vorstellte. Wie Staatspräsident Xi Jinping erklärte, ist eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit die beste Basis zur Gewährleistung von Sicherheit.¹⁴ Eine auf den beiderseitigen Zugewinn ausgerichtete Kooperation steht auch im Mittelpunkt der Regionalstrategie Chinas für die kommende Dekade, wie sie im jüngsten Blue Book für den Asien-Pazifik Raum entworfen wird. China, schon jetzt der wichtigste Wachstumsfaktor der Region, möchte sein

Engagement noch ausbauen. Angestrebt werden umfangreiche chinesische Investitionen sowie die Schaffung einer pan-asiatischen Freihandelszone. 2014 wurde zum Jahr der chinesischen Wirtschaftsdiplomatie erklärt.¹⁵ Die Botschaft lautet, dass China einer der größten Nutznießer der Globalisierung ist und sich weiter konstruktiv einbringen will, insbesondere im asiatischen Raum. Mit Blick auf die USA wird erwartet, dass diese Chinas Position als führende Regionalmacht und sein Recht auf Entwicklung in Südostasien akzeptieren.¹⁶

China ist sich bewusst, dass es für seinen weiteren Aufstieg ein friedliches regionales Umfeld braucht. Insofern ist die Beilegung oder zumindest Eingrenzung von territorialen Auseinandersetzungen eine dringende Aufgabe. In Bezug auf das Südchinesische Meer stellt China die gemeinsame Nutzung in den Vordergrund. Die Navigationsfreiheit soll nicht eingeschränkt werden, vielmehr verspricht China die Schaffung einer „maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“.¹⁷ Voraussetzung ist natürlich die Anerkennung der chinesischen Hoheitsrechte. Unter diesem Vorzeichen bietet die Volksrepublik den anderen Parteien weiterhin die gemeinsame Erschließung eines Teils der Ressourcen in den umstrittenen Gebieten. Dies sei insofern die einzig sinnvolle Lösung, da den anderen Ländern die technischen Kapazitäten für eine eigenständige Erschließung der Bodenschätze fehlen. Mit dieser Taktik konnte China bei Malaysia und Brunei bereits gewisse Erfolge erzielen. Insgesamt handelt man in der Gewissheit, dass in den territorialen Konflikten die Zeit auf Chinas Seite ist, da es stetig an Stärke gewinnt. Nach Einschätzung der chinesischen Regierung könnte schon jetzt keine der Streitparteien in einer ernsthaften Auseinandersetzung gegen China bestehen, auch die USA würde letztlich wegen Gebietsansprüchen anderer keinen Krieg riskieren.¹⁸ Dementsprechend ist von der Volksrepublik kein Zurückstecken zu erwarten, sondern vielmehr ein noch nachdrücklicheres Vorgehen zur Durchsetzung der eigenen Interessen.

Für China gibt es nur einen Weg zur Lösung der territorialen Streitigkeiten: Die uneingeschränkte Anerkennung der chinesischen Gebietsansprüche. Im Gegenzug verspricht China Entwicklung und Wohlstand. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob dieses Angebot angenommen wird.

|| **Katja Drinhausen**

Projektmanagerin China, Projekt KOORD Peking

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Kreuzer, Peter (2014): Gefährliches Souveränitätsspiel im Südchinesischen Meer, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41/2014, S. 15-21.
- 2 Vgl. Clinton, Hillary (2011): America's Pacific Century, in: Foreign Policy, 11.10.2011, URL http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century [08.10.2014].
- 3 Vgl. International Crisis Group (2012): Stirring up the South China Sea (I), Asia Report Nr. 223, URL <http://www.crisisgroup.org/-/media/files/asia/north-east-asia/223-stirring-up-the-south-china-sea-i.pdf> [20.09.2014].
- 4 Vgl. Zhou, Fangyin (2012): Entwicklungstendenzen im Südchinesischen Meer und Chinas strategische Optionen [*Nanhai Jushi Yanbian yu Zhongguo de Celue Xuanze*], in: Blue Book: Asia Pacific Development Report 2012, hrsg. von Chinese Academy of Social Sciences (CASS), S. 145-158; siehe z.B. Beiträge wie: Gao, Wang (2014): Vietnam eifert Verhalten der Philippinen nach und provoziert China im Südchinesischen Meer [*Yuenan Yu Fuzhi Feilubin Jingyan zai Nanhai Tiaoxin Zhongguo*], URL <http://military.people.com.cn/n/2014/0604/c1011-25100472.html> [09.10.2014].
- 5 Vgl. Ye, Hailin (2014): Wandelnde Intentionen der Akteure im Spannungsfeld Südchinesisches Meer und strategische Neuausrichtungen [*Nanhai Wenti Youguan Gefang de Yitu Bianhua ji Celue Zhuanhuan*], Blue Book: Asia Pacific Development Report 2014, hrsg. von CASS, S. 161-173.
- 6 Vgl. Zhou, Fangyin (2012), 145-158; Ye Hailin (2014).
- 7 Vgl. Guo, Junkui (2014): Eine Botschaft des Friedens: "Aggression liegt nicht in Genen der Chinesischen Nation" [*Zhonghua Minzu Meiyou Qinlv Taren de Jiyin shi Heping Xuanyan*], URL <http://cpc.people.com.cn/pinglun/n/2014/0516/c241220-25027090.html> [10.10.2014].
- 8 Vgl. Li, Xiangyang (2014): Rück- und Ausblick auf die Situation im Asien-Pazifik Raum 2013-2014 [*2013-2014 Nian Yatai Xingshi Huigu yu Zhanwang*], in: Blue Book: Asia Pacific Development Report 2014, CASS, S. 11.
- 9 Vgl. Deng, Chenxi (2014): Xi Jinpings außenpolitisches Konzept stellt tatkräftiges Vorgehen und Ergreifen von Gelegenheiten in Vordergrund [*Xi Jinping Waijiao Linian Qiangdiao Fenfa You Wei Shunshi Er Wei*], China Radio International, URL <http://gb.cri.cn/42071/2014/10/13/7371s4725167.htm> [14.10.2014].
- 10 Als Beispiel siehe hier nachstehende Diskussion in dem Onlineforum Tiexue zum Thema „Außenministerium sagt, dass China nicht das gesamte Südchinesische Meer beansprucht“, URL http://bbs.tiexue.net/post_5729050_1.html [10.10.2014].
- 11 Vgl. Liu, Kun (2014): Philippinen sind an der falschen Adresse, um China zu verklagen [*Fei Zhuanggao Zhongguo huo Qiao Cuo Men*], in: Global Times, 1.4.2014, URL <http://mil.huanqiu.com/observation/2014-04/4944316.html> [09.10.2014].
- 12 Vgl. Erickson, Andrew / Collins, Gabe (2013): New Fleet on the Block: China's Coast Guard Comes Together, Wall Street Journal, 11.03.2013, URL <http://blogs.wsj.com/chinarealtime/2013/03/11/new-fleet-on-the-block-chinas-coast-guard-comes-together/> [26.09.2014].
- 13 Vgl. Li, Xiangyang (2014), S. 11.
- 14 Vgl. Ren, Jingjing (2014): Eine Analyse der außenpolitischen Strategie Xi Jinpings: Das Sicherheitskonzept für Asien [*Xi Jinping Waijiao Zhanlüe Jiedu: Yazhou Anquanguan*], China Daily, 08.10.2014, URL http://world.chinadaily.com.cn/2014-10/08/content_18705747.htm [09.10.2014].
- 15 Vgl. China will Wirtschaftsdiplomatie ausweiten und vertiefen, China.org, 28.12.2013, URL http://german.china.org.cn/business/txt/2013-12/28/content_3103146.htm [10.10.2014].
- 16 Vgl. Zhang, Jie (2014): Zur Sicherheitslage in Chinas regionalem Umfeld in den kommenden 5-10 Jahren [*Weilai 5-10 Nian Zhongguo de Zhoubian Anquan Huanjing*], in: Blue Book: Asia Pacific Development Report 2014, hrsg. von CASS, S. 54-64.
- 17 Vgl. Lin, Hongyu (2014): Zur strategischen Bedeutung der "maritimen Seidenstrasse" im internationalen Kontext [*Haishang Shichouzhilu" Guoji Zhanlv Yiyi Touxu*], 11.09.2014, URL <http://theory.people.com.cn/BIG5/n/2014/0911/c112848-25643717.html> [13.10.2014].
- 18 Vgl. Zhang, Jie (2014), S. 54-64; Ye, Hailin (2014).

VIETNAM UND CHINA – ZWEI UNGLEICHE BRÜDER IM STREIT

AXEL NEUBERT||

Historie

Trotz der ganz offensichtlichen Gemeinsamkeiten im politischen und wirtschaftlichen System ist das Verhältnis zwischen Vietnam und der VR China nicht unbelastet. Von den Vietnamesen wird oft die Erinnerung an die 1000-jährige chinesische Besetzung bis Ende des 10. Jahrhunderts bemüht, die in Geschichte und Kultur bis heute nachwirkt. Aber auch in der jüngeren Vergangenheit kam es immer wieder zu teilweise gewalttätigen Konflikten. In der Grenzregion beider Länder erfolgten bereits Anfang der 1970er Jahre wiederholt gegenseitige Grenzverletzungen. Der Konflikt eskalierte, als die VR China ihre Machtinteressen in Kambodscha, nach der Vertreibung des Pol Pot-Regimes, durch Vietnam gefährdet sah und eine an die ehemalige Sowjetunion gebundene Indochinaföderation befürchtete. Im Jahr 1974 kam es daraufhin erstmals zu blutigen Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer, als die VR China die Paracelsus-Inseln besetzte. Diese wurden bereits seinerzeit von mehreren Anrainerstaaten beansprucht. Eine direkte militärische Auseinandersetzung zwischen Vietnam und der VR China war die Folge. Der chinesisch-vietnamesische Krieg forderte im Jahr 1979 auf beiden Seiten hohe Verluste und ist im Bewusstsein der vietnamesischen Bevölkerung bis heute sehr präsent. Das letzte militärische Aufeinandertreffen in dieser Region

ereignete sich 1988 bei einem kurzen Gefecht in der Nähe der Spratly-Inseln. Obwohl in Folge direkte militärische Auseinandersetzungen ausblieben, kam es zu weiteren Zwischenfällen: So zertrennten im Jahr 2011 chinesische Boote Kabel vietnamesischer Vermessungsschiffe. Im Jahr 2012 errichtete China auf einer Insel, die zur Paracel-Gruppe gehört, die sogenannte „Sansha Präfektur“, um seine Gebietsansprüche zu verdeutlichen.¹

Der aktuelle Grenzkonflikt ist damit also keinesfalls ein neues Phänomen.

Ungleiche Partner

Bei den chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer stehen sich Länder von höchst unterschiedlichem Kräftepotenzial gegenüber. Die VR China ist Vietnams wichtigster Handelspartner, während andererseits der Anteil des vietnamesischen Handels für die chinesische Wirtschaft eine eher untergeordnete Rolle spielt. Wirtschaftliche Sanktionen würden daher sehr einseitig die vietnamesische Seite treffen. Auch in einem militärischen Konflikt wäre das Land vermutlich chancenlos. Zwar verfügt Vietnam über eine der zahlenmäßig größten Armeen weltweit, allerdings gilt das Militär als schlecht ausgestattet. Demgegenüber hat die VR China seit Ende der 1990er Jahre enorme militärische Kapazitäten aufgebaut, die in den letz-

ten Jahren zunehmend in die Südchinesische See verlagert wurden. Selbst zusammengekommen beträgt der Verteidigungsetat aller ASEAN-Staaten weniger als ein Viertel der chinesischen Ausgaben.²

Aus dieser Machtkonstellation resultiert ein asymmetrisches Kräfteverhältnis, das der vietnamesischen Regierung nur wenige Optionen für eine direkte Konfrontation lässt. Gleichzeitig wächst in der Bevölkerung die anti-chinesische Stimmung. Der Patriotismus, der zuweilen auch in Nationalismus umschlägt, gilt jedoch als ein wichtiges Bindeglied zwischen Regierung und Bevölkerung, da die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) ihre Herrschaftslegitimation auch aus dem Erringen der nationalen Unabhängigkeit ableitet. Diese Konstellation lässt einen Kompromiss, der auch nur teilweise Verzichte auf territoriale Ansprüche einbezieht, nicht zu. Damit befindet sich die vietnamesische Regierung in einem Dilemma, da sie auf der einen Seite den von der Bevölkerung geforderten nationalen Sicherheitsinteressen nachzugehen hat, auf der anderen Seite aber auch ihren großen Bruder aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen nicht verprellen kann. Um eine direkte Konfrontation zu vermeiden, hat daher die vietnamesische Regierung, im Gegensatz zu der philippinischen, bisher noch keine Klage vor dem Internationalen Seegerichtshof eingereicht. Eine schnelle politische Lösung des Konfliktes ist daher eher unwahrscheinlich.

In diesem Spannungsfeld bietet sich in der Internationalisierung des Konfliktes auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Ebene eine der wenigen Handlungsstrategien Vietnams. Hanoi bemüht sich derzeit vor diesem Hintergrund um eine einheitliche Position im ASEAN-Staatenverbund. Die Struktur der Sicherheitspolitik der Organisation ist jedoch auf eine Konsensfindung und Nichteinmischung ausgerichtet.³ Der im Jahr 2002 verabschiedete Verhaltenskodex zwischen ASEAN und der VR China über das Südchinesische Meer, dessen wichtigstes Ziel eine friedliche Lösung von Konflikten ist, bildet zwar eine geeignete Grundlage,

dennoch wurden in der Folge weder konkrete Rahmenvereinbarungen zur Beilegung von Auseinandersetzungen noch bindende Vertragsstrafen festgelegt.⁴

Parallel zu einer regionalpolitischen Lösung beteiligt sich aber auch das vietnamesische Militär an der Aufrüstungsspirale im Südchinesischen Meer. Vor allem die Marine- und Luftverbände sollen modernisiert werden. Das Ziel ist zwar keine direkte Konfrontation, immerhin soll jedoch den territorialen Ansprüchen größerer Nachdruck verliehen werden. Mit Indien und Japan konnte Vietnam bereits zwei starke Militärpartner an seine Seite bringen.^{5, 6} Jüngst hat auch das Weiße Haus in Washington angedeutet, dass es eine Aufhebung des Waffenembargos aus dem Jahr 1984 in Erwägung zieht.⁷

Gelockt werden die internationalen Partner mit wirtschaftlichen Vergünstigungen. Nicht selten schloss Vietnam in jüngster Vergangenheit wirtschaftliche Verträge mit den gleichen Wirtschaftspartnern ab, von denen sich das Land eine stärkere militärische Position in der Region erhofft. In diesem Kontext sind auch die Ausschreibungen der Förderrechte für Öl- und Gasvorkommen in der umstrittenen Region zu sehen. Im Gegenzug für einen militärischen Schutz der gemeinsamen Projekte ist Hanoi, entgegen ihrer bisherigen Politik, bereit, Lizenzen an internationale Konzerne, vorzugsweise aus Russland und den USA, zu vergeben.

Ausblick

Vietnam wird mit großer Wahrscheinlichkeit weiter kontinuierlich daran arbeiten, mit der VR China direkt zu verhandeln um einen Modus Vivendi im Südchinesischen Meer zu finden. Nach der direkten Auseinandersetzung auf hoher See und aufgrund der asymmetrischen Kräfteverteilung sind die Chancen für eine schnelle Lösung des Grenzkonfliktes jedoch gering. Da die vietnamesische Regierung gleichzeitig von der Bevölkerung unter Handlungsdruck gesetzt wird, ist eine diversifiziertere Vorgehensweise notwendig. Auf der einen Seite gilt eine Stärkung des Militärs deshalb als si-

cher. Diesbezüglich hat Vietnam bereits angekündigt, die Verteidigung seiner souveränen und territorialen Integrität durch eine Modernisierung der Luftwaffe und der Marine sicherzustellen. Auf der anderen Seite ist es für den Erhalt des Führungsanspruchs der kommunistischen Partei wichtig, einen sozialen und nationalen Zusammenhalt zu erreichen, um innenpolitische Stabilität zu gewährleisten. Dies sieht Hanoi zu Recht als Basis um einen nationalen Konsens für eine angepasste Außenpolitik des Landes zu entwickeln. Das offizielle Ziel der vietnamesischen Diplomatie war bisher „freundchaftliche Verhältnisse zu allen Nationen“ zu pflegen. Diese Politik war in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich, als es darum ging, das Land aus der Isolation nach dem Ende des Vietnamkrieges zu führen. Im derzeitigen Konflikt hat sich das Fehlen fester Bündnisstrukturen jedoch negativ bemerkbar gemacht. Vietnam ist daher dazu übergegangen, strategische Partnerschaften mit den Großmächten Russland, Japan, Indien und den USA aufzubauen. Dieser Strategiewechsel braucht Zeit. Daher bemüht sich Hanoi parallel die Rolle von ASEAN und der Europäischen Union als potenzielle Vermittler zu stärken. Insbesondere ASEAN könnte eine zentrale Rolle als Streitschlichter für die derzeitigen regionalen Konflikte zukommen. Da eine stärkere Rolle ASEANs nur im Interesse Vietnams sein kann, ist es wahrscheinlich, dass Hanoi versuchen wird den Annäherungsprozess zwischen den ASEAN-Staaten am Leben zu erhalten und weiter voranzutreiben.

|| Axel Neubert

Auslandsmitarbeiter Vietnam

|| Michael Moritz

Programmkraft Vietnam

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Will, Gerhard(2014): Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP, S. 19.
- 2 Vgl. Will, Gerhard (2014): S. 12 ff.
- 3 Vgl. Takashi, Terada (2011): ASEAN's talk shop function and US engagement, Kommentar in: East Asia Forum, 07.08.2011, S. 1.
- 4 Vgl. ASEAN (2002): Declaration on the conduct of parties in the South China Sea, URL <http://www.asean.org/asean/external-relations/china/item/declaration-on-the-conduct-of-parties-in-the-south-china-sea> [24.09.2014].
- 5 Vgl. Panda, Rajaram (2013): India & Vietnam: Defence Cooperation, Economic Ties and a Strategic Partnership, IPCS, URL <http://www.ipcs.org/article/india/ipcs-special-commentary-india-vietnam-defence-cooperation-economic-ties-and-4080.html> [24.10.2014].
- 6 Vgl. Clint Richards: Vietnam's Role in Japan's Southeast Asia Strategy, The Diplomat, 04.06.2014, URL <http://thediplomat.com/2014/06/vietnams-role-in-japans-southeast-asia-strategy/> [24.10.2014].
- 7 Vgl. Leaf, Paul J. (2014): Time to End Ban on Weapons Sales to Vietnam, The Diplomat, 18.09.2014, URL <http://thediplomat.com/2014/09/time-to-end-ban-on-weapons-sales-to-vietnam/> [24.10.2014].

DAS KOLUMBIANISCH-VENEZOLANISCHE GRENZGEBIET ALS RECHTSFREIER RAUM – WAHRHEITEN UND MYTHEN

BENJAMIN BOBBE||

Grenzgebiete sind Räume, geprägt von einer besonderen Identität und ganz eigenen sozialen und ökonomischen Dynamiken. Schmuggel und Schwarzmärkte sind Grundkonstanten vieler Grenzregionen. Im Fall des kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiets kommen zwei bedeutende Aspekte hinzu: Die seit Jahrzehnten allgegenwärtige Gewalt eines bewaffneten Konflikts und die sich in Symbiose hierzu entwickelte Drogenwirtschaft. Beides hat in Kolumbien und insbesondere im Grenzgebiet zu Venezuela eine Vielzahl von Mikrokosmen entstehen lassen, die sich im Hinblick auf Akteurskonstellationen und ökonomischen Dynamiken nicht nur regional, sondern auch im Zeitverlauf unterscheiden.

Sowohl für die Medien als auch wesentliche Teile der Gesellschaft und der politischen Eliten in Kolumbien und Venezuela sind es gerade die Vorgänge im Grenzgebiet, die bedeutenden Einfluss auf die Wahrnehmung und Interpretation der formellen und informellen bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten haben. Die kolumbianisch-venezolanische Geschichte wird vor allem im Grenzgebiet geschrieben und ist dabei geprägt von Mythen und Wahrheiten, in deren Kern der bewaffnete Konflikt Kolumbiens steht, dessen ideologische Grundlagen inzwischen kriminell verwässert sind.

Um die heutige Situation beiderseits der Grenze zu verstehen, bedarf es einer mehrdimensionalen Analyse: Auf der politischen Ebene müssen zum einen die offiziellen Regierungspolitiken beider Länder im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen und das Verhältnis zu bzw. die Politik gegenüber den illegalen Akteuren des bewaffneten Konflikts betrachtet werden. Zum anderen gilt es die politische Praxis und die Realitäten auf der lokalen Politikebene, die Situation der staatlichen Institutionen in den Grenzgebieten sowie die Rolle der Zivilgesellschaft zu hinterfragen.

Zugang zum Verständnis des Status quo der Grenzregion

Venezuela ist das am stärksten von den Folgen des bewaffneten Konflikts in Kolumbien betroffene Nachbarland und die 2.219 Kilometer umfassende kolumbianisch-venezolanische Grenzregion die vielleicht dynamischste und komplexeste in ganz Südamerika sowie geografisch, kulturell und ökonomisch durch Kontraste gekennzeichnet: In vielen Teilen eine geringe Bevölkerungsdichte, wüstenähnlich im äußersten Norden. Berge und tropische Wälder im weiter südlichen Verlauf der Grenze. Vielerorts rudimentäre Infrastruktur und damit verbunden eine erschwerte Zugänglichkeit zum

einen sowie urbane Räume zum anderen. Großstädte, wie etwa die zweitgrößte Stadt Venezuelas Maracaibo, Hafenstadt im Nordwesten, der die ländlich geprägten, und vom bewaffneten Konflikt stark betroffenen kolumbianischen Departamentos La Guajira und Cesar gegenüberliegen. Weiter südlich landeinwärts liegen die vom legalen und illegalen Grenzhandel geprägten Städte Cúcuta und San Christóbal. Und vielerorts ist der Zugang zum Nachbarland aus geographisch-infrastrukturellen Gründen leichter als zum eigenen Kernland und sogar die historisch-kulturellen Bindungen enger.

Karte des kolumbianische-venezolanischen Grenzgebiets



Quelle: Shadowfox, Wikimedia Commons, Creative Commons.

Die Entwicklungen insbesondere in der Grenzregion und die Konzentration illegaler Praktiken und bewaffneter Akteure ebenda sind einerseits das Resultat der traditionell attraktiven Bedingungen zur Erzielung von Einnahmen durch den Schmuggel sowie den

Drogenhandel. Andererseits sind sie auch das Ergebnis einer Anpassung an Fahndungs- und Handlungsmuster der auf kolumbianischer Seite gestärkten Streitkräfte und Polizei, die sich tendenziell auf aggressive und sichtbare Strukturen und somit die „großen Fische“ konzentrieren. In diesem Sinne ist die beindruckende Ansammlung illegaler Akteure in den Grenzgebieten nicht zuletzt das Ergebnis einer Verdrängung der militärisch dem Staat unterlegenen illegal bewaffneten Akteure an die Peripherien. Dies gilt ganz besonders für die Guerillas, die durch die als „seguridad democrática“ bekannte Sicherheitspolitik der Regierung von Staatspräsident Álvaro Uribe (2002-2010) sehr spürbar geschwächt und zurückgedrängt wurden, und die hinsichtlich ihrer Infrastruktur stark unterentwickelte und vielerorts schwer zugänglichen Grenzregionen als Rückzugsraum nutzen. Auch bei der Reduzierung der Drogenanbaufläche konnte die kolumbianische Regierung große Erfolge verzeichnen, indem sie zwischen 2007 und 2012 die Anbauflächen für Koka halbierte, sodass Peru inzwischen auch angesichts dort wachsender Produktion zum Hauptanbaugebiet für Koka weltweit aufgestiegen ist.¹

Uribes Nachfolger, der amtierende Staatspräsident Juan Manuel Santos (seit 2010) wiederum leitete Friedensgespräche mit der größten Guerilla, der FARC² ein, ohne jedoch die militärischen Anstrengungen zurückzufahren. Es besteht kein Waffenstillstand, die Kampfhandlungen gehen landesweit weiter. Seit November 2012 finden in der kubanischen Hauptstadt Havanna Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla statt. Gespräche mit der zweitgrößten Guerilla ELN³ sollen folgen, informell finden bereits Gespräche statt.

Zweifellos handelt es sich für Kolumbien um die wichtigste politische Initiative der letzten Jahrzehnte, deren Bedeutung angesichts von 220.000 Toten und mehr als fünf Millionen Opfern von Vertreibung grundsätz-

lich nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Auswirkungen dieses Prozesses auf die hier betrachtete Grenzregion bleibt jedoch abzuwarten, denn schließlich existiert gerade hier, wie im Folgenden gezeigt werden soll, ein beeindruckender Pluralismus an weiteren Akteuren und Strukturen der Illegalität, die nicht an Friedensgesprächen beteiligt sind und für solche auch nicht in Frage kommen. Dies aufgrund des Umstands, dass sie im Gegensatz zu den Guerillas und „alten“ paramilitärischen Organisationen keine politisch-ideologischen oder militärischen, sondern ausschließlich kriminelle Ziele verfolgen.

Politische Grundmythen der bilateralen Beziehungen

Die mediale und politische Diskussion in Kolumbien und Venezuela kennt vier Grundmythen der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern: *Erstens* eine Unterstützung der FARC durch die venezolanische Regierung von Staatspräsident Hugo Chávez (1999-2013) und die Nachfolgeregierung von Nicolás Maduro über moralischen Zuspruch hinaus in Form von Geld und Waffen. *Zweitens* Bemühungen bedeutender rechtsgerichteter politischer Kräfte in Kolumbien um den Ex-Präsidenten und heutigen Senator Álvaro Uribe (seit 2014) mittels ihm nahestehender Paramilitärs in Venezuela einen Staatsstreich herbeizuführen. Sowie *drittens* einerseits das Szenario einer militärischen Bedrohung Venezuelas durch die engen Verbindungen Kolumbiens zu den Vereinigten Staaten, für die das Land angesichts amerikanischer Militärpräsenz als Einfallstor für eine Invasion des östlichen Nachbarlands dienen könnte, andererseits *viertens* aber auch die akute zuvorderst politische Bedrohung Kolumbiens durch einen radikalen und expandierenden „Castro-Chavismus“. Die Allgegenwärtigkeit dieser einzelnen Behauptungen in der öffentlichen Diskussion beider Länder sowie die Tatsache, dass diese direkt oder indirekt mit der kolumbianisch-venezolanischen Grenzregion in Verbindung stehen, lädt zu einer Betrachtung derselben ein.

Toleranzen auf nationaler Ebene - Sympathien für Akteure des Konflikts

Sowohl die kolumbianische Rechte, und hier insbesondere die Eliten des ländlichen Raums, als auch die venezolanische Linke hegen oder hegen Sympathien für rechte Paramilitärs bzw. linke Guerillas in Kolumbien.

Die weitreichenden Verbindungen zwischen einzelnen auch in politischer und Regierungsverantwortung stehenden kolumbianischen Politikern sowie der Polizei, der Streitkräfte und des Geheimdienstes mit Paramilitärs sind zumindest zu großen Teilen belegt und seit Jahren Gegenstand allmählicher rechtlicher Aufarbeitung durch die kolumbianische Justiz. Für die Regierungsspitzen lassen sich Verbindungen nicht nachweisen – allein im Fall von Staatspräsident Uribe gibt es Indizien, die auf engere Kontakte mit Paramilitärs, insbesondere vor seiner Amtszeit, hinweisen.

Die konkrete Ausgestaltung der Verbindungen zwischen venezolanischer Regierung und Guerillas und insbesondere der FARC sind geprägt von Spekulationen. Denn bis zum heutigen Tag sind diese Beziehungen von staatlicher Seite kein Gegenstand politischer Wahrheit oder justizieller Aufarbeitung, was zuvorderst auf die personelle und ideologische Kontinuität des regierenden Chavismus zurückgeführt werden kann. Im März 2008 tötete die kolumbianische Luftwaffe bei einem gezielten Angriff auf ein Lager der FARC auf ecuadorianischem Staatsgebiet in unmittelbarer Nähe der Grenze den Führer der FARC Raúl Reyes. Dabei fielen den kolumbianischen Streitkräften Computer und Datenmaterial in die Hand, welche u.a. Interpol und der renommierte britische Think Tank „International Institute for Strategic Studies – IISS“ auswerten. Letzteres veröffentlichte im Jahr 2011 seine Ergebnisse⁴, nach denen die Regierung Chávez spätestens seit dem Jahr 2000 den FARC umfangreiche finanzielle Unterstützung gewährt hatte, um das strate-

gische Gleichgewicht in Kolumbien zu verändern. Zudem wurde der FARC die Nutzung des venezolanischen Territoriums erlaubt. Darüber hinaus fanden sie Hinweise, dass die venezolanische Regierung die FARC auch mit Waffen und Munition versorgte. Die venezolanische Seite spricht mit Blick auf das Datenmaterial von Fälschung. Interpol und IISS stufen das Datenmaterial hingegen als echt ein.

Jenseits des gefundenen Datenmaterials manifestiert sich der politische Wille der venezolanischen Regierung in der Sicherheitspolitik im kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiet auch sehr anschaulich in der grundlegenden Schwäche des venezolanischen Heeres und dessen Unvermögen, offensive Operationen gegen die Guerillas zu führen. Bereits Guerilla-Einheiten von 100 Kämpfern stellen die venezolanischen Streitkräfte nach Aussage von örtlichen Kommandeuren aufgrund unzureichender taktischer Lufttransportkapazitäten vor unlösbare Aufgaben.⁵ So bedarf es offensichtlich nicht einmal expliziter Befehle, die Guerillas „gewähren“ zu lassen. Gestützt wird diese These des Handelns durch Unterlassung durch die Tatsache, dass seit dem Jahr 2005 durchaus Milliarden US-Dollar für Investitionen in Rüstungsgüter vorhanden waren, beschafft wurden jedoch vor allem Waffen, die nicht gegen die Guerillas einsetzbar sind, wie Panzer, Luftabwehrsysteme oder Abfangjäger russischer Herstellung.⁶

Der Grenzkonflikt aus bilateraler Perspektive

Die Unterstützung seitens der venezolanischen Regierung war keine Selbstverständlichkeit. Im Jahr 1995 kam es als Folge wiederholter Angriffe der Guerillas auf venezolanische Streitkräfte innerhalb Venezuelas zu ersten ernsthaften Maßnahmen der Streitkräfte dieses Landes gegen die FARC und vor allem die ELN. War eine Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und Venezuela angesichts der zunehmenden Grenzaktivitäten der Guerillas in der zweiten Hälfte der

1990er Jahre und Gesprächen zwischen den Staatspräsidenten Ernesto Samper (1994-1998) und Rafael Caldera (1969-1974 und 1994-1999) absehbar gewesen, setzte der Wahlkampf und der folgende Übergang zur neu gewählten Regierung von Hugo Chávez (1999-2013), die für einen grundlegenden politischen Neuanfang in Venezuela stand, dem ein Ende.⁷

Sogleich im ersten Regierungsjahr 1999 hatte sich die venezolanische Regierung von Hugo Chávez mittels eines Grenzmanifests mit Blick auf den innerkolumbianischen Konflikt für neutral erklärt – was de facto eine Positionierung pro FARC bedeutete und in der Folgezeit jegliche militärische Zusammenarbeit mit Kolumbien stark bremste. Die ideologische Nähe sorgte für eine eher „romantische“ Sichtweise auf die FARC und den Wunsch, diese zu unterstützen und sie aus dem Status als Terrororganisation resultierenden internationalen Isolierung zu befreien.⁸ Zugleich sorgte der gegen die Guerillas und die Drogenwirtschaft gerichtete US-amerikanisch-kolumbianische Pakt „Plan Colombia“, der u.a. Militärhilfen zur Aufrüstung der kolumbianischen Streitkräfte vorsah und von Staatspräsident Andrés Pastrana (1998-2002) initiiert worden war, für Kritik aus Venezuela und eine weitere Distanzierung.

Im Jahr 2002 folgt auf Seiten Venezuelas nach dem Erdölstreik und dem gescheiterten Staatsstreich gegen die Regierung Chávez und angesichts der kolumbianischen Aufrüstung ein erneuter Perspektivenwechsel bei der Betrachtung der Guerillas. Diese wurden nun auch als eine Art Sicherheitspuffer gegenüber dem konservativ regierten Kolumbien – und damit auch den USA – betrachtet.⁹ Die venezolanische Regierung hegte in dieser relativ frühen Regierungsphase angesichts der innenpolitischen Ereignisse Zweifel an der Loyalität der eigenen Streitkräfte und entdeckte die USA als Feindbild, da diese den Putsch unterstützt hatten. Die bilateralen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela vertreten durch die späte-

ren Antagonisten Uribe und Chávez wurden in der Folgezeit angesichts von viel Pragmatismus und punktueller Zusammenarbeit besser und enger als zuvor. Chávez engagierte sich als Vermittler etwa beim Austausch von Gefangenen zwischen den kolumbianischen Konfliktparteien. Insofern muss für diese Phase von einer janusköpfigen Politik der venezolanischen Regierung gesprochen werden.

Dies änderte sich im Jahr 2007 mit einem öffentlich ausgetragenen persönlichen Konflikt zwischen den beiden Staatspräsidenten, was das Ende des bis dahin erstaunlichen Pragmatismus auf beiden Seiten markierte. Die grundlegenden, tiefgehenden ideologischen Differenzen brachen über die Frage des Umgangs mit den Guerillas und deren Tolerierung auf venezolanischen Boden auf. Nach dem bereits erwähnten, von Uribe befohlenen und von Santos als damaligem Verteidigungsminister umgesetzten Luftangriff auf den FARC Führer Reyes im Jahre 2008, wurden im Schulterchluss mit dem ideologisch befreundeten Ecuador und um Luftangriffen auf dem eigenen Territorium vorzubeugen, auch von venezolanischer Seite die diplomatischen Beziehungen zu Kolumbien abgebrochen. Der kolumbianische Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) präsentierte im Juli 2010 im Auftrag der Regierung Uribe medienwirksam die geografischen Koordinaten von 87 FARC-Lagern in Venezuela sowie Luftaufnahmen diverser Lager und prangerte die Präsenz von 1.500 Guerilleros auf venezolanischen Boden an.¹⁰

Auch wenn die Beziehungen zur geschickt agierenden neuen Regierung Santos im August 2010 wieder aufgenommen wurden und sich durch viel Pragmatismus und die Ausparung schwieriger Themen „normalisierten“, bleiben die bilateralen Beziehungen weiterhin schwierig und gekennzeichnet von gegenseitigem Misstrauen, bedingt durch die unterschiedlichen Weltbilder und Wirtschaftsmodelle mit der Folge einer beständigen wirtschaftlichen Entflechtung in den letzten 15 Jahren.

In der politischen Bilanz steht ein dauerhafter politischer Streit zwischen Uribe und bedeutenden Teilen der kolumbianischen Rechten auf der einen Seite, und der venezolanischen Regierung Chávez und nach dessen Tod Maduro auf der anderen Seite, der bis heute schwelt und zuletzt auch im kolumbianischen Kongress- und Präsidentschaftswahlkampf 2014 eine Rolle spielte. Denn zu den Kernbotschaften von Uribe und der von ihm kürzlich gegründeten politische Bewegung „Centro Democrático“, die sich heute als größter Kritiker der von Staatspräsident Santos im Jahr 2012 aufgenommen Friedensgespräche mit der FARC positioniert hat, gehörte die Warnung vor einen aggressiven und expansiven „Castro-Chavismus“, der sich aus Venezuela auch und gerade angesichts der „Zusammenarbeit“ von Santos mit dem linken Terrorismus über das Land ergießen würde. Dieser populistische Mythos spielt mit den Grundängsten der kolumbianischen Gesellschaft vor tiefgreifenden Veränderungen in Bereichen der Rechtsstaatlichkeit, der politischen Landschaft und insbesondere der Wirtschafts- und Eigentumsordnung als Folge einer Friedensvereinbarung mit den FARC.

Von Seiten der venezolanischen Regierung wiederum wird immer wieder das Gespenst einer Bedrohung durch „kolumbianische Paramilitärs“ gezeichnet, welche die venezolanische Regierung stürzen wollen. Diese „Paramilitärs“ planen als Hintermänner und Ausführende zugleich, so die Botschaft, einen Staatsstreich gegen die Regierung und Attentate gegen führende Politiker, allen voran die Staatspräsidenten Chávez und heute Maduro. Dutzende solcher Verschwörungskonstellationen und angeblicher Mordkomplotte wurden in den 15 Jahren der chavistischen Herrschaft medienwirksam angeprangert, jedoch nie mit Beweisen unterlegt. Uribe wurde und wird von der venezolanischen Regierung sehr direkt und auf diffamierender Art und Weise beschuldigt und beschimpft – auch hier ohne die immer wieder angekündigten Beweise vorzulegen.¹¹ Dies rückt die venezolanische

Regierung in ein schlechteres Licht, als den angesprochenen selbst. Offensichtlich geht es dieser vor allem darum, durch das immer wiederkehrende Werfen von Nebelkerzen von der katastrophalen innenpolitischen Lage und den erschreckenden Inhalten und Ergebnissen der eigenen Politik insbesondere im Bereich der Öffentlichen Sicherheit abzulenken. Dennoch ist auch in Kolumbien Uribes ungeklärtes Verhältnis zum Paramilitarismus in den blutigen und de facto ordnungslosen 1980er und insbesondere 1990er Jahren Gegenstand von Kontroversen.¹²

Die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und Venezuela wird durch zutiefst unterschiedliche ideologische Orientierungen, was sich unter anderem in der Mitgliedschaft in zwei sehr unterschiedlichen Regionalbündnissen, der Pazifik-Allianz und der ALBA, manifestiert, massiv erschwert.¹³ Traditionell unterhält Kolumbien eine sehr enge Allianz mit den USA, welche das Land im Kampf gegen Drogen und Guerillas unter anderem mittels Technologie, militärischer Aufklärung und einigen Hundert Militärberatern unterstützt. Venezuela hingegen pflegt seit der „Bolivarischen Revolution“ gänzlich andere Allianzen: Militärisch wurde Kuba engster Partner und Berater. Darüber hinaus bestehen bzw. bestanden enge Beziehungen zu Staaten wie Weißrussland, Syrien, Gaddafi-Libyen und Iran. Aber auch zu Russland und ganz besonders China wurden die Beziehungen intensiviert.

Zentrales politisches Führungsinstrument war für Chávez und nun Maduro und die chavistische Bewegung seit jeher die Sprache und die Inszenierung. Der Diskurs, geprägt von Mythen, ersetzt dabei die Realität. Dies gilt auch für die Bedrohung durch eine Invasion der USA. Mit den immer wiederkehrenden Warnungen verfolgt die venezolanische Regierung zuvorderst innenpolitische Ziele: Neben der grundsätzlichen ideologischen Abneigung gegenüber den USA und deren außenpolitischen Handlungswei-

sen geht es um das Schließen der eigenen Reihen, die Mobilisierung der Wählerschaft und die Diskreditierung der traditionell sehr USA-nahen politischen Opposition durch die Generierung eines Feindbildes.

Dynamiken auf lokaler Ebene – Politik und die Akteure des bewaffneten Konflikts

Trotz beträchtlicher Anstrengungen und großer Erfolge im Bereich der Inneren Sicherheit seit der Jahrtausendwende, ist der kolumbianische Staat noch immer nicht in der Lage, seine Hoheitsrechte allorts und flächendeckend durchsetzen zu können. Die lokalen Verwaltungen im ländlichen Raum sind schwach und stehen unter dem Zugriff oftmals korrupter lokaler (politischer und wirtschaftlicher) Eliten, die vielerorts in Verbindung mit Organisierter Kriminalität und/oder Akteuren des bewaffneten Konflikts stehen. Dies trifft besonders für das Grenzgebiet zu. Beide Länder haben auf die Herausforderungen des bewaffneten Konflikts bereits in den 1990er Jahren gesetzlich und operativ mit der Militarisierung weiter Teile der Grenzregion reagiert, sodass vielerorts die Streitkräfte die staatlichen Hoheitsrechte ausüben.

Ideologischer Kampf oder Organisierte Kriminalität? Im bewaffneten Konflikt Kolumbiens und insbesondere im Grenzgebiet lässt sich dies inzwischen immer weniger auseinanderhalten. Hauptfinanzierungsquelle der größten Guerilla FARC ist der Drogenhandel. Die zweitgrößte Guerilla ELN ist hier zu einem sehr viel geringeren Maß als die FARC involviert. Dazu gehören Anbau, erste Verarbeitung und Weitertransport im eigenen Namen oder als Dienstleistung für Dritte. Beide Guerillas bieten gegen ein feststehendes Entgelt auch den Schutz von Transportwegen für Drogen an. Darüber hinaus zählen Entführungen – Hauptfinanzierungsquelle der ELN –, die Erhebung von Schutzgeldern und sowie der Schmuggel von Waffen und Waren aller Art zum Portfolio. Ob Lebewiege, Hühnerschenkel, Fisch, Speiseöl, Zigaretten, Alkohol oder Benzin. Subven-

tions- und wechselkursbedingte große Preisunterschiede – Benzin kostet in Kolumbien rund einen Euro pro Liter, in Venezuela hingegen nur einen Cent – führen dazu, dass im Grenzgebiet traditionell Güter aller Art illegal gehandelt werden. Verschärfend wirkt die zunehmende Warenverknappung in Venezuela. Weite Teile der Bevölkerung beiderseits der Grenze beziehen durch die direkte oder indirekte Beteiligung am Schmuggel zumindest Teile ihres Einkommens.

Mit dieser Vorgehensweise unterscheiden sich die seit den 1960er Jahren für einen marxistischen (FARC) bzw. kommunistischen (ELN) Staat kämpfenden Guerillas kaum von der erstarkenden Organisierten Kriminalität: Den Kartellen sowie den sogenannten kriminellen Banden („bandas criminales“ – BACRIM) oder Neoparamilitärs, die vielfach unter Wahrung personeller Kontinuität aus den sich angesichts eines Demobilisierungsabkommens mit der kolumbianischen Regierung ab dem Jahr 2005 auflösenden, berüchtigten Paramilitärs – den erbitterten Gegnern der Guerillas, die sich als Antwort auf eben diese gegründet hatten – entstanden sind. Die kriminellen Banden sind seitdem zu den vielerorts latent dominierenden Akteuren im Grenzgebiet aufgestiegen.

Auch wenn die kriminellen Banden – zumindest formell – keinen ideologischen Anspruch oder eine politische Stimme haben, so haben sie dennoch das Interesse, die lokale Politik und die staatlichen Institutionen in ihrem Sinne zu beeinflussen und auf bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre illegalen Aktivitäten hinzuwirken. Dieses Interesse teilen alle der genannten illegalen Akteure des kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiets mit graduellen Einschränkungen für die Guerillas, welche grundsätzlich eher die direkte Auseinandersetzung mit den staatlichen Institutionen suchen bzw. in den von ihr beherrschten Gebieten bisweilen die staatlichen Hoheitsrechte mittels eigener Funktionäre wahrnehmen.

Letzteres ist aufgrund der beeindruckenden Erfolge der kolumbianischen Sicherheitspolitik gegen die Guerillas immer weniger der Fall. Die laufenden Friedensgespräche zwischen kolumbianischer Regierung und FARC sowie die Vorgespräche mit der ELN sind das Ergebnis der hohen personellen und territorialen Verluste auf Seiten der Guerillas in den vergangenen rund zehn Jahren. Sie sind auch Ausdruck des Eingeständnisses der Aussichtslosigkeit, durch den bewaffneten Kampf politische Änderungen herbeizuführen zu können. Die politische Beteiligung wollen die Guerillas nicht mehr gewaltsam durch Kampf, sondern auf dem Verhandlungsweg und durch Partizipation im Rahmen des demokratischen Systems erreichen.

Projekte der HSS

Die HSS leistet in Kolumbien durch die Förderung des Friedensdialogs einen Beitrag zu einer friedlicheren gesellschaftlichen Entwicklung. Mit ihrem Partner DOMOPAZ unterstützt die HSS das Friedensnetzwerk REDUNIPAZ der kolumbianischen Universitäten und arbeitet seit 2013 mit den Friedensausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus des kolumbianischen Kongresses sowie seit 2014 mit dem Nationalen Friedensrats (Consejo Nacional de Paz) in Form von Dialogveranstaltungen und Maßnahmen zu deren organisatorischer Weiterentwicklung zusammen. Gemeinsam mit dem Partner PLANETA PAZ fördert die HSS darüber hinaus bereits seit dem Jahr 2009 die demokratische Partizipation zur Lösung lokaler und regionaler Landnutzungskonflikte, die zumeist im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt stehen, mittels Beratung und organisatorischer Unterstützung ausgewählter Bürgerinitiativen.

Mehr zu unserer Arbeit unter:
www.hss.de/kolumbien

Sollten die Gespräche erfolgreich beendet werden und die kolumbianische Bevölkerung in einem Referendum die Vereinbarungen bestätigen, wird das Scheinwerfer-

licht der kolumbianischen Sicherheitspolitik auf die aufstrebenden kriminellen Banden umschwenken, welches bislang noch die Guerrillas angesichts ihres aggressiv-militärischen Auftretens anstrahlt und richtigerweise als größere und direktere Bedrohung für den Staat und insbesondere die Bürger wahrnimmt. Ungeachtet dessen stehen die kriminellen Banden schon seit Jahren als zweiter Hauptdarsteller auf der Bühne im Halbschatten parat, der die staatliche Sicherheitspolitik aufgrund dessen subversiven und kriminellen Charakters vor neue und andere Herausforderungen stellen wird.

Allianzen der organisierten Kriminalität

Seit Ende der 1990er Jahre war es nach der Zerschlagung der großen kolumbianische Organisationen der Organisierten Kriminalität, wie etwa der berüchtigten Kartelle von Medellín und Cali, zu einer Pluralisierung krimineller Organisationen und neuen Allianzen gekommen: Guerilla, Organisierte – d.h. Kartelle und kriminelle Banden – und „gewöhnliche“ Kriminalität arbeiten spätestens seit der formellen Auflösung der Paramilitärs in den Jahren 2005 und 2006 intensiv und arbeitsteilig zusammen. Einfache Dienstleistungen werden bei gewöhnlichen Kriminellen bedarfsgerecht eingekauft. Die Dienstleistungsgesellschaft ist auch hier angekommen. Relativ kleine und mittelgroße, aber schlagkräftige und in kleinen Gruppen operierende, illegale bewaffnete Organisationen kooperieren in komplexen Netzwerken und in zunehmend internationalen Strukturen mit diversen illegalen Akteuren. Sogar ehemalige Feinde aus Zeiten des Höhepunkts des bewaffneten Konflikts in Kolumbien kooperieren heute nach organisatorischen Umstrukturierungen bisweilen im Zuge der Erzeugungs- bzw. Transportkette des Kokains und anderer Güter. Seit mehr als zehn Jahren ist die Präsenz verschiedener, berüchtigter mexikanischer Kartelle in beiden Ländern und insbesondere dem Grenzgebiet nachweisbar. Heute fungieren diese Kartelle in Kolumbien und Venezuela wie in ganz Lateinamerika als zentraler Be-

standteil der Drogenallianzen. Sie beherrschen die Drogenrouten in Richtung USA und zunehmend auch nach Europa.

Diese strategischen Allianzen, die nicht statisch sind, sehen im Bereich des grenzüberschreitenden Drogenhandels zwischen Kolumbien und Venezuela illustriert am Beispiel der zwei wohl inzwischen bedeutendsten Netzwerke wie folgt aus:¹⁴ Im nördlichsten an der Karibikküste gelegenen Grenzgebiet Cesar/La Guajira-Zulia: Die kriminellen Banden „Los Rastrojos“ und „Los Paisas“ und das mexikanische Kartell „Los Zetas“ in Verbindung mit einzelnen Mitglieder der kolumbianischen Nationalpolizei sowie der Polizei des venezolanischen Bundesstaats Zulia. In weiter südlich gelegenen Grenzgebieten besteht eine konkurrierende Allianz: Die kriminellen Banden „Los Urabeños“, die mexikanischen Kartelle von Sinaloa und „La Familia Michaca“ sowie kleinere Kartelle aus der Dominikanischen Republik in Verbindung mit der venezolanischen Nationalgarde „Guardia Nacional Bolivariana“.

Routen, Allianzen und Geschäfte sind vielfältig, und unterscheiden sich örtlich und im Zeitverlauf. Dabei sind die mexikanischen Drogenkartelle, wenn es um Drogen geht, fast ausnahmslos das Bindeglied. Sie sind auch Partner der Guerrillas. So arbeitet der u.a. im Grenzgebiet zu Venezuela operierende „Bloque Oriental“ der FARC mit dem Kartell von Tijuana, der „Bloque Sur“ der FARC im Grenzgebiet zu Ecuador mit den Kartellen von Sinaloa und Juárez zusammen.

Es existiert auch eine venezolanische Guerilla: Die FBL¹⁵ wird von der FARC unterstützt und operiert auf venezolanischer Seite in Grenzgebiet Arauca-Apure, dem geografisch markanten von Westen nach Osten verlaufenden Grenzabschnitt, wo sie sich der ELN gegenüber sieht, mit der sie in bewaffneten Auseinandersetzungen steht. Die FBL pflegt aufgrund ideologischer Verbundenheit freundliche Beziehungen zur venezolanischen Regierung und finanziert sich in erster Linie über Schutzgelderpressungen, Entführungen und Schmuggel.

Aber auch der internationale Terrorismus findet im erweiterten Grenzgebiet Bedingungen vor, um die eigenen Aktivitäten im Nahen Osten und weltweit zu stärken. So nutzen nachweislich Hamas, Hisbollah und zweifellos auch andere, jüngere Terrororganisationen die Situation und institutionelle Schwäche in der Region und insbesondere der Karibikküste für Aktivitäten zur Gewinnung von finanzieller Unterstützung sowie Geldwäsche und Waffenkauf.¹⁶ Geheimdienste haben darüber hinaus Hinweise darauf, dass Iranische Revolutionsgarden, vermutlich die für militärische Auslandsoperationen zuständige und von den USA als Terrororganisation eingestufte al-Quds-Einheit, in Abstimmung mit den venezolanischen Streitkräften Ausbildungsmaßnahmen sowohl für die FARC als auch ortsansässige Islamisten durchgeführt haben.¹⁷ Daneben existieren Hinweise auf punktuelle Ausbildungsaktivitäten der spanischen Terrororganisation ETA, mit der die Regierung Chávez nachweislich enge Kontakte unterhielt, für die FARC im Grenzgebiet.¹⁸

Illegale bewaffnete Akteure, Drogenhandel und Schmuggel im Grenzgebiet



Quelle: Revista Perspectiva (2013): *Frontera colombo-venezolana: ilegalidad sin límites*, Publicación del Instituto de Ciencia Política Hernán Echavarría Olózaga, URL <http://www.revistaperspectiva.com/analisis/frontera-colombo-venezolana-ilegalidad-sin-limites> [24.10.2014].

Kokain: Grenzüberschreitender und arbeitsteiliger Herstellungsprozess

Zwischen beiden Seiten der Grenze besteht eine Arbeitsteilung. So wird Koka als Ausgangsprodukt für Kokain vor allem auf der kolumbianischen Seite in verschiedenen grenznahen wie -fernen Regionen von Koka-Bauern angebaut und vor Ort unter Aufsicht von Guerilla oder kriminelle Banden zu Koka-paste (pasta básica) verarbeitet, die sich einfach und platzsparend transportieren lässt – und daher oft direkt so als unfertiges Produkt in die Konsumentenländer verschickt wird. Auf der venezolanischen Seite wird diese dann jedoch in der Regel über Kokabase (pasta lavada) zum Endprodukt Kokain weiterverarbeitet. Der Transport dorthin wird durch Privatarmeen wie die kriminellen Banden oder Guerillas sichergestellt, die von kolumbianischer wie venezolanischer Seite entstammen können. Die Koordinierung zwischen den diversen entlang der Wertschöpfungs- und Transportkette beteiligten illegalen Akteure wird von einer der beteiligten Organisationen zugehörigen und bezahlten Vermittlern wahrgenommen, die zugleich für die Bestechung öffentlicher Funktionsträger zuständig sind sowie für das Anmieten der Transportrouten und des Zugangs zu einem Seehafen, wobei spätestens hier die mexikanischen Kartelle ins Spiel kommen. Von dort führen die Routen über Karibikinseln wie Aruba, Isla Margarita, San Andrés, Puerto Rico oder Jamaica in Richtung Mexiko und USA. Nach Europa gelangt das Kokain vor allem über Westafrika, wo es wiederum ebenfalls als Treibstoff für interne bewaffnete Konflikte dient und somit vergleichbare Mechanismen befeuert. (Vgl. Azawad und die Mali-Krise – Ursachen und Folgen islamistischer Sezessionsbewegungen in Westafrika.)

Neben dem dominierenden Drogenhandel geht es auch um Waffenhandel – oft zugleich Zahlungsmittel der illegalen Akteure untereinander – sowie illegalen Bergbau (v.a. Gold aber auch Kohle, Bauxit, Coltan etc.), Schmuggel, Schutzgeld, Prostitution oder

Glücksspiel. In der ebenfalls bedeutenden Grenzregion Arauca-Apure ist die Guerilla ELN seit ihrem nach vierjährigem Kampf im Jahr 2010 erzielten örtlichen Sieg im Kampf gegen die FARC dominanter Akteur, konzentriert sich jedoch weniger auf den Drogenhandel als vielmehr Entführungen und den Schmuggel von Benzin und Lebensmitteln. In der bereits erwähnten Region La Guajira-Zulia sind es zudem beiderseits der Grenze ansässige Indigene vom Volk Wayúu die dort traditionell eine bedeutende Rolle im alltäglichen Schmuggel, aber auch in kleinerem Maßstab dem Drogenhandel spielen und eigene schlagkräftige kriminelle Netzwerke aufgebaut haben, was nur ein weiteres Beispiel für die Komplexität der Situation im Grenzgebiet ist.¹⁹

Die Schwäche der lokalen Institutionen und der Zivilgesellschaft

Der staatliche Verfolgungsdruck erzeugt auf Seiten der Organisierten Kriminalität heutzutage statt aggressiver Reaktionen eher Anpassungsstrategien. Immer weniger wird die offene Konfrontation mit dem Staat im Stile des alten Kartells von Medellín des Pablo Escobar oder der heutigen Kartelle in Mexiko gesucht, sondern als Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Analyse die Koexistenz bis hin zur Symbiose mit staatlichen Institutionen. Diese geht über die einfache Korruption weit hinaus. Die personelle Unterwanderung regionaler und vor allem lokaler politischer und staatlicher Institutionen beiderseits der Grenze ist die Folge: Viele Bürgermeister und sogar Gouverneure stehen unter dem Einfluss oder sind sogar aktive Mitglieder der Organisierten Kriminalität, die vielfach in personeller Kontinuität zum Paramilitarismus steht. Hierbei handelt es sich um starke Einzelpersonen, die in Familienclans eingebettet agieren und somit ersetzbar sind, sodass durchaus von mafiösen Strukturen gesprochen werden kann.

Der Fall „Kiko“ Gómez Cercher, gewählter Gouverneur des durch eine historische Abwesenheit des Staates geprägten nördlichen

kolumbianischen Grenzdepartamentos La Guajira, ist hierfür ein typisches Beispiel. Er wurde im Jahr 2011 durch ein Netzwerk in illegale Aktivitäten verwickelter, befreundeter Politiker zum Kandidaten ernannt. Seine Kampagne wurde durch Korruption im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge großzügig vorfinanziert, was ihm den Wahlsieg ermöglichte. Dies ungeachtet der Tatsache, dass seine persönlichen Verwicklungen in Organisierte Kriminalität allgemein bekannt waren. Erst Anfang 2014 wurde er im Zuge von gegen ihn staatsanwaltschaftlich geführten Ermittlungen wegen Mordes seines Amtes enthoben und angeklagt.²⁰ Hierzu bedurfte es einer Intervention der Generalstaatsanwaltschaft aus der Hauptstadt Bogotá, da die eigentlich zuständige Regionalstaatsanwaltschaft aufgrund von Unterwanderung und externer Einflussnahme die Ermittlungen nicht voranzubringen vermochte. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen gegen Gómez wegen Beteiligung an diversen Morden bereits im Jahr 2008 ohne rechtliche Grundlage ein.²¹

Den politischen und zugleich wirtschaftlichen Eliten, die sich in erster Linie über Landbesitz definieren, stehen im ländlichen Raum beider Länder insbesondere aber in Kolumbien eine traditionell marginalisierte Landbevölkerung gegenüber, die bis heute ungeachtet inkrementeller Verbesserungen weiterhin von vielen Bürgerrechten de facto ausgeschlossen ist. Die Lebensverhältnisse der Menschen und auch die Machtverhältnisse haben sich im ländlichen Raum, ganz im Gegensatz zu den aufstrebenden Metropolen, in den letzten rund zweihundert Jahren seit dem Ende der Kolonialzeit kaum verändert und wurden durch den Konflikt noch verschärft und zementiert. Die Artikulations- und Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen ist dort durch das weitgehende Fehlen sozialer Organisationen stark eingeschränkt, sodass keine funktionierende Zivilgesellschaft besteht. Vielerorts gilt weiterhin das Recht des Stärkeren. Die Menschen sind an Gewalt gewöhnt und erkennen angesichts

von Abwesenheit – oder einer in der Vergangenheit oftmals „negativen“ Anwesenheit in Form des Militärs – des Staates diese als legitimes Mittel der politischen und innergesellschaftlichen Auseinandersetzung an. Im Umkehrschluss fehlen auch dem Staat Ansprechpartner in der Landbevölkerung – er findet diese weiterhin fast ausschließlich in den lokalen und regionalen Eliten. Die Landbevölkerung ist in vielen Regionen und insbesondere den abgelegenen Grenzgebieten nicht in der Lage, als kritisches Korrektiv und Kontrollorgan gegenüber dem Staat und der Politik zu wirken.

Stehen in Kolumbien eher einzelne politische Eliten im Kern des institutionellen Problems, sind es in Venezuela neben diesen ganz wesentlich auch die staatlichen Sicherheitskräfte, die in bedeutenderem Umfang als im Nachbarland mit der Organisierten Kriminalität zusammenarbeiten. Dies betrifft neben den Polizeibehörden vor allem das Militär und hier insbesondere die militärische Polizei „Guardia Nacional Bolivariana“, welche nicht nur vielerorts die schützende Hand über die Transportrouten innerhalb Venezuelas hält, sondern aktiver Bestandteil der Drogenallianz ist. Die Verwicklung in Drogenaktivitäten geht nachweislich bis in höchste Kreise der venezolanischen Generalität.²²

Verstärkt wird die Problematik auf venezolanischer Seite durch die politische Polarisierung zwischen Regierung und Opposition, welche auf der lokalen und regionalen Ebene zu Verlusten an staatlicher Steuerungsfähigkeit bis hin zu Unregierbarkeit führt: Der chavistische Gouverneur bekämpft den oppositionellen Bürgermeister, die Zentralregierung den oppositionellen Gouverneur und vice versa. Institutionen blockieren sich gegenseitig und schaffen über Parallelstrukturen kaum zu kontrollierende politische Mikrokosmen. Ein idealer Spielplatz und Rückzugraum für illegale bewaffnete Akteure.

Bemerkenswert ist die Beobachtung, dass die relativ neuen kriminellen Banden

auch aus Venezuela nach Kolumbien übergreifen – und nicht nur umgekehrt. Beispiel hierfür sind die „Ágilas Negras“ und „Los Rastrojos“, letztere die wohl mächtigste kriminelle Bande überhaupt, die sich in Venezuela gegründet hat. Der Export von Gewalt ist somit keine Einbahnstraße mehr, sondern erfolgt in beiderlei Richtungen.

Die venezolanische Politik hat auch durch gesetzliche Maßnahmen zur Entstehung der Situation und der Schaffung von Rückzugsmöglichkeit für Akteure des bewaffneten Konflikts bzw. der Organisierten Kriminalität aus Kolumbien im eigenen Land indirekt beigetragen. Dazu gehört die von der Regierung Chávez pauschal betriebene und ohne Nachweis erfolgte Masseneinbürgerung hunderttausender illegal im Land lebender oder sich zu diesem Zeitpunkt dort befindender Ausländer und vor allem Kolumbianer in mehreren Etappen, erstmals jedoch im Vorfeld des Abwahlreferendums gegen Chávez im Jahr 2004. Auch wenn es sich bei größten Teil der eingebürgerten um Opfer der bis heute allgegenwärtigen (gewaltsamen) Vertreibung und Arbeitsmigranten handelte, waren darunter auch kriminelle Akteure, was nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der Organisierten Kriminalität blieb. So gibt es Zeugenaussagen, dass Paramilitärs des damaligen „Bloque Norte“ der AUC²³ von deren Führung explizit zwecks Einbürgerung zu Dutzenden nach Venezuela befohlen wurden.²⁴ Die Wanderungsbewegungen aus Kolumbien in die venezolanische Grenzregion, in der die Möglichkeiten zur legalen Einkommenserzielung seit jeher sehr eingeschränkt sind, haben die Problematik verschärft. Schätzungen gehen davon aus, dass im Zuge des bewaffneten Konflikts mehr als 100.000 Kolumbianer als Opfer gewaltsamer Vertreibung nach Venezuela geflüchtet sind.²⁵

Lösungsansätze und Ausblick

Das kolumbianisch-venezolanische Grenzgebiet nährt den bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Dabei sind es mehr die lokalen als

die nationalen Entwicklungen, die in jüngerer Zeit den Fortgang der Dinge bestimmt haben und für den Status quo verantwortlich sind. In den vielen Gebieten der kolumbianisch-venezolanischen Grenzregion, wo Guerillas nicht aktiv oder zumindest nicht dominierender Akteur sind, bedarf es weniger eines militärischen als eines ganzheitlichen Vorgehens der Sicherheitskräfte, das auch Maßnahmen zur Stärkung der Regierbarkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Infrastruktur, des Zugangs zu Bildung und Gesundheit sowie – nicht zuletzt – der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen beinhaltet. Die Basis muss eine positive, umfassende und dauerhafte Anwesenheit des Staates auch in den vielen historisch vernachlässigten Regionen sein, die über die vielfach zu beobachtende punktuelle und adhoc Präsenz des Militärs weit hinausgeht.

Notwendig sind mit Blick auf Fragen der Regierbarkeit eine Modernisierung der Justiz- und Kontrollorgane auf regionaler und lokaler Ebene sowie – für Kolumbien eine Erweiterung der bereits bestehenden – Eingriffs- und Kontrollrechte der nationalen Ebene um lokale Fehlentwicklungen im Notfall korrigieren und die Handlungsfähigkeit lokaler Verwaltungen wiederherstellen zu können. Unabdingbar sind darüber hinaus Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation. Dies etwa durch Programme zur Stärkung der Organisationsfähigkeit von Bürgerinteressen und die Verbesserung der politischen Mitbestimmungsrechte auf lokaler Ebene. Vorbedingung hierfür ist die Förderung des Friedensdialogs innerhalb der Gesellschaft durch Peacebuilding-Maßnahmen, welche die gesellschaftliche Aussöhnung fördern, und an den lokalen Konfliktlagen ausgerichtet werden müssen.

Insbesondere Kolumbien stellt sich im Angesicht der militärischen Erfolge und der Friedensgespräche mit zunehmender Seriosität der Problematik in den Grenzregionen. Positive Ansätze für eine Verbesserung der

Lebensbedingungen im ländlichen Raum Kolumbiens und einer nachhaltigeren ländlichen Entwicklung welche auch die vorgeannten Politikfelder aufgreifen, finden sich in den bereits geschlossenen Verhandlungspunkten der Friedensagenda von Havanna. Darüber hinaus wurde hiervon formell unabhängig im Mai 2014 vom staatlichen Nationalen Rat für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung ein zwischen 14 Ministerien und diversen Behörden abgestimmtes, und unter Einbeziehung lokaler Behörden ausgearbeitetes Aktionsprogramm mit dem Titel „Prosperität für die Grenzregionen Kolumbiens“ vorgestellt, welches auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eine ganzheitliche Regionalentwicklung abzielt.²⁶ Hier wird es nun auf das Ob und Wie der Konkretisierung und Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen ankommen. Zweifellos handelt es sich um einen wichtigen Schritt zu einer inkrementellen Verbesserung der Situation, dem jedoch weitere Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf Fragen der Öffentlichen Sicherheit, der Regierbarkeit und des Peacebuildings folgen müssen.

Für Venezuela fällt eine Identifizierung positiver Ansätze schwerer. Die venezolanische Regierung bekämpft in der Grenzregion medienwirksamer denn je den Schmuggel, welcher angesichts von Warenverknappung, galoppierender Inflation und Währungsverfall weiter zunimmt. Damit bekämpft sie jedoch vor allem die immer deutlicher werdenden Symptome eines krankenden politisch-wirtschaftlichen Systems.²⁷ Ungeachtet punktueller Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Kolumbien in diesem Bereich, bleibt die venezolanische Grenzpolitik geprägt von Populismus und Schuldzuweisungen. Die venezolanische Regierung betrachtet und kommuniziert die wirtschaftlichen Probleme der Grenzregion und die Organisierte Kriminalität bis heute als ein von externen und zuvorderst kolumbianischen Akteuren verursachtes Problem. Dies sowohl im Hinblick auf die illegal bewaffneten Akteure, als auch den angeblichen „Wirt-

schaftskrieg“ (Guerra Económica), den amerikanischen, venezolanische und kolumbianische Politiker und Unternehmer, Saboteure, Spekulanten und andere Gegner der „Bolivarischen Revolution“ nach chavistischer Lesart seit Jahren gegen das Land führen.

Das mögliche Ende des bewaffneten Konflikts zwischen kolumbianischem Staat und Guerilla(s) bedeutet für sich genommen für die hier untersuchte Grenzregion weniger als auf den ersten Blick zu erwarten wäre. Denn die Herausforderungen bleiben bestehen, freiwerdende Räume werden schnell durch die anderen illegalen, sehr viel subversiver vorgehenden bewaffneten Akteure eingenommen werden, was auch zu Verteilungskämpfen führen wird. Niemand kann zudem garantieren, dass sich die im attraktiven Grenzgebiet agierenden Einheiten von FARC und ELN allesamt auflösen und die Kämpfer sich leichter Hand in ein bürgerliches, gesetzestreu, aber weniger auskömmliches Leben „transferieren“ lassen.

Allein die Tatsache, dass die Akteure der Organisierten Kriminalität nicht (mehr) die Konfrontation mit der Staatsmacht suchen und daher mancherorts auf kolumbianischer Seite die Gewaltindizes besser sind als noch vor Jahren in der Hochphase des bewaffneten Konflikts bedeutet nicht, dass die Probleme kleiner und die Bedrohung geringer geworden ist. Vor allem die Tendenzen auf venezolanischer Seite der Grenze geben Anlass zu größter Besorgnis. Keines der beiden Länder wird die Probleme unilateral lösen können. Der notwendige große, grenzüberschreitende Ansatz ist allerdings aufgrund ideologischer Differenzen und unterschiedlicher Interessenlagen nicht absehbar.

|| Benjamin Bobbe

Auslandsmitarbeiter Kolumbien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UNODC (2014): World Drug Report 2014.
- 2 Der vollständige Name dieser bedeutendsten Guerilla Kolumbiens lautet FARC-EP: “Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo” (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee).
- 3 Die ELN ist die zweitgrößte Guerilla Kolumbiens: „Ejército de Liberación Nacional - ELN“ (Nationale Befreiungsarmee).
- 4 Vgl. IISS (2011): The FARC Files: Venezuela, Ecuador and the Secret Archives of ‘Raúl Reyes’, URL <https://www.iiss.org/en/publications/strategic%20dossiers/issues/the-farc-files--venezuela--ecuador-and-the-secret-archive-of---39-ra--250-l-reyes--39-8716> [02.10.2014].
- 5 Vgl. Carvajal, Leonardo (2012): Guerra Civil en Venezuela?
- 6 Vgl. Belandria, María Teresa (2013): Reformas y Nuevas estructuras en las Fuerzas Armadas de Venezuela, 1999-2012, Observatorio Económico-Legislativo, CEDICE, Caracas.
- 7 Vgl. Ramírez, Socorro (2002): La compleja relación colombo-venezolana. Una conjuntura crítica a la luz de la historia, In: Análisis Político, No. 46, S. 116-136.
- 8 Vgl. Ávila, Ariel (2012): La frontera caliente entre Colombia y Venezuela.
- 9 Vgl. IISS (2011) und Vgl. Boraz, Steven (2007): Case Study: The Colombia-Venezuela Border, In: RAND: Ungoverned Territories: Understanding and Reducing Terrorism Risks, S. 243-276, URL http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2007/RAND_MG561.pdf [03.09.2014].
- 10 Vgl. El Universal (2010): Denuncian que desde las 2002 las FARC sostienen reuniones en Venezuela. URL http://www.eluniversal.com/2010/07/24/imp_int_esp_denuncian-que-desde_24A4239093 [10.10.2014]
- 11 Der venezolanische Staatspräsident Maduro hatte Uribe im Mai 2013 öffentlich in einer Ansprache als „Mörder“ bezeichnet und ihm vorgeworfen, an einem Mordplan gegen Maduro selbst beteiligt zu sein. URL <http://www.youtube.com/watch?v=OXZmDixRTHw> [12.10.2014]. Zuletzt war es der venezolanische Außenminister Elias Jaua, der Uribe im Februar 2014 vor laufender Kamera in aggressivem Ton als „Mörder“ und „Paraco“ (Paramilitär) beschimpfte, der für die „Aggression in Venezuela“ [Anm.: landesweite Demonstrationen der Opposition für Demokratie und Menschenrechte und gegen die Wirtschaftskrise ab Februar 2014] verantwortlich sei. URL <http://www.youtube.com/watch?v=a28zi2ggmaw> [12.10.2014].
- 12 Am 17.09.2014 fand im kolumbianischen Kongress erstmalig eine ganztägige, intensive politische Debatte zur Frage der ungeklärten Verbindungen des Ex-Präsidenten und neugewählten Senators Uribes zum Paramilitarismus statt. Relevante neue Fakten lieferte diese jedoch nicht.
- 13 Venezuela ist Mitglied des von ihr gegründeten alternativen links- politischen Bündnisses ALBA, Kolumbien hingegen gehört dem formell nicht politischen, freihandelsorientierten Wirtschaftsbandnis Pazifikallianz an.
- 14 Vgl. Ávila, Ariel (2012); IISS (2011).
- 15 Der vollständige Name lautet FB-EP: “Fuerzas Bolivarianas de Liberación - Ejército Libertador” (etwa: Bolivarische Befreiungsarmee – Heer des Befreiers).
- 16 Vgl. Boraz, Steven (2007).
- 17 Vgl. CSIS (2012): Iran's Influence in the Americas.

- 18 Vgl. El Universal (2010): ETA y FARC pretendían globalizar la lucha. URL http://www.eluniversal.com/2010/03/07/imp_int_ava_eta-y-farc-pretendia_07A3541411 [03.09.2014].
- 19 Vgl. Boraz, Steven (2007); Vgl. Revista Perspectiva (2013): Frontera colombo-venezolana: ilegalidad sin límites, URL <http://www.revistaperspectiva.com/analisis/frontera-colombo-venezolana-ilegalidad-sin-limites> [20.09.2014].
- 20 Vgl. El Tiempo (2014): Exgobernador Gómez se expone a pena de hasta 50 años: Fiscalía, URL <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-14594379> [05.10.2014].
- 21 Vgl. La Semana (2014): Investigan a fiscal en caso de “Kiko” Gómez, URL <http://www.semana.com/nacion/articulo/en-caso-de-francisco-kiko-gomez-fiscal-sera-investigado/372444-3> [10.10.2014].
- 22 Nicht ohne Grundlage spricht man von der Existenz eines Kartells der Sonnen („cartel de los soles“), wobei auf die in Venezuela als Sonnen bezeichneten Sterne auf den Schulterklappen von Offizieren des venezolanischen Militärs Bezug genommen wird. Vgl. El Tiempo (2014): Justicia de EE.UU. va por los del “cartel de los soles”, URL <http://www.eltiempo.com/politica/justicia/justicia-de-ee-uu-va-por-los-del-cartel-de-los-soles/14305970> [28.09.2014].
- 23 “Autodefensas Unidas de Colombia – AUC” (Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens).
- 24 Vgl. Ávila, Ariel (2012).
- 25 Vgl. UNHCR/ACNUR (2008): El Perfil de la Población Colombiana y la Necesidad de Protección Internacional – El Caso de Venezuela.
- 26 Consejo Nacional de Política Económica y Social (2014): Prosperidad para la Fronteras de Colombia, Documento CONPES 3805 DNP de 2014, URL https://www.cancilleria.gov.co/sites/default/files/Normograma/docs/conpes_dnp_3805_2014.htm [18.11.2014]. Kolumbien teilt Landgrenzen mit Panama, Venezuela, Brasilien, Peru, Ecuador sowie darüber hinaus See-grenzen mit Nicaragua, Costa Rica, Honduras, Dominikanische Republik, Haiti und Jamaika.
- 27 Vgl. The Economist (2014): Venezuela’s Economy. Of oil and coconut water- Probably the world’s worst-managed economy, URL <http://www.economist.com/news/americas/21618782-probably-worlds-worst-managed-economy-oil-and-coconut-water> [15.11.2014].

GEFAHR FÜR KENIA DURCH DIE DURCHLÄSSIGE GRENZE ZU SOMALIA

MARKUS BALDUS||

In Kenia verschlechtert sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren kontinuierlich. Terroranschläge und andere illegale Aktivitäten der in Somalia beheimateten radikal-islamischen Al-Shabaab-Miliz auf kenianischem Territorium sind hierfür vor allem verantwortlich. Die Grenze zwischen den beiden Staaten kann dies offenbar nicht verhindern, da sie die Funktion einer Staatsgrenze mit den dazugehörigen Kontrollen nicht erfüllt. Ferner profitieren unterschiedliche Akteure von einer durchlässigen Grenze.

Geschichtliche Entwicklung

Als die damaligen Kolonialmächte zwischen Mitte November 1884 und Ende Februar 1885 auf der Berliner Afrikakonferenz den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten, folgte die koloniale Grenzziehung oftmals nicht natürlichen Gegebenheiten wie Flüssen, Gebirgszügen, Tälern oder Siedlungsgebieten ethnischer Gruppen, sondern erfolgte willkürlich und teilweise wie mit dem Lineal gezogen. Als die Mehrzahl der afrikanischen Staaten dann in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erklärte, wurden die ehemaligen Kolonialgrenzen beibehalten. Dies wurde so auch von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union (AU), bestätigt.

Auch die Grenze zwischen Italienisch-Somaliland, das nach der Unabhängigkeit im Jahre 1960 Teil des heutigen Somalia wurde, und Kenia bzw. dem damaligen Britisch-Ostafrika wurde künstlich „am Reißbrett“ gezogen, wie ihr geradliniger Verlauf unmittelbar nahelegt. Bei einem natürlichen Grenzverlauf würden alle Somalis in einem Land zusammenleben. Jedoch teilte die tatsächliche Grenze das Stammesgebiet der Somalis, ja verlief sogar durch das Gebiet eines Clans, des Darod-Clans, mit seinen Unter-Clans. Durch die Grenzziehung während der Kolonialisierung und die anschließende Bildung der unabhängigen Staaten wurde das Siedlungsgebiet der Somalis in verschiedene Staaten aufgespalten. Sie leben heute in Somalia, im Ogaden, das Teil Äthiopiens ist, in Djibouti und in Nordost-Kenia sowie im ehemals britischen Somaliland, das sich von Somalia unabhängig erklärt hat. Alle Somalis fühlen sich vor allem als solche und nicht als Angehörige des Staates, in dem sie geboren wurden und leben, und dessen Staatsangehörigkeit besitzen sollten. Jubbaland, offiziell Provinz im Südwesten Somalias, ist tatsächlich Teil dreier Länder und erstreckt sich bis in den kenianischen County Garissa. Dieser County wird von Somalis kontrolliert, die der Idee eines gemeinsamen Jubbalandes anhängen. Mitglieder der 13 Clans, die in dieser auf drei

Länder aufgeteilten Region beheimatet sind, fühlen sich zu Jubbaland gehörig. Hierzu zählen auch einflussreiche kenianische Politiker wie der derzeitige Mehrheitsführer im Parlament, Aden Bare Duale, der aus Garissa stammt und dem Ogaden-Clan angehört. Aufgrund ihrer Clan-Zugehörigkeit fühlen sich die kenianischen Somalis den in Äthiopien lebenden näher als den in Somalia beheimateten.¹

Von Somalis bewohnte Gebiete



Quelle: Somali Map, URL http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Somali_map.jpg, Gemeinfreiheit [15.11.2014].

Zur Zeit der Unabhängigkeit der von Somalis bewohnten ehemaligen Kolonien in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verfolgte eine Mehrheit der ethnischen Somalis eine Politik des Irredentismus und strebte die Vereinigung aller Somalis am Horn von Afrika in einem Nationalstaat an. Obwohl die britische Kolonialmacht zunächst erklärt hatte, die Forderungen auch der kenianischen Somalis nach einem gemeinsamen Staat zu unterstützen, wurde dann der von ethnischen Somalis bewohnte nördliche Grenzdistrikt Britisch-Ostafrikas bei der Unabhängigkeit Kenias 1963 doch als Nordost-Provinz Teil Kenias. Somit blieb die koloniale Grenze zwischen Kenia und Somalia unverändert. Auch die OAU unterstützte die somalischen Vereinigungsbestrebungen nicht

und folgte damit den Bedenken von Jomo Kenyatta in Kenia und Haile Selassie in Äthiopien, die ein zu starkes Somalia in ihrer Nachbarschaft fürchteten. Alle Grenzgebiete zwischen Kenia, Somalia und Äthiopien werden jedoch ausschließlich von Somalis bewohnt.

Die von der Mehrheit der kenianischen Somalis gewünschte, aber versagte Zusammenführung mit Somalia löste den von 1963 bis 1967 dauernden sogenannten Shifta-Krieg aus, in dem die somalische Befreiungsbewegung in Nordost-Kenia mit Unterstützung Somalias gegen kenianische Regierungstruppen um den Anschluss an Somalia kämpfte.² Der in Kenia verwendete somalische Begriff *Shifta* für die somalistämmigen Rebellen im Nordosten bedeutet Bandit, was deren Degradierung zu einfachen Kriminellen zum Ausdruck bringt. Somalia lieferte Waffen an die somalischen Rebellen in Kenia, die diese aufgrund der nicht ausreichend bewachten Grenze ohne Schwierigkeiten erreichten. Im Laufe des Krieges verschlechterte sich die Lage der somalischen Bevölkerung, die auch zuvor schon benachteiligt war, zunehmend: Die Bevölkerung wurde von der kenianischen Regierung diskriminiert und kriminalisiert. Es kam zu Verhaftungen, Enteignungen und Menschenrechtsverletzungen aller Art. Die Somalis wurden gezwungen, ihre traditionell nomadische Lebensweise als Hirten aufzugeben und wurden in neu geschaffenen Dörfern zwangsangesiedelt, was zu wirtschaftlichen Problemen und Abhängigkeit führte. Auch nach einem Waffenstillstand bei Kriegsende wurde kein offizielles Abkommen geschlossen, das den umkämpften Nordosten Kenias tatsächlich als Teil Kenias festlegte. Als Folge des Shifta-Kriegs entstand im somalisch-kenianischen Bürgerkrieg tatsächlich ein zunehmendes Banditentum, da zurückkehrende Guerilla-Kämpfer weder entwaffnet noch in die kenianische Gesellschaft integriert wurden.³

Die andauernde Kriminalisierung und Unterdrückung der kenianischen Somalis, die

den Wunsch nach Vereinigung mit Somalia nur weiter steigerte, eskalierte nach mehreren vorangegangenen Massakern 1984 im Wagalla-Massaker, als kenianische Sicherheitskräfte mehrere Tausend Angehörige eines somalischen Clans im Distrikt Wajir von exekutierten.⁴ Die kenianische Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung, die ihren Abschlussbericht im Mai 2013 vorlegte, klassifizierte diesen Vorfall als schlimmste Menschenrechtsverletzung in Kenia seit Staatsgründung.⁵ Seit der Unabhängigkeit war es in Kenia immer wieder zu Massakern an der somalischen Bevölkerung gekommen.

Politische Interessen der Somalis orientierten sich am System der Clans und Unter-Clans und der Zugehörigkeit zu diesen. Auch die Formierung von Oppositionsgruppen und Milizen, die an teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen der Somalis untereinander beteiligt waren und in verschiedenen Allianzen über die Jahre immer wieder um die Vormachtstellung in Somalia kämpften, verlief in der Regel entlang von Clan-Grenzen. Staatsgrenzen waren hierbei irrelevant. Diese Konflikte zwischen immer wieder unterschiedlichen Konfliktparteien gipfelten in seit 1988 andauernden Bürgerkriegen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die zu einem völligen Zusammenbruch des Staates Somalia und seiner Strukturen führten, so dass Somalia auch heute noch als ein „gescheiterter Staat“ anzusehen ist.

Heutige Situation im Grenzgebiet

Die offizielle ca. 700 km lange Staatsgrenze zwischen Kenia und Somalia durch weitgehend unbesiedeltes Gebiet ist bis zum heutigen Tag kaum ausreichend markiert; ein Grenzzaun aus Draht existiert nur teilweise. Es gibt kaum ausreichende Kontrollen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Weder die kenianische Polizei noch Zoll oder Armee sind unmittelbar an der Grenze stationiert, da sich selbst die Polizei etwa bei nächtlichen Patrouillen in Lebensgefahr begibt. Als gescheiterter Staat ver-

waltet auch Somalia die Grenze nicht ausreichend. Dies trägt ebenfalls zu Konflikten im Grenzgebiet bei.⁶ Für die lokale somalische Bevölkerung – zum Großteil Viehhirten – ist die Grenze nach wie vor in ihrer Lebensrealität nicht existent, sondern lediglich ein theoretisches, von Externen definiertes Konstrukt. Wie in vorkolonialer, aber auch kolonialer und nachkolonialer Zeit weiden sie mit ihren Viehherden, wo immer Weideflächen verfügbar sind. Dabei überschreiten sie die heutige Grenze in beide Richtungen, ohne sich bewusst zu sein, von dem Gebiet eines Staates in das eines anderen zu wechseln, da für sie ausschließlich Clan-Grenzen und nicht Staatsgrenzen relevant sind. Trotzdem werden diese Grenzen von ihnen nicht in Frage gestellt.

Das karge, trockene und ressourcenarme Grenzgebiet im Nordosten Kenias ist besonders von Armut und Unterentwicklung betroffen. Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung und Straßen fehlen häufig, jedoch unternahmen die kenianischen Regierungen bislang kaum Anstrengungen zur Entwicklung der Region. Somalis, in deren Interesse die Entwicklung des Nordostens liegen würde, waren bislang in Politik und Staatsdienst immer unterrepräsentiert.

Viele im Nordosten Kenias lebende Somalis wissen gar nicht, dass sie eigentlich Bürger Kenias sind und als solche Anrecht auf kenianische Ausweisdokumente hätten. Vielfach wird jedoch seit Generationen in Kenia lebenden – insbesondere jungen – Somalis die Ausstellung eines kenianischen Personalausweises verweigert oder dadurch erschwert, dass sie diesen nur in der Herkunftsregion ihrer Eltern beantragen können, in der sie nicht registriert sind, so dass sie letztlich oft keinen kenianischen Ausweis erhalten.⁷ Hierdurch werden ihnen grundlegende Bürgerrechte vorenthalten und auch die Jobsuche wird schwieriger. Durch die bis zum heutigen Tag weit verbreitete Diskriminierung der Somalis in Kenia wächst die Gefahr, dass sie für den radikalen Islamis-

mus empfänglich und als Al-Shabaab-Kämpfer rekrutiert werden.⁸ Gleichzeitig hat nach somalischer Auffassung jeder ethnische Somali Anrecht auf einen somalischen Pass – unabhängig vom Land, in dem er tatsächlich lebt oder geboren wurde. Daher beantragen viele in Kenia lebende Somalis Ausweisdokumente Somalias in den Grenzorten auf somalischer Seite.⁹

Andererseits erhalten zahlreiche Somalis, die von Schleusern illegal über die Grenze von Somalia nach Kenia gebracht wurden, aufgrund der in der kenianischen Polizei und den Immigrationsbehörden verbreiteten Korruption nach Schmiergeldzahlungen kenianische Personalausweise.¹⁰ Illegale Immigranten aus Somalia festzunehmen, erweist sich als besonders schwierig, da diese über gute Verbindungen und das nötige Bestechungsgeld verfügen. Unter den illegalen Einwanderern aus Somalia, die oftmals in Eastleigh, einem von zahlreichen Somalis bewohnten Stadtteil Nairobis leben, sind auch Terrorverdächtige und andere, in kriminelle Aktivitäten involvierte Personen. Jedoch kann wegen der Korruption, selbst wenn eine Kontrolle bei Grenzübertritt möglich wäre und durchgeführt würde, nicht sichergestellt werden, dass Personen, die die Sicherheit Kenias gefährden, nicht einreisen. Mit diesen illegal nach Kenia eingereisten Personen gelangen auch radikale islamistische Ideen ins Land, die dazu beitragen, die oft benachteiligte islamische Jugend zu radikalisieren und für dschihadistische Aktivitäten zu begeistern. Aufgrund der durchlässigen Grenze wechseln diese radikalisierten Jugendlichen dann ohne größere Schwierigkeiten zwischen Kenia und Somalia.

An einigen wenigen Stellen, den wichtigsten Transportrouten zwischen Kenia und Somalia – etwa von der somalischen Hafenstadt Kismaayo nach Garissa im Nordosten Kenias – sind zwar Grenz- und Zollkontrollstellen eingerichtet. Aufgrund der grassierenden Korruption auf Seiten der kenianischen Sicherheitskräfte an der Grenze finden Kontrollen jedoch häufig nicht so statt, wie es nötig wäre, um die Sicherheit in Kenia zu gewährleisten.

Aktuelle sicherheitsrelevante Entwicklungen

Im Jahr 2006 hatte sich in Somalia die Union islamischer Gerichtshöfe, eine Vereinigung von Sharia-Gerichten verschiedener Clans, gegründet, um die verschiedenen Warlords zu beseitigen. Diese hatte im Kampf gegen die schwache und wenig durchsetzungsfähige Übergangsregierung Mogadishu eingenommen, wurde jedoch wegen ihrer islamistischen und dschihadistischen Tendenzen durch eine gemeinsame Militäraktion der USA und Äthiopiens im Dezember 2006 zerschlagen. Aus dem radikalen Teil dieser Union gründete sich dann die islamistische Terrormiliz Al-Shabaab, um weiter gegen die somalische Regierung zu kämpfen. Sie breitete sich in den folgenden Jahren vor allem im Süden und Zentrum Somalias – einschließlich Mogadishus – und an der Grenze zu Kenia aus. Nach der Entführung mehrerer Touristen durch Al-Shabaab an der kenianischen Küste nahe der Grenze¹¹, was eine Bedrohung des wirtschaftlich wichtigen Tourismussektors in Kenia darstellte, marschierte die kenianische Armee Mitte Oktober 2011 in Somalia ein, um die Rebellen-Miliz auf somalischem Territorium zu bekämpfen und aus den Grenzregionen zu Kenia, insbesondere aus Jubbaland im Südwesten des Landes, zurückzudrängen. Al-Shabaab drohte daraufhin mit Anschlägen in Kenia, solange sich dessen Truppen auf somalischem Territorium befänden. Ende Februar 2012 wurde die kenianische Armee in die Friedensmission der AU in Somalia, AMISOM, integriert¹², in der unter anderem Kontingente der Streitkräfte Ugandas, Burundis und Äthiopiens die somalische Regierung in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz unterstützen und die Sicherheitslage zumindest in Mogadishu entspannen konnten. Ende September 2012 gelang es der kenianischen Armee als Teil von AMISOM, die Hafenstadt Kismaayo, wichtigste Stadt von Jubbaland, einzunehmen, die bis dahin als entscheidender Stützpunkt von Al-Shabaab galt. Al Shabaab zog sich daraufhin in die ländlichen Regionen Süd-Somalias zurück, verübte aber weiterhin Terrorakte in den Städten.

Auch wenn Al-Shabaab durch die AMISOM-Offensive geschwächt schien, machte die Miliz ihre Drohung wahr: Sie verübte zahlreiche Anschläge an der kenianischen Küste, im Norden und vor allem Nordosten des Landes sowie in Nairobi, um ihrer Forderung nach Abzug des kenianischen Militärs aus Somalia Nachdruck zu verleihen. Die Anschläge gipfelten in der mehrtägigen Belagerung des Westgate-Einkaufszentrums in Nairobi, bei der über 60 Menschen getötet wurden. Hier zeigte sich, wie wenig das kenianische Sicherheitssystem die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten konnte: Nicht nur waren Al-Shabaab-Kämpfer unerkannt über die Grenze nach Kenia eingedrungen, sondern es wurden auch Waffen und Sprengstoff nach Kenia geschmuggelt, ohne dass kenianische Sicherheitskräfte dies verhinderten, sei es aus Nachlässigkeit oder aufgrund erhaltener Bestechungsgelder. Man geht ferner davon aus, dass sich die Kommando-Zentrale von Al-Shabaab in Nairobi befindet, Anschläge von hier aus koordiniert werden und ein kontinuierlicher reger Austausch über die kenianisch-somalische Grenze stattfindet.

Nach einer Bombenexplosion im von zahlreichen somalischen Geschäftsleuten bewohnten Stadtteil Eastleigh in Nairobi führten Anfang April 2014 über 10.000 kenianische Sicherheits- und Polizeikräfte eine „Usalama Watch“ genannte Razzia wahllos in Häusern in Eastleigh durch, um angebliche Terrorverdächtige aufzuspüren und festzunehmen. Wer immer danach aussah, somalischer Herkunft zu sein und keine Ausweisdokumente vorlegen konnte, die – wie erwähnt – Personen somalischer Abstammung oft verweigert werden, wurde mit Anwendung von Gewalt festgenommen. Viele unbescholtene somalische Geschäftsleute sowie Frauen, Kinder und alte Menschen wurden Opfer dieser Aktion, die offenbar weniger der Sicherheit der Bürger diene, als eher nach einer staatlich organisierten Bestrafung der gesamten somalischen Gemeinschaft aussah. Viele somalische Geschäftsleute verloren danach das Vertrauen

in den kenianischen Staat. Sie spürten, dass sie und ihre geschäftlichen Aktivitäten nicht erwünscht waren und verließen Eastleigh und sogar Kenia aufgrund des wachsenden Hasses gegenüber Somalis. Dieser Hass wird auch in den Medien weiter geschürt und stellt Somalis unter Generalverdacht hinsichtlich terroristischer Aktivitäten.¹³

Ein weiterer folgenreicher Anschlag mit fast 60 Toten ereignete sich Mitte Juni 2014 in Mpeketoni im County Lamu. Man geht davon aus, dass Al-Shabaab hier geschickt die regionalen sozialen und ethnischen Spannungen zwischen der ursprünglichen moslemischen Bevölkerung und den aus dem kenianischen Hochland stammenden Kikuyus, die sich vor ein paar Jahrzehnten dort niedergelassen hatten, ausnutzte. Lokale, islamische Jugendliche, die über viele Jahre benachteiligt waren und ausgegrenzt wurden, aber auch Konvertiten anderer Volksgruppen hatten sich radikalisiert und waren über die Grenze nach Somalia gegangen, um sich dem Kampf von Al-Shabaab anzuschließen. Nun waren sie offensichtlich zurück nach Kenia gekommen, um gemeinsam mit Al-Shabaab diesen Anschlag zu verüben; denn einige Bewohner Mpeketonis wurden von den Angreifern mit Namen angesprochen.¹⁴ Auch hier zeigte sich die somalisch-kenianische Grenze erneut als hochgradig durchlässig, also in der Praxis nicht existent.

Nach der Eroberung Kismaayos durch die kenianische Armee im Rahmen von AMISOM im September 2012 erwartete man, den illegalen Export von Holzkohle in die Golfstaaten durch somalische Geschäftsleute stoppen zu können. Dieser war mit einem Gewinn von über 15 Millionen USD pro Jahr als wichtigste Einnahmequelle von Al-Shabaab schon zuvor auf Drängen der somalischen Regierung vom UN-Sicherheitsrat gebannt worden.¹⁵ Wie eine amerikanische Organisation nun herausfand, ist jedoch das Gegenteil der Fall: Die kenianische Armee unterstützt sogar den illegalen Verkauf und Export von Holzkohle durch ihren militärischen Gegner Al-Shabaab, der an Straßensperren und Häfen die Holzkohle informell besteuert, und verdient mit

an den auf die Exporte im Hafen von Kismaayo illegal erhobenen Steuern und Zöle. Ferner sind ca. 70 Geschäftsleute aus Kismaayo, Garissa und Nairobi als Zwischenhändler an dem Handel beteiligt. Da die Regierung die Machenschaften der kenianischen Armee nicht unterbunden hat, geht man davon aus, dass auch hochrangige Politiker in den illegalen Handel verstrickt sind und davon profitieren. Ohne die Einnahmen aus dem illegalen Holzkohle-Handel hätte Al-Shabaab nicht die nötigen Finanzen gehabt, um die Terroranschläge in Nairobi und an der kenianischen Küste durchzuführen.¹⁶ Besonders brisant ist hier, dass also indirekt die kenianische Armee sowie kenianische Geschäftsleute die Attentate durch Al-Shabaab in Kenia mit zu verantworten haben.

Schmuggel mit Unterstützung korrupter Behörden

Eine weitere wichtige Einnahmequelle für Al-Shabaab zur Finanzierung ihrer Terroraktivitäten und für kenianische Mittelsmänner stellt der - in umgekehrter Richtung, vom Hafen in Kismaayo nach Nordost-Kenia - organisierte Schmuggel von Zucker über die kenianisch-somalische Grenze dar. Dieser konnte sich auch nach der Eroberung von Kismaayo durch die kenianischen Streikräfte unter AMISOM weiter etablieren. Somit existiert ein von Al-Shabaab organisierter Handelskreislauf, da die in den somalischen Häfen ankommenden Schiffe den Zucker unverzollt entladen und dann mit Holzkohle für die arabischen Staaten beladen werden. Auch am illegalen Handel mit Zucker ist die kenianische Armee beteiligt. Er ersetzt für Al-Shabaab die nach dem Verlust Kismaayos ausgefallenen Zolleinnahmen vom Hafen. Hintergrund des Zucker-Schmuggels nach Kenia ist die Reduzierung der Zuckerproduktion in Höhe von 300.000 Tonnen in Kenia, die durch geschmuggelten Zucker im Wert von mehr als einer Milliarde USD kompensiert wird.¹⁷ Der Zucker wird in Nordost-Kenia in Mandera, Wajir und Garissa gelagert und dann sogar billiger als der heimisch produzierte verkauft.¹⁸ Hierbei handelt es sich um den größten Schwarzmarkt Kenias.

Auf kenianischer Seite wird der illegale Zuckerimport im County Garissa durch Flüchtlinge in den Camps in Dadaab organisiert, die aufgrund der Dürre in Somalia nach Kenia gekommen waren und mit Angehörigen ihrer Clans in der Hafenstadt Kismaayo in Verbindung stehen. Hierdurch entwickelte sich Dadaab zu einem Zentrum des Schmuggels von Zucker aus Somalia, aber auch von Reis und elektronischen Geräten, die von dort aus deutlich billiger auf dem kenianischen Markt verkauft werden als die lokal hergestellten Produkte. Dies gilt für zahlreiche, auch korrekt aus Somalia importierte, Produkte des täglichen Bedarfs. Umgekehrt wird Vieh von Kenia – etwa Kamele aus dem County Wajir – nach Somalia exportiert. Die Rolle, die die Flüchtlingslager beim Schmuggel spielen, veranlasste den kenianischen Innenminister Ole Lenku die Schließung der Lager zu fordern, auch wenn dies der Flüchtlingspolitik von UNHCR widerspricht. In den beiden anderen Counties an der somalischen Grenze, Wajir und Mandera, wird der Zucker durch lokale kenianische Geschäftsleute und Somalis mit illegal erworbenen kenianischen Ausweisen eingeschmuggelt.

Der Schmuggel des Zuckers funktioniert nur deshalb so erfolgreich und reibungslos, da Beamte der kenianischen Polizei, des Zolls, der Steuerbehörde, der Sicherheitsbehörden und der Lokalverwaltungen Teil des Systems sind. Diese nehmen hohe Schmiergeldzahlungen – zwischen 750 Euro und 1.100 Euro je LKW, abhängig von der geladenen Menge – von den kenianischen Zwischenhändlern an, welche gute und langjährige Kontakte zu hohen kenianischen Regierungs- und Sicherheitsbeamten pflegen und daher bei Polizei, Steuer- und Zollbehörden bevorzugte Behandlung genießen. Somit ist auch das politische Establishment Kenias in den Schmuggel involviert. Die LKWs mit den illegalen Waren werden an den Straßensperren und beim Grenzübertritt nicht mehr kontrolliert. Die Bestechungsgelder werden von Regierungs- und Sicherheitsbeamten entweder an den Straßensperren oder auch schon

im Vorfeld kassiert und mit ihren jeweiligen Vorgesetzten geteilt. Über den Grenzübergang Doble werden so wöchentlich 1.500 Tonnen Zucker nach Nordost-Kenia geschmuggelt. Der Schmuggel konzentriert sich auf einige wenige Hauptrouten, an denen alle Kontrollstellen eingeweiht sind. Andere Strecken werden vermieden, um nicht den dortigen Sicherheitskräften erneut Bestechungsgelder zahlen zu müssen.¹⁹

Noch gravierender ist der Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoffen, die für Anschläge in Kenia verwendet werden. Diese werden in leeren Zuckersäcken versteckt und unter den anderen Zuckersäcken verborgen.²⁰ Auch hierüber sind korrupte kenianische Grenz- und Sicherheitsbeamte informiert und dulden nach Erhalt entsprechender Schmiergelder die illegale Einfuhr der Waffen, die dann zur Gefahr für die Sicherheit im eigenen Land werden.

Seit Anfang des Jahres 2014 verübten Al-Shabaab-Milizionären drei Attentate auf kenianische Sicherheitskräfte, bei denen zehn Polizeibeamte ums Leben kamen. Daraufhin wurden einige Grenzposten geschlossen, wodurch weitere Sicherheitslücken an der Grenze entstanden.²¹ Um die Grenze nach Somalia effektiv zu sichern, wären ca. 1500 kenianische Soldaten notwendig. Das Hauptproblem sind jedoch vielmehr die weit verbreitete Korruption, der Mangel an kenianischem Patriotismus und die Disziplinlosigkeit der Beamten vor Ort.²²

Schon seit den 1990er Jahren schmuggelten kenianische Somalis Waren aus Somalia über die Grenze nach Nordost-Kenia. Durch den illegalen Zuckerhandel werden dem kenianischen Staat dringend benötigte Steuereinnahmen in Höhe von fast 50.000 Euro pro Tag vorenthalten. Man geht davon aus, dass die von den durchlässigen Grenzen abhängige Schattenwirtschaft 58 Prozent der kenianischen Wirtschaft ausmacht. Würde dieser durch illegalen Handel verlorene Anteil an Staatseinnahmen auch nur halbiert, so ständen dem Staat die für Entwicklung und Sicherheit dringend benötigten finanziellen Ressourcen zur Verfügung.

Projekte der HSS

Die HSS in Kenia führt regelmäßig Seminare und Podiumsveranstaltungen zu sicherheitsrelevanten Themen und Entwicklungen in der Region Ostafrika gemeinsam mit dem Institute for Security Studies (ISS) durch, einem afrikaweit arbeitenden Think Tank. Da besonders die Aktivitäten der in Somalia beheimateten islamistischen Al-Shabaab-Miliz sicherheitsrelevante Auswirkungen auf Kenia haben, und es immer wieder zu Terroranschlägen in Nairobi, an der Küste und im Norden und Nordosten Kenias kommt, standen die von somalischem Boden ausgehenden Gefahren bereits mehrfach im Zentrum der gemeinsamen Veranstaltungen. Experten aus Wissenschaft und Forschung, Zivilgesellschaft, Politik und aus Regierungsinstitutionen einschließlich der Streitkräfte und anderer Sicherheitsorgane Kenias liefern hochkarätige fachliche Beiträge zu diesen Veranstaltungen, und regen damit den Dialog mit Seminarteilnehmern an, die aus kenianischen Organisationen und Institutionen sowie aus der internationalen Gemeinschaft stammen.

Mehr zu unserer Arbeit unter:
www.hss.de/kenia

Grenzmanagement und Perspektiven

Das unzureichende Management der kenianisch-somalischen Grenze stellt eine Hauptursache für Konflikte und mangelnde Sicherheit in Kenia dar. Kenia fehlt bislang eine Strategie, seine Grenzen effektiv zu sichern. Trotz der seit langem existierenden massiven Sicherheitsprobleme im Land wurde der Sicherheitssektor bislang nicht reformiert. Die Arbeit der Polizei im Grenzgebiet erfolgt meist unkoordiniert. Die kenianischen Streitkräfte werden oftmals für Zwecke der inneren Sicherheit eingesetzt, statt die Grenze zu Somalia zu schützen. Auch hat die kenianische Regierung bislang keine wirksame, mit moderner Technologie ausgestattete Antiterror-Einheit etabliert. Ebenso fehlt ihr eine Strategie, das Eindringen von Al-Shabaab-Kämpfern nach Kenia zu verhindern, was inzwischen vielfach von Al-

Shabaab ausgenutzt wurde, um Anschläge in Kenia zu verüben.²³

In vielen Ländern profitieren Netzwerke von Personen in hohen, einflussreichen Positionen von Schwarzmarkthandel und Schattenwirtschaft besonders in Konfliktgebieten.²⁴ Auch einige hochrangige kenianische Entscheidungsträger profitieren von der Unsicherheit und insbesondere dem illegalen Handel über die durchlässigen Grenzen und haben daher kaum Interesse an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. So wurden Waffen und teilweise fiktives Material und Personal im Bereich der Sicherheit für umgerechnet ca. sieben Millionen Euro angeblich finanziert, wovon aber ca. 90 Prozent in private Taschen flossen.²⁵ Der oberste Rechnungsprüfer Kenias stellte in seinem Prüfbericht 2012/13 fest, dass im Finanzjahr bei umgerechnet über drei Millionen Euro Ausgaben des Verteidigungsministeriums die nötigen Belege fehlten, was seiner Ansicht nach darauf hindeutet, dass die Gelder nicht ordnungsgemäß verwendet wurden, sondern vermutlich unter dem Vorwand zusätzlicher Ausgaben für den militärischen Einsatz in Somalia in die privaten Taschen von Politikern oder Geschäftsleuten geflossen seien.

Die Korruption durchdringt Kenia auf allen Ebenen: bei den Beamten der Polizei, bei der Einwanderungsbehörde, beim Zoll vor Ort im Grenzgebiet sowie in der lokalen und nationalen Politik. Daher wird auch die kenianisch-somalische Grenze nicht im Interesse Kenias und seiner Bürger, sondern hauptsächlich nach privaten, vor allem finanziellen Interessen verwaltet. Wünschenswert wäre ein Umdenken, so dass ein gewinnbringender, legaler grenzüberschreitender Handel allen Kenianern zugute kommt. Im Management der Grenze spiegelt sich in der Regel das Management des Staates wider: Ein schlecht verwalteter Staat mit schwachen Institutionen und einer schwachen politischen Führung, dem es an Werten wie Integrität und Führungsqualitäten mangelt, hat in der Regel auch unsichere Grenzen, die zu Sicherheitsrisiken im Land führen. Aufgabe

des Staates ist es jedoch, seine Grenzen und damit sein Territorium sowie seine Souveränität zu sichern und so auch die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten.

Um illegalen Grenzübertritt, illegalen Handel über die Grenzen und die Gefährdung der Bürger Kenias durch Terroranschläge zu verhindern, und um die Arbeit von Zoll und Polizei zu gewährleisten, bedürfte es neben Reformen im Sicherheitssektor der Grenzsicherheit durch wirksame Absperrungen, der Stationierung von Streitkräften sowie der Einrichtung einer Pufferzone. Dies ist umso wichtiger, solange keine stabile Regierung in Somalia existiert, die die Sicherheit von dort aus garantieren und die Grenze ausreichend kontrollieren kann. Ferner ist es wichtig, dass die kenianische Regierung die Ausgrenzung der somalischen Kenianer beendet, Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Nordostens Kenias ergreift, staatliche Basisdienstleistungen wie in anderen Regionen des Landes bereitstellt und den Dialog mit der somalischen Gemeinschaft beginnt und aufrechterhält. Gemäß Empfehlungen von Experten sollte die kenianische Regierung angesichts fehlender erfolgversprechender Alternativen im Hintergrund auch über Kontaktpersonen informelle Verhandlungen mit Al-Shabaab führen und hier insbesondere somalische Clan-Führer in die Gespräche involvieren.²⁶

|| Markus Baldus

Auslandsmitarbeiter Kenia

ANMERKUNGEN

- 1 Interview mit Salah Abdi Sheik [07.08.2014].
- 2 Vgl. Whittaker, Hannah (2008): Pursuing Pastoralists: the Stigma of Shifta during the 'Shifta War' in Kenya, 1963-68, URL <http://arts.monash.edu.au/publications/eras/edition-10/whittaker-article.pdf> [10.10.2014].
- 3 Vgl. Mburu, Nene (1999): Contemporary Banditry in the Horn of Africa: Causes, History and Political Implications, in: *Nordic Journal of African Studies* 8 (2): S. 89-107.
- 4 Vgl. Sheik, Salah Abdi (2007): Blood on the Runway: The Wagalla Massacre of 1984.
- 5 Vgl. Truth Justice and Reconciliation Commission (2013): Full Report of the Truth Justice and Reconciliation Commission, URL <http://www.kenyamoja.com/tjrc-report/> [10.11.2014].
- 6 Vgl. Menkhaus, Ken (2008): The rise of a mediated state in northern Kenya: the Wajir story and its implications for state building, in: *Afrika Focus*, Volume 21, Nr. 2, S. 23-38, URL <http://www.wajir.org/rapporten/Ken%20Menkhaus%20-%20rapport%20over%20opbouw%20vrede%20in%20Wajir.pdf> [10.11.2014].
- 7 Vgl. Kenya National Commission on Human Rights (2007): An Identity Crisis? A Study on the Issuance of National Identity Cards in Kenya, S. 9, URL <http://www.knchr.org/Portals/0/EcosocReports/KNCHR%20Final%20IDs%20Report.pdf>. [23.10.2014].
- 8 Vgl. Anyadike, Obinna (2014): Analysis: Conflict dynamics on Kenya's coast, URL <http://www.irinnews.org/report/100394/analysis-conflict-dynamics-on-kenya-s-coast> [23.10.2014].
- 9 Interview mit Salah Abdi Sheik.
- 10 Vgl. Maina, Samwel (2014): How cartel lets illegal immigrants into the country, URL <http://mobile.nation.co.ke/news/-/1950946/2288270/-/format/xhtml/-/m7b4l8z/-/index.html> [22.10.2014].
- 11 Vgl. Al Jazeera (2011): Kenya sends troops to attack al-Shabab, URL <http://www.aljazeera.com/news/africa/2011/10/20111016115410991692.html> [24.10.2014].
- 12 Vgl. AMISOM (2011): Kenya – KDF, URL <http://amisom-au.org/kenya-kdf/> [24.10.2014].
- 13 Vgl. Sharif, Ubayda (2014): Kenya's Operation Usalama Watch Not So "Amani", URL <http://somalianewsroom.com/kenyas-operation-usalama-watch-not-so-amani/> [14.11.2014].
- 14 Vgl. Anyadike, Obinna (2014).
- 15 Vgl. Kelley, Kevin (2012): UN bans trade in charcoal from Somalia, in *The East African*, URL <http://www.theeastafrican.co.ke/news/UN+bans+trade+in+charcoal+from+Somalia/-/2558/1334750/-/158q9d1/-/index.html> [25.10.2014].
- 16 Vgl. Munene, Mugumo (2014): KDF funds Al-Shabaab through illegal charcoal trade, says new probe report, in: *The Nation*, 27.07.2014, S. 10.
- 17 Vgl. Boniface, Bosire (2013): Sugar imports from Somalia fund Al-Shabaab, Kenyan officials say, URL http://sabahionline.com/en_GB/articles/hoa/articles/features/2013/04/24/feature-01 [24.10.2014].
- 18 Vgl. Onger, Boniface (2014): Al-Shabaab joins illicit sugar trade, in: *The Nation*. [12.10.2014].
- 19 Vgl. Jubat, Adow (2013): How illicit trade in guns, sugar thrives along porous border URL <http://www.africog.org/ij/2013/how-illicit-trade-in-guns-sugar-thrives-along-porous-border> [24.10.2014].
- 20 Vgl. Boniface, Bosire (2013).
- 21 Vgl. Jubat, Adow (2014): State closes security posts along Somali border, URL http://www.standardmedia.co.ke/m/story.php?articleID=2000102074&story_title=State-closes-security-posts-along-Somali-border [11.10.2014].
- 22 Vgl. Jubat, Adow (2013).
- 23 Vgl. Franklin, Andrew (2014): It's time to reform our security structure, in: *Business Daily*. [26.10.2014].
- 24 Vgl. Nordstrom, Carolyn (2004): Shadows of war.
- 25 Interview mit Dr. Okumu, Experte für Grenzsicherheit, [31.10.2014].
- 26 Rt. Major General Charles Mwanzia, ISS Seminar zur Sicherheitslage Kenias (31.07.2014). URL <http://www.hss.de/?id=18579> [24.10.2014].

DIE LETZTE GRENZE DES KALTEN KRIEGES ZWISCHEN ESKALATION UND FRIEDENSPARK- VISIONEN

BERNHARD SELIGER||

Siebzig Jahre Teilung Koreas – eine Herausforderung für das Management der Grenze

Die koreanische Teilung prägt seit fast siebzig Jahren nicht nur die politische Entwicklung Nordostasiens, sondern hat auch ein signifikantes Raumordnungsproblem in Korea geschaffen. Dieses betrifft vor allem die Grenzregion und stellt die Politik Südkoreas vor eine große Herausforderung. Die Weltöffentlichkeit kennt die Demilitarisierte Zone (DMZ) als „heißesten Platz des kalten Krieges“, d.h. als Schauplatz periodisch wiederkehrender Auseinandersetzungen bis hin zu Schusswechseln. Die raum-planerischen Herausforderungen sind weniger spektakulär, haben jedoch gravierende Auswirkungen auf die dort lebenden Menschen, und zwar auch die, die in den der DMZ angrenzenden Kommunen einem speziellen Grenzregime unterstellt sind: Erstens ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region ein großes Problem, da mit Ausnahme kleiner landwirtschaftlicher Betriebe kaum Arbeitsplätze vorhanden sind. Zweitens ist die Transportverbindung von Süden nach Norden eine wichtige Frage, nicht zuletzt wegen des wichtigsten innerkoreanischen Projekts, der Kaesong-Industriezone. Erste Eisenbahn- und

Straßenverbindungen durch die Minenfelder des kalten Krieges bestehen schon. Drittens hat sich in und entlang der DMZ ein einzigartiges, international beachtetes Biotop für bedrohte Tiere und Pflanzen entwickelt, da dort menschliche Eingriffe (bis auf einige Aktivitäten des Militärs) so gut wie unbekannt sind. Und viertens wäre die Situation nach einer potentiellen Öffnung Nordkoreas brisant, da sie einerseits eine rasche Entwicklung mit Zerstörung des Biotops der DMZ mit sich bringen kann, andererseits aber – durch die dann einsetzende Konkurrenz aus dem Norden – auch Abwanderung und Arbeitslosigkeit.

Die Parallelen zur Situation in Deutschland sind unübersehbar.¹ Die Erfahrungen Deutschlands – vor der deutschen Einheit mit den Zonenrandförderungsprogrammen und nach der deutschen Einheit mit Umweltschutzverträgen wie dem „Grünen Band“ an der bayerisch-thüringischen und bayerisch-sächsischen Grenze sowie mit den Förderprogrammen für die Wirtschaft – sind zahlreich, und sie werden in Korea genau wahrgenommen.

Die südkoreanische Präsidentin Park Geun-Hye versucht seit ihrem Amtsantritt 2013, durch das Konzept eines „Friedensparks“ an

der Grenze eine Lösung für die immer wieder aufflammenden Spannungen im Grenzgebiet zu schaffen. Gleichzeitig vergeht kaum ein Monat, an dem es nicht an der Grenze auf dem Lande oder zu Wasser zu Spannungen durch Raketentests oder sogar Artillerieangriffe, Seegefechte, Drohnen oder auch Flüchtlingsdramen gibt. Wie kann ein Friedensregime an der innerkoreanischen Grenze aussehen? Kann es so etwas überhaupt geben? Kann ein „Friedenspark“ eine Lösung sein?²

Dieser Artikel gibt zunächst, in Abschnitt 2, einen kurzen Überblick über die mögliche Bedeutung, die die frühere innerdeutsche Grenze und der „Eiserne Vorhang“, der Europa in Ost und West trennte, für die heutige Lage in Korea haben können. Im dritten Abschnitt erfolgt ein Blick auf die Geschichte der DMZ sowie die politische Konfliktlage zwischen Nord- und Südkorea. Schutzkonzepte und -mechanismen für die Grenze werden im vierten Teil diskutiert. Letztlich sind kleine, pragmatische Schritte in Richtung einer Friedenslösung großen, aber unrealistischen Designs vorzuziehen, wie der Ausblick betont.

Das Grüne Band als mögliches Vorbild für die heutige Grenzpolitik zwischen Nord- und Südkorea

Blickt man auf die ehemalige deutsch-deutsche Grenze findet man viele Ähnlichkeiten zur heutigen Grenzsituation in Korea. Für Menschen fast unpassierbar war sie streng bewacht, infrastrukturell nicht erschlossen und weder land- noch forstwirtschaftlich intensiv genutzt. Sie bot somit vielen seltenen Tier- und Pflanzenarten Ruhe und Schutz. Feuchtwiesen, einsame Wälder und Seen blieben ebenso erhalten wie trockene Wiesenflächen, die zwar gemäht wurden, aber gerade dadurch bestimmten Pflanzen und Tieren das Überleben ermöglichten, was Bestandsaufnahmen nach der Wiedervereinigung belegten. Aufgrund der einzigartigen Bedeutung der Flächen entlang der ehemaligen Grenze gelang es, die

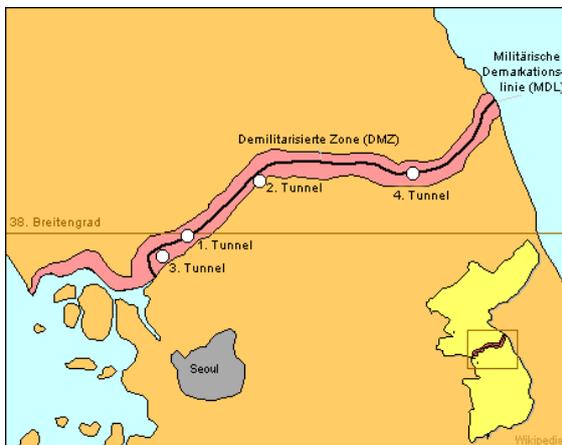
Grenzregion als „Grünes Band“ in diverse Naturschutzprogramme zu erfassen. Doch das „Grüne Band“ erfüllte abgesehen vom Naturschutz auch eine wichtige politische Funktion: Bald schon diskutierte man anderswo am insgesamt 8.500 Kilometer langen früheren eisernen Vorhang über die Möglichkeiten, ein „Grünes Band“ auch für Europa zu schaffen. Dabei stand im Vordergrund die Idee, grenzüberschreitende ökologische Lebensräume durch gemeinsame Initiativen zu schützen, gleichzeitig konnten auch getrennte Kulturräume, wie z.B. zwischen Deutschland und Tschechien (Bayerischer Wald/ Sumava) oder Österreich und Ungarn (Neusiedler See-Seewinkel/ Fertő Hanság), verbunden werden. Man hoffte, dadurch das Misstrauen des Kalten Krieges abzubauen.

Heute schließt die Kooperation entlang dieses europäischen Grünen Bandes insgesamt 22 Länder in drei großen Bereichen ein: das „fennoskandische“ Grüne Band im Norden (Norwegen, Finnland, Russland), das mitteleuropäische Grüne Band (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien) und das Grüne Band im Balkanbereich (Kroatien, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Türkei) bis zum Schwarzen Meer. Natürlich sind die Herausforderungen für die Umwelt in diesen Gebieten sehr unterschiedlich und am intensivsten ist die Zusammenarbeit im innerdeutschen Grenzgebiet. Aber das Bewusstsein, dass die Umwelt etwas Verbindendes ist nach den Jahren der Teilung im Kalten Krieg, ist ein großer Fortschritt. Diese Fortschritte wurden auch international beachtet. Die World Conservation Union (IUCN), der Weltverband für den Umweltschutz, ist einer der wichtigen Partner bei dem Projekt des Grünen Bandes Europa. Und nicht nur dort macht man sich auch Gedanken, ob nicht eines Tages das Konzept des Grünen Bandes auch ein Vorbild für die Weiterentwicklung der DMZ sein kann.³

Eine kurze Geschichte der DMZ und ihre Bedeutung für die innerkoreanischen Beziehungen

Die Demilitarisierte Zone (DMZ) zwischen Nord- und Südkorea ist eine Folge des 1953 mit einem Waffenstillstand beschlossenen, aber nie formal beendeten Koreakriegs. Vorausgegangen war die Kolonisierung Koreas von 1910 bis 1945 durch Japan und danach die Teilung des Landes entlang des 38. Breitengrads, eine willkürliche Trennlinie, die das Land in etwa zwei gleiche Teile teilte (und schon 1902 in Verhandlungen von Japan und Russland eine Rolle spielte). Die heutige Grenze folgt dagegen dem Frontverlauf von 1953, der im Westen etwas südlich des 38. Breitengrads verläuft und dabei auch die (wichtige) frühere Königsstadt Kaesong einschließt, und der im Osten deutlich nördlich verläuft.

Die Demilitarisierte Zone (DMZ) und der 38. Breitengrad in Korea



Quelle: Wikimedia Commons; URL http://de.wikipedia.org/wiki/Demilitarisierte_Zone_%28Korea%29#mediaviewer/File:DMZ_Korea_DE.png [25.09.2014].

Da am Ende des Koreakriegs kein echter Friede stand, versuchte man, die Gefahr von militärischen Konfrontationen, durch die Einrichtung der DMZ, zu verhindern.

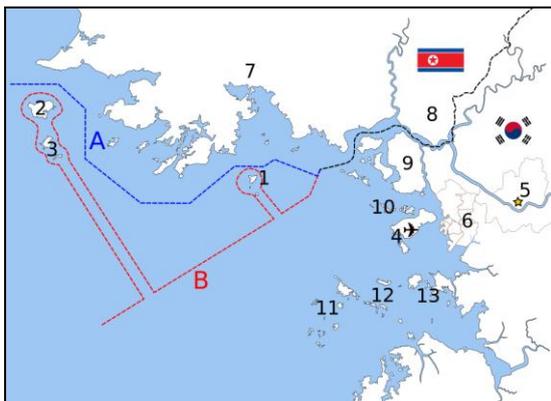
Doch der Plan einer von militärischer Präsenz freien, 2 km breiten Zone entlang der Waffenstillstandslinie, misslang: heute durchzieht ein Netz von militärischen Beobachtungsposten beider Seiten die 245 km

lange und bis zu 500m schmale Grenzzone. In den letzten Jahrzehnten kam es immer wieder zu Vorfällen in und an der DMZ, die sich zum Glück nie in eine Wiederaufnahme des Kriegszustandes ausweiteten.

Eine besondere Gefährdung geht auch von der an die DMZ angrenzende Seegrenze im Gelben Meer aus: dort hatte sich 1953 die Waffenstillstandskommission auf keine endgültige Grenze geeinigt. Stattdessen wurde die Grenze, die sogenannte Northern Limit Line, von den UN-Truppen im August 1953 unilateral eingerichtet und ist seitdem immer wieder Schauplatz schwerer Gefechte, zuletzt im Jahr 2010, als Nordkorea Stellungen der Südkoreaner auf der südkoreanischen Insel Yeonpyeong beschoss. Diese Insel liegt mit zwei weiteren Inseln nur wenige Kilometer vom nordkoreanischen Festland entfernt, ist aber sehr weit vom rückwärtigen südkoreanischen Gebiet entfernt, weshalb die Rechte für das umliegende Seegebiet stark umstritten sind.

Nachdem die Hoffnung, dass Nordkorea sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa oder nach dem Tod von Kim Il-Sung 1994 öffnen würde, sich nicht erfüllte, versuchte ab 1998 der neue südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung, mit der sogenannten „Sonnenscheinpolitik“ eine Art koreanische Ostpolitik in Gang zu setzen. Diese sah auch eine Transformation der Grenzzone in eine Zone für gemeinsame Projekte vor. Das wichtigste bisher realisierte wirtschaftliche Projekt ist die Eröffnung des Industriekomplexes Kaesong Industrial Complex (KIC), der jedoch weder mit der Anzahl der dort ansässigen Firmen noch der beschäftigten Arbeiter die Anfangs gesteckten Ziele erfüllte. Der weitere Ausbau, der eine höhere Wertschöpfung, z.B. durch Hochtechnologieproduktion, ermöglicht, ist derzeit nicht in Sicht. Grund dafür ist, dass Kaesong weiterhin unter Spannungen zwischen Nord- und Südkorea leidet. Ganz deutlich wurde dies 2013, als Nordkorea im Zuge seiner kriegerischen Rhetorik gegen den Süden für ein halbes Jahr seine Arbeiter ganz aus Kaesong abzog. Ein touristisches

Projekt an der Ostseite der innerkoreanischen Grenze war die Sonder-tourismuszone Kumgangsan, die den Besuch für südkoreanische Besucher im Kumgangsan (oder Geumgangsan) Gebirge ermöglichte. Die Durchführung war jedoch stets problematisch und wurde 2008 nach einem blutigen Vorfall beendet.



Die umstrittene Northern Limit Line (A) und die von Nordkorea vorgeschlagene Grenzlinie (B) (1, 2 und 3 kennzeichnen die drei vorgelagerten Inseln Yeonpyeong, Baegnyeong und Daecheong), Quelle: Wikimedia Commons; URL http://en.wikipedia.org/wiki/Northern_Limit_Line#mediaviewer/File:Map_of_Korean_maritime_border.svg [25.09.2014].

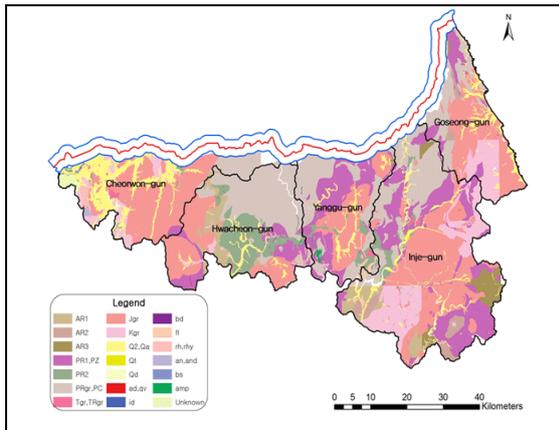
Die beiden großen Projekte in Kaesong und Kumgangsan haben die Grenze tatsächlich zu einem großen Stück transformiert. Nach der Einführung der Projekte gab es insgesamt weniger Konflikte (die sich stattdessen vor allem auf die Seegrenze beider Länder, die Northern Limit Line, konzentrierten). Vor allem der KIC erfordert ein Mindestmaß an logistischer Kooperation, das zu den erwünschten menschlichen Kontakten dazugehört. Auch im Osten des Landes wurde eine Straßenverbindung gebaut, die vor allem auch für den Transport von Hilfsgütern Bedeutung erlangte, wenn sie auch nur selten genutzt wird. Eine ebenfalls mit viel Fanfare eröffnete Eisenbahnverbindung über die Grenze blieb dagegen ein nicht genutztes Propagandawerkzeug. Mit den geringeren Spannungen an der Grenze kam es zeitgleich zu einem gestiegenen Interesse Südkoreas am Naturschutz in der Grenzzone. Dies korrespondiert mit dem allgemein gestiegenen Interesse des reicher gewordenen Südkoreas am Naturschutz. Nun konnten hier

erste Erhebungen über Fauna und Flora durchgeführt werden. Dies führte dazu, dass der Ruf nach grenzüberschreitenden Naturschutzvorhaben als Teil einer Entspannungspolitik immer lauter wurde. Insbesondere Präsident Lee Myung-Bak (Präsident 2008-2013), der eine Transformation Südkoreas zu einem grünen Wachstumsmodell propagierte, sah Naturschutzprojekte an der Grenze als gute Möglichkeit, den ins Stocken geratenen Annäherungsprozess mit dem Norden wieder zu beginnen. Nordkorea, das über das abrupte Ende der Sonnenscheinpolitik enttäuscht war, verweigerte allerdings jede Diskussion über diese Ideen.

Die DMZ – ihre ökologische Bedeutung und Einführung von Schutzkonzepten

Die innerkoreanische Grenzregion hat sich genauso wie das deutsche Grüne Band als ein Refugium für bedrohte Tier- und Pflanzenarten in Korea entwickelt. Gerade wegen der raschen Industrialisierung Südkoreas, die zwar sehr erfolgreich war, aber Umweltgesichtspunkte vernachlässigte, ist eine solche Zone sehr wertvoll in Korea. Der Schutz der Natur ergibt sich paradoxerweise zunächst aus den militärischen Gegebenheiten der Grenze: Die DMZ ist, außer für Soldaten, komplett für menschliche Nutzung gesperrt (mit symbolischen Ausnahmen in zwei Dörfern, je eins im Nordteil und im Südteil, bei Panmunjom). Dahinter beginnt im Süden die sogenannte zivile Kontrollzone (Civilian Control Zone CCZ), die etwa fünf bis zehn Kilometer breit ist und eine Zone darstellt, in der sich Zivilisten nur nach Anmeldung beim Militär und auch nur tagsüber aufhalten dürfen. In dieser Zone findet Landwirtschaft statt, allerdings nicht die intensive Entwicklung, wie sie z.B. für den Küstenstreifen entlang der Ostküste unterhalb der DMZ und CCZ charakteristisch ist. Das Interesse der Südkoreaner am Schutz der Umwelt wuchs in dem Maße, wie das Land die wichtigsten Entwicklungsprobleme überwand, die Menschen reicher wurden und auch mehr Freizeit hatten.

Der Gangwon-Friedens-Geopark entlang der innerkoreanischen Grenze



Quelle: http://www.dmzgeopark.com/eng/sub01/sub01_01.php [01.10.2014].

Die Einführung der Fünf-Tage-Woche erst vor wenigen Jahren hatte etwa einen großen Aufschwung der Freizeitindustrien zur Folge. Zunächst waren die Aktivitäten im Naturschutz entlang der Grenze oft lokal sehr begrenzt und von wenigen Aktivisten wie den beiden großen Umweltverbänden des Landes, Green Korea United und die Korean Federation of Environmental Movements, getragen. Mit der Zeit haben auch die Landkreise und Provinzen entlang der DMZ erkannt, welchen potenziellen Schatz sie mit der DMZ und der anliegenden, relativ naturbelassenen CCZ hatten. Neben dem politischen Grenztourismus begann die Provinz Cheolwon z.B. ein zunächst recht einfaches Programm des Ökotourismus, in dem Busse in den Wintermonaten vor allem Hobbyfotografen in die Überwinterungsgebiete entlang der Grenze brachten.

In der Provinz Gangwon wurde z.B. das Projekt des Gangwon Friedens-Geoparks durchgeführt. Ein Geopark ist ein ausgewiesenes Gebiet, in dem Erdgeschichte erlebbar gemacht wird; damit dient der Geopark einerseits der Bildung, andererseits ist die Marke Geopark auch eine Werbung für ein besonders ausgezeichnetes und geologisch besonderes Gebiet. Da die Hanns-Seidel-Stiftung Korea seit dem Jahr 2006 mit der Gangwon-Provinz an der nachhaltigen Entwicklung der Grenzregion

zusammenarbeitet, begleitete sie ab 2011 die Anmeldung des Friedens-Geoparks bei der UNESCO.

Projekte der HSS

Die HSS in Korea führt seit 2005 in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Goseong sowie mit der Gangwon-Provinz Projekte zur nachhaltigen Entwicklung der Grenzregion durch. Die deutschen Erfahrungen beim Umweltschutz, bei der Raumplanung, bei der Tourismusentwicklung im ehemaligen Grenzgebiet und bei der Wirtschaftsentwicklung waren Themen von Expertenbesuchen, Workshops und Studienreisen.

Im Rahmen eines Projektes zur Entwicklung entlang des Ostmeers wurde nach deutschem Modell eine „romantische Straße“ zur Tourismusentwicklung am Ostmeer eingeführt.

Mehr zu unserer Arbeit unter:

www.hss.de/korea

Der Geopark war ein wichtiger Schritt zu einer größeren Anerkennung für die Bedeutung der DMZ. Die Zielsetzung, sowohl den Schutz als auch die Nutzung von Geotopen zu fördern, kommt dem Wunsch der koreanischen Kommunen nach, nicht eine Einschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten durch den Schutzstatus hinnehmen zu müssen. Schwieriger ist es dagegen mit dem Schutz der DMZ und anliegender Regionen als ein UNESCO-Biosphärenreservat, das von Umweltschützern schon lange gefordert wird. Grundsätzlich besteht hier das Problem, dass bisher auf nordkoreanischer Seite der DMZ keine Schutzzonen im Sinne des Biosphärenreservats bezeichnet werden konnten. In Nordkorea wird das Gebiet der DMZ vom Militär verwaltet und es argumentierte 2012 vor dem UNESCO-Komitee, dass eine Designierung als Biosphärenreservat angeblich dem Waffenstillstandsabkommen widersprechen würde. Trotzdem stellte die Regierung Südkoreas im Jahr 2012 einen Antrag bei der UNESCO, der jedoch aus ei-

nem anderen Grund abgelehnt wurde: auf südkoreanischer Seite wurden nur lückenhaft zusammenhängende Puffer- und Entwicklungszonen ausgewiesen, da ein Landkreis die Widerstände von Landbesitzern nicht überwinden konnte.

Sieht man von den grundsätzlichen Problemen der Kooperation Nordkoreas ab, zeigt auch der politische Prozess vor der Antragstellung auf südkoreanischer Seite strukturelle Probleme: Vorschläge werden oft überhastet gemacht, gerade mit dem Blick auf die nur fünfjährige Amtszeit der Präsidenten ohne Wiederwahloption. Dabei werden große Pläne anstelle kleiner, machbarer Schritte gemacht und es fehlt an Mechanismen der Konsensbildung, etwa im Fall des Landkreises Cheolwon.

Projekte der HSS

Die HSS nimmt auf Anfrage des Innenministeriums (Ministry of Public Administration and Security) seit 2008 als offizieller Berater an einem Projekt mit dem staatlichen Raumplanungsinstitut KRIHS (Korean Research Institute for Human Settlements) teil. Auch für das Korean Institute for National Unification, das staatliche Wiedervereinigungsinstitut, führte die HSS 2009-2010 ein Projekt zur Beratung im Bereich der Entwicklung der Grenzregion durch, so dass die Arbeit der Stiftung dort zum heutigen Zeitpunkt die ganze Länge der Grenzregion betrifft. Im März 2010 wurde die Hanns-Seidel-Stiftung auch als Mitglied in das vom Innenministerium gegründete DMZ Policy Forum berufen.

Ausblick: Kleine Schritte statt große Designs helfen der DMZ am Besten

Mit dem Amtsantritt der Regierung von Park Geun-Hye hat sich langsam der Schwerpunkt der Politik, der unter Lee Myung-Bak auf einem neuen, grünen, Wachstumsmodell bestand, verschoben. Im Bereich der Politik an der innerkoreanischen Grenze blieb jedoch die Idee, dass Umwelt-

kooperation eine Brücke nach Nordkorea bilden kann, bestehen. Präsidentin Park formulierte dazu den Vorschlag, ein „Friedenspark“ zwischen Nord- und Südkorea könnte das Mittel sein, um Kooperation beider Seiten zustande zu bringen und dadurch Vertrauen zu weiteren Schritten der Entspannung zu finden. Prinzipiell ist diese Idee weder schlecht noch neu: Zwischenstaatliche Friedensparks, die zwei, drei oder in einem Fall sogar fünf Länder tangieren, gibt es in vielen Regionen der Erde seit 1914, als zwischen Norwegen und Schweden ein sog. Friedenspark errichtet wurde. Für den Fall Koreas allerdings ergeben sich unweigerlich aus der Idee des Friedensparks schwierig zu beantwortende Fragen:

- Was unterscheidet den Friedenspark von anderen Konzepten, weswegen Nordkorea ihm zustimmen würde (aber nicht z.B. einem Biosphärenreservat)?
- Welchen Beitrag für den Frieden soll der Park konkret leisten?
- Welchen Beitrag für die Umwelt soll der Park konkret leisten?

All diese Fragen sind noch offen. In einer Art Schönheitswettbewerb haben sich Goseong und Cheolwon (in der Gangwon-Provinz) sowie Paju in der Gyeonggi-Provinz für den Friedenspark beworben. Die südkoreanische Regierung hat es aber bisher vermieden, irgendeine Auswahl zu treffen, wohl um andere Bewerber nicht vor den Kopf zu stoßen. Ohnehin gibt es kein Konzept, wie der Friedenspark, der zwingend die Kooperation Nordkoreas voraussetzt, umgesetzt werden soll. Wie schon unter den Vorgängerregierungen wird das Problem deutlich, dass jeder Präsident seine eigene Handschrift in dem Projekt verwirklicht sehen will, ohne auf das aufzubauen, was an Erfahrungen schon da ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass letztlich wieder nur ein Plan für die Schublade entsteht und kein tragfähiges Konzept für echte Entspannungspolitik. Eine Alternative zu dieser Politik der großen Konzepte wäre das Zulassen mehr regionaler Initiativen und Initiativen auf Nichtregierungsebene – bisher

regelt das Nationale Sicherheitsgesetz starr, dass alle Kontakte nach Nordkorea nur auf Ebene der Zentralregierung erfolgen können. Regionale Initiativen oder Initiativen von NRO können zwar auch scheitern oder von Nordkorea möglicherweise für Propagandazwecke missbraucht werden – gleichzeitig würde aber auch eine größere Möglichkeit zum Ausprobieren wirksamer Projekte bestehen, ohne dass diese gleich vom ganzen südkoreanischen Staat quasi mitverantwortet werden müssen. In der Zeit der engeren Kooperation während der sogenannten „Sonnescheinpolitik“ hat es solche Projekte bereits gegeben, wenn auch die Durchführung oft von Problemen, vor allem im Monitoring von Projektmitteln, verbunden war. Es käme darauf an, die Initiativen zu fördern, die z.B. wegen internationaler Überwachung von Standards (wie etwa beim Clean Development Mechanism der Vereinten Nationen) möglichst wenig anfällig für Abweichungen vom Projektziel sind.

Bei ihrem Besuch in Dresden im März 2014 hat Park Geun-Hye eine programmatische Rede zur Wiedervereinigung gehalten, die sich durchaus in diesem Sinne interpretieren ließe: sie fordert darin internationale Akteure, auch NRO, auf, sich nach Möglichkeit und mit der Unterstützung Südkoreas in Nordkorea zu engagieren. Dies ist der Weg, den Südkorea gehen sollte und der ermöglichen würde, dass Projekte von der großen Politik zwischen Pjöngjang und Seoul abgekoppelt werden. Gerade für Umweltprojekte ist das der derzeit einzig gangbare Weg, solange Nordkorea kategorisch jede direkte Verhandlung über solche Projekte mit Südkorea ablehnt. Über diese Überlegungen hinaus sollte nicht vergessen werden, dass abseits der prestigereichen, aber derzeit leider unrealistischen Bemühungen um ein Biosphärenreservat im gesamten Grenzgebiet vielerlei Schutztypen auf der südkoreanischen Seite unilateral eingeführt werden können. Dort ist die südkoreanische Bilanz sehr gemischt: Während einerseits die Erforschung der DMZ und die Katalogisierung der Fauna und Flora ein wichtiger Schritt zu besserem Schutz sind,

sind auf regionaler Ebene oft gegenläufige Tendenzen zu bemerken, etwa im schon erwähnten Cheolwon, wo alle Versuche, einen besseren Schutz des nun wichtigsten Kranichüberwinterungsgebiets auf der koreanischen Halbinsel zu erreichen, bisher vergeblich waren, oder in Kimpo, wo die Versiegelung der Landschaft stetig zunimmt.

Kleine, pragmatische Schritte sind an der DMZ notwendig, und nur diese können auch das so stark fehlende Vertrauen zwischen Nord- und Südkorea erst schaffen; Vertrauen, das größere Projekte wie einen Friedenspark, ein grenzüberschreitendes Biosphärenreservat oder eine Wiederaufnahme des Tourismusprojekts im Kumgangsán wieder möglich machen kann. Dann wird das, was in Deutschland vor 25 Jahren aus einem Tagtraum zur Wahrheit wurde, nämlich die Transformation des Todesstreifens in eine Lebensader, auch in Korea möglich.

|| **Dr. Bernhard Seliger**

Auslandsmitarbeiter Korea

ANMERKUNGEN

- 1 Für einen Überblick vgl. Seliger, Bernhard (2006): At the interface of the local, the national and the global: environmental issues in the border regions of divided and unified Germany and perspectives for Korea, in: The Korean Journal of Unification Affairs, Vol. 18, Nr. 1, S. 327-357.
- 2 Für mehr Informationen zum Konzept von Friedensparks vgl. Ali, Saleem (2007): Peace Parks: Conservation and Conflict Resolution, MIT Press.
- 3 Vgl. Seliger, Bernhard (2010): Guest Editorial „20 years of German and European Green Belt – the valuable lessons“, in: Seliger, Bernhard (ed.): KRIHS Special report 2010, Vol. 15, Seoul: Korea Research Institute for Human Settlements, S. VIII-XII und die dort aufgeführten Artikel.

VERANTWORTLICH

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ werden parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Sie können sich gerne für den Publikations-Newsletter des IIZ unter iiz@hss.de anmelden, der Sie über neuerschienene Publikationen und Berichte informiert.

- Nr. 1 Entwicklungspolitischer Dialog in Europa
- Nr. 2 Deutscher Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung der Mongolei
- Nr. 3 Internationale Migration – Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen
- Nr. 4 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong
- Nr. 5 Security and Development in Africa – Strengthening Conflict Prevention, Resolution and Management
- Nr. 6 Aktuelle Beiträge zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika
- Nr. 7 Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der DR Kongo
- Nr. 8 Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten
- Nr. 9 Frauen brauchen Demokratie, Demokratie braucht Frauen
- Nr. 10 Polizei und Entwicklung – Community Policing als Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- Nr. 11 Die Millenniumsentwicklungsziele – Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und dem Post-2015 Prozess
- Nr. 12 Stadt, Land, Fluss – Hauptstädte – Motor der Entwicklung?
- Nr. 13 Grenzen – In Stein gemeißelt oder in Auflösung begriffen?

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Institut für Internationale Zusammenarbeit

Leiterin des Instituts: Dr. Susanne Luther

Lazarettstraße 33 | 80636 München

E-Mail: iiz@hss.de | Online: www.hss.de

Tel.: +49(0) 89 12 58-0 | Fax: +49(0) 89 12 58-359

Kürzlich erschienen in der Reihe

mit QR-Code zum schnellen Lesen und Bestellen:



AMEZ 10

Polizei und Entwicklung



AMEZ 11

Die Millenniums-
entwicklungsziele



AMEZ 12

Stadt, Land, Fluss